

HISTORISCHE GRUNDLAGEN DER PARTEI FÜR SOZIALE GLEICHHEIT

Verabschiedet vom Berliner Parteitag der PSG am 23. Mai 2010

Inhalt

I.	Programm und Geschichte	3
II.	Die SPD als marxistische Massenpartei	3
III.	Das Anwachsen des Opportunismus in der SPD	5
IV.	Der Zusammenbruch der Zweiten Internationale	6
V.	Der Zentrismus der USPD	8
VI.	Die KPD	9
VII.	Der Stalinismus und die Linke Opposition	11
VIII.	Die deutsche Linke Opposition und der Leninbund.....	13
IX.	Der Nationalsozialismus und der Holocaust	16
X.	Die deutsche Katastrophe	17
XI.	Die Entscheidung für die Vierte Internationale	20
XII.	Der Zentrismus der SAP	21
XIII.	Die Gründung der Vierten Internationale.....	24
XIV.	Der Zweite Weltkrieg.....	25
XV.	Die konterrevolutionäre Rolle des Stalinismus nach Kriegsende	26
XVI.	Die Teilung Deutschlands.....	28
XVII.	Die Gründung des Internationalen Komitees	30
XVIII.	Die Liquidation der deutschen Sektion durch den Pablismus	33
XIX.	Die Socialist Labour League verteidigt den Trotzismus	34
XX.	Die Gründung des Bunds Sozialistischer Arbeiter.....	35
XXI.	Der Konflikt mit der OCI und der Fraktionskampf in der IAK.....	36
XXII.	Der BSA unter dem Einfluss der WRP	39
XXIII.	Von der Studentenbewegung zu den Grünen	43
XXIV.	Die WRP bricht mit dem Internationalen Komitee.....	44
XXV.	Das Ende der DDR und der Sowjetunion	47
XXVI.	Der Bankrott der reformistischen und nationalen Organisationen.....	51
XXVII.	Die Partei für Soziale Gleichheit und die WSWS.....	53
XXVIII.	Die Linkspartei und die kleinbürgerlichen Ex-Linken.....	54
XXIX.	Die Aufgaben der PSG.....	55

I. Programm und Geschichte

1. Die Perspektive einer Partei wird in hohem Maße durch ihre Haltung zu historischen Fragen bestimmt. Das ist nirgends so augenfällig wie in Deutschland. Hier erlitt die Arbeiterbewegung triumphale Erfolge und Niederlagen von welthistorischem Ausmaß, die den Charakter des gesamten 20. Jahrhunderts prägten. In Deutschland entstand der Marxismus, hier entwickelte sich die SPD zur ersten marxistischen Massenpartei, und hier verschuldeten Opportunismus (die Kapitulation der SPD am Vorabend des Ersten Weltkriegs) und Stalinismus (das Versagen der KPD bei Hitlers Machtübernahme) verheerende Katastrophen. Nach dem Zweiten Weltkrieg hinterließen die Spaltung des Landes und der Verfälschung des Marxismus durch das DDR-Regime ein Erbe der politischen Konfusion.

2. „Die Tradition aller toten Geschlechter lastet wie ein Alp auf dem Gehirne der Lebenden“, schrieb Marx 1852. 1 Alpträume werden durch unverarbeitete traumatische Erlebnisse ausgelöst. Um sie zu überwinden, müssen diese Erlebnisse bewusst aufgearbeitet werden. Das gilt sinngemäß auch für die Politik. Ohne bewusste Aufarbeitung der Lehren des zwanzigsten Jahrhunderts kann man sich im einundzwanzigsten nicht zurechtfinden. Die Partei für Soziale Gleichheit stützt ihr Programm und ihre Perspektive auf ein Verständnis der historischen Erfahrungen der internationalen sozialistischen Bewegung. Sie stützt sich dabei auf das Erbe der Vierten Internationale und deren Kämpfe gegen den Stalinismus, den Reformismus und den pablistischen Revisionismus. Diese Erfahrungen darzulegen, ist die Aufgabe dieses Dokuments.

3. Die tiefste Finanz- und Wirtschaftskrise seit den 1930er Jahren wirft heute alle ungelösten Fragen der Vergangenheit wieder auf. Das kapitalistische Weltsystem krankt an denselben unlösbaren Widersprüchen, die zwei Weltkriege, zahlreiche regionale militärische Konflikte, den Faschismus und andere brutale Diktaturen hervorgebracht haben – an der Unvereinbarkeit von Weltwirtschaft und Nationalstaat und dem Gegensatz von Privateigentum und gesellschaftlicher Produktion. Es gibt keinen Ausweg aus dieser Krise auf kapitalistischer Grundlage. Wie im vorigen Jahrhundert stellt sie die Menschheit vor die Alternative: Sozialismus oder Barbarei.

4. Im Mittelpunkt der Krise steht der Niedergang der USA, deren wirtschaftliche Macht 1945 – nach zwei Weltkriegen und hundert Millionen Kriegstoten – als Fundament für einen neuen kapitalistischen Aufschwung diente. Die USA kompensieren

den Verlust ihrer wirtschaftlichen Hegemonie seit langem, indem sie ihre militärische Übermacht einsetzen und den Finanzsektor auf Kosten der Industrieproduktion ausdehnen. Das ist der Hintergrund der gegenwärtigen Krise, aus der es keinen friedlichen Ausweg gibt. Die herrschende Klasse der USA ist ebenso wenig bereit, freiwillig auf ihre Macht und ihren Reichtum zu verzichten, wie jede andere herrschende Klasse in der Geschichte. Ihr Bemühen, die Kosten der Krise auf die Arbeiterklasse und ihre internationalen Rivalen abzuwälzen, und die Reaktion ihrer Rivalen in Europa und Asien, rufen heftige Klassenkämpfe und internationale Konflikte hervor.

5. Die globale Entwicklung der Produktivkräfte hat nicht nur die Krise des Kapitalismus vertieft, sie hat auch die gesellschaftliche Macht der Arbeiterklasse gestärkt und die objektiven Voraussetzungen für den Sturz des Kapitalismus und den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft geschaffen. Bahnbrechende Fortschritte der Informations- und Kommunikationstechnologie haben zu einer nie da gewesenen Integration der Weltwirtschaft geführt, die Arbeiterklasse kontinentübergreifend verbunden und zahlenmäßig gestärkt. Nie zuvor lebte ein derart hoher Prozentsatz der Menschheit in Städten und war direkt in den globalen Produktionsprozess eingebunden. Länder wie China, die vor hundert Jahren noch vorwiegend ländlich geprägt waren, zählen heute zu den wichtigsten Industrieregionen der Welt. Die PSG stellt sich die Aufgabe, die Arbeiterklasse politisch und theoretisch auf die kommenden Klassenkämpfe vorzubereiten und sie mit einem sozialistischen Programm zu bewaffnen, das auf die Lehren vergangener Kämpfe aufbaut. Als Mitglied des Internationalen Komitees der Vierten Internationale ist sie die deutsche Sektion der 1938 von Leo Trotzki gegründeten Weltpartei der sozialistischen Revolution.

II. Die SPD als marxistische Massenpartei

6. Vier Jahrzehnte nachdem Marx und Engels das Kommunistische Manifest veröffentlicht und den Sozialismus auf eine wissenschaftliche Grundlage gestellt hatten, entwickelte sich die deutsche Sozialdemokratie unter dem Einfluss des Marxismus zur weltweit ersten Massenpartei der Arbeiterklasse. Sie leistete eine historische Pionierarbeit, deren Ergebnisse jahrzehntelang nachwirken sollten, auch nachdem sich die SPD selbst längst vom Marxismus abgewandt hatte. Sie formte die Arbeiterklasse zu einer politisch bewussten Klasse und entwickelte in der Arbeiterklasse eine breite, alle Lebensbereiche umfassende sozialistische Kultur. Sowohl die Kom-

¹ Karl Marx, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: Marx Engels Werke (MEW), Bd. 8, S. 115

munistischen Parteien wie die Vierte Internationale stützten sich auf diese Vorarbeit der SPD.

7. Die Notwendigkeit einer selbständigen Arbeiterpartei ergab sich aus der Niederlage der demokratischen Revolution von 1848, die den unversöhnlichen Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat und die politische Ohnmacht des demokratischen Kleinbürgertums zeigte. Die bürgerlich-demokratische Revolution fand in Deutschland mit Verspätung statt, weil die bis ins 19. Jahrhundert bestehende Kleinstaaterei die Entfaltung von Handel und Industrie gebremst hatte. Als die Revolution 1848 schließlich ausbrach, war der Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat bereits derart tief, dass ein gemeinsames Vorgehen gegen den preußischen Absolutismus nicht mehr möglich war. Insbesondere nach der ersten großen Schlacht zwischen Proletariat und Bourgeoisie, die im Juli 1848 in Paris entbrannte, fürchtete das liberale Bürgertum die Bedrohung seines Eigentums durch die Revolution weit mehr als die politische Rechtlosigkeit unter preußischer Herrschaft und fiel der Revolution in den Rücken. Das demokratische Kleinbürgertum – die aus Handwerkern, Kleinhändlern und Bauern bestehende Masse der Nation – erwies sich unfähig, eine eigenständige politische Rolle zu spielen und versagte kläglich. Die erste frei gewählte Nationalversammlung, die in der Frankfurter Paulskirche zusammentrat, hatte – in den Worten von Engels – „vom ersten Tag ihres Bestehens mehr Angst vor der geringsten Volksbewegung als vor sämtlichen reaktionären Komplotten sämtlicher deutscher Regierungen zusammengenommen“.²

8. In ihrer Analyse der Revolution von 1848 betonten Marx und Engels, dass sich die Arbeiterklasse unabhängig vom demokratischen Flügel der Bourgeoisie organisieren müsse. Selbst unter Verhältnissen, „wo die demokratischen Kleinbürger überall unterdrückt sind“, wo sie „dem Proletariat Einigung und Versöhnung predigen“ und „nach der Herstellung einer großen Oppositionspartei“ streben, müsse eine Vereinigung mit ihnen „auf das entschiedenste zurückgewiesen werden“, schrieben sie. Die demokratischen Kleinbürger strebten danach, „die Arbeiter in eine Parteiorganisation zu verwickeln, in der die allgemein sozial-demokratischen Phrasen vorherrschend sind, hinter welchen ihre besonderen Interessen sich verstecken, und in der die bestimmten Forderungen des Proletariats um des lieben Friedens willen nicht vorgebracht werden dürfen. Eine solche Vereinigung würde allein zu ihrem Vorteile und ganz zum Nachteile des Proletariats ausfallen. Das Proletariat würde seine ganze selbständige, mühsam erkaufte Stellung verlieren und wieder zum Anhängsel der

offiziellen bürgerlichen Demokratie herabsinken.“ Sie forderten eine selbständige Organisation der Arbeiterpartei, in der „die Stellung und Interessen des Proletariats unabhängig von bürgerlichen Einflüssen diskutiert werden“.³

9. In einer weiteren Passage, auf die sich Leo Trotzki später bei der Ausarbeitung der Theorie der permanenten Revolution stützen sollte, erklärten Marx und Engels: „Während die demokratischen Kleinbürger die Revolution möglichst rasch und unter Durchführung höchstens der obigen Ansprüche zum Abschlusse bringen wollen, ist es unser Interesse und unsere Aufgabe, die Revolution permanent zu machen, so lange, bis alle mehr oder weniger besitzenden Klassen von der Herrschaft verdrängt sind, die Staatsgewalt vom Proletariat erobert und die Assoziation der Proletarier nicht nur in einem Lande, sondern in allen herrschenden Ländern der ganzen Welt so weit vorgeschritten ist, dass die Konkurrenz der Proletarier in diesen Ländern aufgehört hat und dass wenigstens die entscheidenden produktiven Kräfte in den Händen der Proletarier konzentriert sind. Es kann sich für uns nicht um Veränderung des Privateigentums handeln, sondern nur um seine Vernichtung, nicht um Vertuschung der Klassengegensätze, sondern um Aufhebung der Klassen, nicht um Verbesserung der bestehenden Gesellschaft, sondern um Gründung einer neuen.“⁴

10. Die Niederlage der Revolution von 1848 drängte die Arbeiterklasse zeitweilig in den Hintergrund. Staatliche Unterdrückungsmaßnahmen, die 1852 im Kölner Prozess gegen den Bund der Kommunisten gipfelten, behinderten ihre politische Organisation. Die Jahre der politischen Reaktion waren jedoch vom Siegeszug der industriellen Revolution und einem raschen Anwachsen der Arbeiterklasse geprägt. Bankwesen, Industrie, Bergbau, Schienenverkehr, Schifffahrt und Überseehandel erlebten einen gewaltigen Aufschwung. In den 1860er Jahren entstanden mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV) Ferdinand Lassalles und dem Verband Deutscher Arbeitervereine (VDAV) August Bebels eigenständige politische Arbeiterorganisationen. Sie schlossen sich 1875 zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) zusammen, die sich im Jahre 1890 in SPD umbenannte.

11. Innerhalb der SAP trat der Marxismus dann seinen eigentlichen Siegeszug an. Bebels Fraktion, die mit dem Marxismus identifiziert wurde, gewann zunehmend an Autorität. Obwohl die Partei zwischen 1878 und 1890 durch Bismarcks Sozialistengesetze verboten war, politisch verfolgt wurde und nur zu Reichs- und Landtagswahlen legal antreten durfte,

² Friedrich Engels, *Revolution und Konterrevolution in Deutschland*, in: MEW, Bd. 8, S. 46, 96

³ Marx/Engels, *Ansprache der Zentralbehörde an den Bund vom März 1850*, in: MEW, Bd. 7, S. 246–249

⁴ ebd.

entwickelte sie sich zu einer mächtigen gesellschaftlichen Kraft. Ihre Wahlerfolge und ein Massenstreik, der 1889/90 Deutschland erschütterte, führten schließlich zum Rücktritt Bismarcks und zum Fall der Sozialistengesetze. Nun entwickelte sich die SPD zur größten Partei Deutschlands. Sie erzog die Arbeiterklasse im Sinne des Marxismus und wurde für Hunderttausende Arbeiter zum Mittelpunkt ihres gesamten Lebens. Auf dem Höhepunkt ihrer Macht publizierte sie über 70 Tageszeitungen und zahlreiche wöchentliche Publikationen, die von sechs Millionen Menschen gelesen wurden. Ihre Verlage brachten in hohen Auflagen Bücher zur Geschichte, Politik und Kultur heraus. Sie verfügte über eine eigene Parteischule und 1.100 Bibliotheken. Sie koordinierte ein riesiges Netz von Freizeitaktivitäten vom Turn- bis zum Gesangsverein.

12. Die SPD verteidigte nicht nur die sozialen Belange der Arbeiter, sie war auch die einzige Partei Deutschlands, die konsequent für demokratische Rechte eintrat und sich scharf gegen den Antisemitismus wandte. Das Kleinbürgertum und die bürgerliche Intelligenz waren 1848 der demokratischen Revolution in den Rücken gefallen und stellten sich nach der Einigung des Reichs durch „Blut und Eisen“ mehrheitlich hinter Bismarck und den wilhelminischen Staat. Im Unterschied zu England, Frankreich und den USA gibt es in Deutschland keine bürgerlich demokratische Tradition. Der Kampf für demokratische Rechte war von Anfang an untrennbar mit der Arbeiterbewegung verbunden. Die Arbeiterklasse stand einem starken, feindlichen Staat gegenüber. Das bloße Eintreten für soziale Rechte setzte den Kampf für politische Rechte voraus. Daher ging in Deutschland die Gründung der Arbeiterpartei dem Aufbau der Gewerkschaften voraus. Einflussreiche Gewerkschaften entstanden erst anschließend, auf Initiative und unter Führung der SPD.

III. Das Anwachsen des Opportunismus in der SPD

13. Die SPD war nie eine homogene Partei. 1875 machte der Vereinigungsparteitag von Gotha zahlreiche Zugeständnisse an die Anhänger des 1864 verstorbenen Ferdinand Lassalle. Marx übte scharfe Kritik am Gothaer Programm, dem er vorwarf, es sei „durch und durch vom Untertanenglauben der Lassalleschen Sekte an den Staat verpestet“. Lassalle wollte den Sozialismus mit Hilfe des preußischen Staats errichten, den er als über den Klassen stehende Institution betrachtete. Er hatte sich sogar heimlich mit Bismarck getroffen, um dessen Konflikte mit der Bourgeoisie im Interesse der Arbeiterklasse auszunutzen. Er rechtfertigte diese opportunistische „Allianz mit den absolutistischen und feudalen Gegnern wider die Bourgeoisie“ (Marx) damit, dass gegenüber der Arbeiterklasse „alle andren

Klassen nur eine reaktionäre Masse“ seien. Diese ultralinke Phrase verwischte den Unterschied zwischen demokratischem Kleinbürgertum, liberaler Bourgeoisie und feudaler Reaktion. Sie fand sich auch im Gothaer Programm wieder und wurde von Marx empört zurückgewiesen.⁵

14. Nach Gotha gerieten Lassalles Anhänger in die Defensive und der Marxismus setzte sich als offizielle Doktrin der Partei durch. Doch nach der Aufhebung der Sozialistengesetze erhielt Lassalles Perspektive, unter den Fittichen des preußischen Despotismus eine Art nationalen Sozialismus zu verwirklichen, neuen Auftrieb. Im Juni 1891 hielt der bayrische Sozialdemokrat Georg von Vollmar im Münchner Eldorado-Palast zwei viel beachtete Reden, in denen er die Partei aufforderte, die Schlagworte der Vergangenheit fallen zu lassen und zu einer praxisorientierten demokratischen Reformbewegung zu werden. Der Partei sei am besten gedient durch Bemühungen, „auf der Grundlage der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung Verbesserungen wirtschaftlicher und politischer Art herbeizuführen“. Vollmar wandte sich ausdrücklich gegen den Internationalismus der SPD. Wer kein Träumer sei, müsse anerkennen, „dass die Verschiedenheiten des Volkstums und der Gemeinwesen tief begründet“ seien, sagte er und warnte vor „einer widersinnigen Verneinung eines berechtigten, gesunden nationalen Lebens und der daraus auch für uns erwachsenden Pflichten“. Er lobte den Dreibund, das imperialistische Bündnis zwischen Deutschland, Österreich und Italien, als eine dem Frieden dienende Kraft und drohte, jede Macht, die den Frieden durch einen Angriff auf deutschen Boden breche, werde sich der Streitmacht der deutschen Arbeiterklasse gegenüber sehen.⁶

15. Vollmars Eldorado-Reden wurden zum Manifest des Revisionismus, den Eduard Bernstein sieben Jahre später in seinem Buch *Die Voraussetzungen des Sozialismus* theoretisch untermauerte. Bernstein behauptete, die Entwicklung des Kapitalismus habe die ökonomische Analyse von Marx widerlegt, und verspottete dessen Prognose, der Kapitalismus werde aufgrund seiner inneren Widersprüche in eine tiefe Krise geraten, als „sozialistische Katastrophitis“. Der Kapitalismus habe „Anpassungsmittel“ entwickelt, mit denen er periodische Krisen dämpfen und überwinden könne. Der Sozialismus sei keine historische Notwendigkeit, sondern das Endresultat allmählicher Reformen im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft. Er sei kein Ergebnis des Klassenkampfes, sondern das Produkt moralischer

⁵ Karl Marx, Kritik des Gothaer Programms, in: MEW, Bd. 19, S. 22–28

⁶ Georg von Vollmar, Über die nächsten Aufgaben der deutschen Sozialdemokratie, München 1891

und humanistischer, mit Kants kategorischem Imperativ begründeter Grundsätze.

16. Damit wies Bernstein die sozialistische Perspektive selbst zurück. Wie Rosa Luxemburg in ihrer Antwort auf Bernstein zeigte, führt die Ablehnung der marxistischen Krisentheorie zwangsläufig zur Preisgabe des Sozialismus. Luxemburg schrieb, entweder folge die sozialistische Umgestaltung aus den objektiven Widersprüchen der kapitalistischen Ordnung oder „es sind die ‚Anpassungsmittel‘ wirklich solche, die einem Zusammenbruch des kapitalistischen Systems vorbeugen, also den Kapitalismus existenzfähig machen, also seine Widersprüche aufheben, dann hört aber der *Sozialismus* auf, eine historische Notwendigkeit zu sein, und er ist dann alles, was man will, nur nicht ein Ergebnis der materiellen Entwicklung der Gesellschaft.“ Wenn Bernstein in Bezug auf den Gang der kapitalistischen Entwicklung Recht habe, verwandle „sich die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft in eine Utopie“.⁷

IV. Der Zusammenbruch der Zweiten Internationale

17. Bernsteins Thesen wurden zwar auf Parteikongressen regelmäßig zurückgewiesen, doch in der Praxis gewannen sie zunehmend an Gewicht. Nach der Jahrhundertwende mehrten sich die Fälle, in denen die SPD-Führung oder Teile davon zu wichtigen politischen Fragen rechte Standpunkte einnahmen oder einer klaren Stellungnahme auswichen. In der Partei tat sich eine tiefe Kluft auf, deren Extreme auf der Linken Rosa Luxemburg und auf der Rechten die Gewerkschaftsführer bildeten. Letztere erachteten die revolutionäre Theorie der Partei als Gefahr für ihre organisatorischen Erfolge und mühsam erkämpften sozialen Verbesserungen. Die Schriften Rosa Luxemburgs, die einen systematischen Kampf gegen den wachsenden Opportunismus führte, lesen sich wie eine Chronologie der schleichenden Rechtsentwicklung der Partei.

18. Als die russische Revolution von 1905 die Frage des politischen Massenstreiks aufwarf, lehnten ihn die Gewerkschaftsführer mit den Worten „Generalstreik ist Generalunsinn“ ab und entfachten eine Hetzkampagne gegen Luxemburg, die den Massenstreik befürwortete. Der Kölner Gewerkschaftskongress stand 1905 unter der Devise „Die Gewerkschaften brauchen vor allem Ruhe“, selbst die Diskussion der Massenstreikfrage wurde als gefährliches und sinnloses Spiel mit dem Feuer verdammt. Die Gewerkschaftsführer „fürchteten, ihre taktische Unabhängigkeit von der Partei zu verlieren, fürchte-

ten die Aufzehrung des großen Kriegsschatzes, den sie angesammelt hatten, fürchteten sogar die Vernichtung ihrer Organisation durch die Staatsgewalt bei einer solchen Machtprobe. Im übrigen waren sie überhaupt gegen ‚Experimente‘, die ihr sehr kunstvolles System des täglichen Kleinkrieges mit dem Unternehmertum stören konnten.“⁸ Weitere Konflikte entbrannten über die Budgetbewilligung durch sozialdemokratische Abgeordnete in Süddeutschland und die Anpassung der SPD an den deutschen Imperialismus, die sich in der Haltung zur deutschen Kolonialpolitik und der passiven Reaktion der Partei auf die militärische Aufrüstung äußerte.

19. Die Parteiführung um August Bebel und Karl Kautsky rückte mit dem Herannahen des Weltkrieges immer deutlicher von Rosa Luxemburg ab und wich einem Konflikt mit den Gewerkschaftsführern aus. Als dann der Krieg 1914 ausbrach, hatten die opportunistischen Elemente in der Partei die Oberhand. Sie hatten den Krieg – in Trotzki's Worten „der größte Zusammenbruch eines an seinen eigenen Widersprüchen zugrunde gehenden ökonomischen Systems, den die Geschichte kennt“⁹ – nicht vorhergesehen und reagierten, indem sie vor dem deutschen Imperialismus kapitulierten. Nachdem die SPD noch kurz vorher auf internationalen Kongressen die internationale Solidarität beschworen hatte, bekannte sie sich nun zur Vaterlandsverteidigung und verschob den Sozialismus in eine ferne Zukunft. Sie votierte im Reichstag für die Kriegskredite und stellte ihren gesamten Apparat in den Dienst der imperialistischen Kriegspropaganda.

20. Auch alle anderen sozialdemokratischen Parteien – mit Ausnahme der serbischen Partei und der russischen Bolschewiki – bekannten sich zur Vaterlandsverteidigung. Das besiegelte den Zusammenbruch der Zweiten Internationale. Ihr Übergang ins Lager der herrschenden Klasse war vollständig und unwiderruflich. Als bei Kriegsende revolutionäre Kämpfe aufflammten, verteidigten die sozialdemokratischen Parteien die bürgerliche Ordnung mit allen Mitteln. In Deutschland ließ die SPD aufständische Arbeiter schießen. Sie verbündete sich mit der Obersten Heeresleitung, um die Revolution zu unterdrücken und ihre Führer Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zu ermorden. Das sozialdemokratische Zentralorgan *Vorwärts* warb für die Freikorps, die paramilitärischen Mörderbanden, aus denen sich später Hitlers SA rekrutierte. Als die Weimarer Republik später in die Krise geriet, unterstützte die SPD Brüning's Notverordnungen, wählte Hindenburg zum Reichspräsidenten und half so, Hitler den Weg an die Macht zu bahnen.

⁸ Paul Frölich, Rosa Luxemburg. Gedanke und Tat, Berlin 1990, S. 171–172

⁹ Leo Trotzki, Der Krieg und die Internationale, in: Europa im Krieg, Essen 1998, S. 378

⁷ Rosa Luxemburg, Sozialreform oder Revolution?, in: Gesammelte Werke, Band 1, Berlin 1990, S. 377

21. Dieser historische Verrat, dessen Folgen den weiteren Verlauf des zwanzigsten Jahrhunderts maßgeblich bestimmen sollte, hatte objektive Ursachen in den historischen Bedingungen der vorangegangenen Epoche. Der Aufstieg der SPD hatte sich vor dem Hintergrund einer lang anhaltenden Phase der kapitalistischen Expansion vollzogen. Theoretisch marschierte sie zwar unter dem Banner des Marxismus, doch ihre Praxis war ganz auf die täglichen Bedürfnisse der Arbeiter und die Entwicklung der eigenen Kräfte ausgerichtet – die Erhöhung der Mitgliederzahl, die Füllung der Kassen und die Entwicklung der Presse. Obwohl der Revisionismus im theoretischen Streit unterlag, lebte er in der Partei fort und nährte sich von ihrer Praxis und Psychologie. „Die kritische Widerlegung des Revisionismus als einer Theorie bedeutete durchaus nicht seine taktische und psychologische Überwindung“, schrieb Trotzki. „Die Parlamentarier, Gewerkschaftler und Genossenschaftler führen fort zu leben und zu wirken in der Atmosphäre allseitigen Possibilismus, praktischer Spezialisierung und nationaler Beschränktheit.“¹⁰

22. Die Katastrophe von 1914 war aber nicht unausweichlich. Die objektive Lage vor dem Weltkrieg förderte nicht nur den Opportunismus, sondern befruchtete auch die Entstehung revolutionärer Strömungen in der Zweiten Internationale und in der Arbeiterklasse als Ganzes. Revolutionäre Marxisten wie Lenin, Trotzki und Luxemburg verstanden die Widersprüche des Imperialismus weit besser und tiefer als Opportunisten wie Bernstein, die sich von den oberflächlichen Eindrücken des wirtschaftlichen Aufschwungs und gewerkschaftlicher Erfolge blenden ließen. Im systematischen Kampf gegen den Opportunismus bereiteten sie die Arbeiterklasse auf die kommenden Erschütterungen vor. Niemand begriff dies besser als Lenin, der den Opportunismus auf theoretischer, politischer und organisatorischer Ebene unnachgiebig bekämpfte und bereits 1903 mit den russischen Opportunisten, den Menschewiki, brach. Lenin entwickelte den Marxismus in einer ständigen Auseinandersetzung mit dem politischen und ideologischen Druck bürgerlicher und kleinbürgerlicher Tendenzen. Er betrachtete den Konflikt zwischen rivalisierenden Strömungen nicht als subjektiv motivierten Kampf um Einfluss über die Arbeiterklasse, sondern als objektiven Ausdruck realer Veränderungen in den Klassenbeziehungen – sowohl zwischen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie, als auch zwischen verschiedenen Schichten innerhalb der Arbeiterklasse. Das bereitete die Bolschewiki auf den Krieg und die folgenden revolutionären Erschütterungen vor.

23. Die Bolschewiki traten nicht nur den Vaterlandsverteidigern entgegen, sondern auch den Pazi-

fisten, die sich auf die Losung nach Frieden beschränkten. Lenin trat dafür ein, den imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg zu verwandeln, d.h. er verband den Kampf gegen den Krieg mit der Vorbereitung der sozialistischen Revolution. 1917 wurde diese Perspektive in Russland bestätigt. Die Februarrevolution brachte die Menschewiki und Sozialrevolutionäre an die Macht. Sie setzten den Krieg im Interesse der russischen Bourgeoisie und ihrer imperialistischen Verbündeten fort und gerieten in scharfen Konflikt mit den Friedensbestrebungen der Arbeiter, Bauern und Soldaten, die sich den Bolschewiki zuwandten. Diese organisierten im Oktober einen Aufstand, der die Provisorische Regierung stürzte und die Macht in die Hände der Sowjets legte. Die Sowjetregierung stellte die Kriegsteilnahme sofort ein und veröffentlichte die Geheimverträge über die imperialistischen Kriegsziele.

24. Der Sieg der Oktoberrevolution kennzeichnete einen historischen Wendepunkt. Erstmals ergriff in Russland die Arbeiterklasse unter marxistischer Führung die Macht und behauptete sie. Ungeachtet ihrer späteren Degeneration bewies die Oktoberrevolution, dass die Arbeiterklasse in der Lage ist, die kapitalistische Ordnung zu stürzen und das Fundament für eine höhere, fortschrittlichere Gesellschaft zu legen. Sie wurde zum Ansporn für revolutionäre Erhebungen auf der ganzen Welt. Der barbarische Charakter des Kriegs, die Empörung über den Verrat der Sozialdemokratie und die Folgen des wirtschaftlichen Niedergangs radikalisierten breite Schichten von Arbeitern. Sie orientierten sich an den revolutionären Marxisten, die sich von Anfang an gegen den Krieg gestellt hatten. Im März 1919 fand in Moskau der Gründungskongress der Dritten oder Kommunistischen Internationale statt. Sie erklärte kategorisch, dass für zentristische und opportunistische Elemente kein Platz in ihren Reihen sei, und entwickelte das Programm, die Strategie und die Taktik der sozialistischen Weltrevolution als praktische Aufgabe der internationalen Arbeiterklasse.

25. Der Erste Weltkrieg und die Oktoberrevolution markierten den Beginn einer neuen historischen Epoche, der Epoche der Todeskrise des Kapitalismus und der sozialistischen Weltrevolution. Die folgenden drei Jahrzehnte waren durch eine ununterbrochene Folge erbitterter Klassenkämpfe und militärischer Auseinandersetzungen geprägt. Dies erforderte eine andere Art von Partei, als sie die Zweite Internationale aufgebaut hatte. Es war nicht mehr möglich, sich theoretisch zu einem Maximalprogramm, zum Internationalismus und zur Revolution zu bekennen, während die Tagespraxis in organisatorischer Routine verharrte und auf ein Minimalprogramm, auf Reformen im nationalen Rahmen beschränkt blieb. Die neuen Parteien mussten in der Lage sein, schnell auf gesellschaftliche Veränderungen zu reagieren, ihre Taktik der revolutionären

¹⁰ ebd., S. 439, 441

Strategie unterzuordnen, diszipliniert zu handeln und einen unversöhnlichen Kampf gegen den Opportunismus zu führen.

26. Trotzki fasste später den Unterschied zwischen den Parteien der Zweiten und der Dritten Internationale mit den Worten zusammen: „In einer Zeit des wachsenden Kapitalismus konnte selbst die beste Parteileitung nicht mehr tun, als die Ausformung der Arbeiterpartei beschleunigen. Umgekehrt konnten Fehler der Führung diesen Prozess nur verzögern. Die objektiven Voraussetzungen für eine proletarische Revolution reiften nur langsam heran, und die Arbeit der Partei behielt einen vorbereitenden Charakter. Jetzt dagegen legt jede neue scharfe Wendung der politischen Situation nach links die Entscheidung in die Hände der revolutionären Partei. Verpasst sie die kritische Situation, so schlägt diese in ihr Gegenteil um. Unter diesen Bedingungen bekommt die Rolle der Parteiführung eine ausschlaggebende Bedeutung. ... Die Rolle des subjektiven Faktors kann in einer Periode der langsamen organischen Entwicklung eine durchaus untergeordnete bleiben. ... Sobald aber die objektiven Voraussetzungen herangereift sind, wird der Schlüssel zu dem ganzen historischen Prozess in die Hände des subjektiven Faktors, d.h. der Partei gelegt. Der Opportunismus, der bewusst oder unbewusst im Geiste der Vergangenheit lebt, neigt immer dazu, die Rolle des subjektiven Faktors, d.h. die Bedeutung der Partei und der revolutionären Führung zu unterschätzen. ... Eine solche Einstellung, die überhaupt falsch ist, wirkt sich in dieser Epoche direkt vernichtend aus.“¹¹

V. Der Zentrismus der USPD

27. In Deutschland bildete sich auf Initiative Rosa Luxemburgs noch am Abend des 4. August 1914 die Gruppe Internationale. Sie bezog in *Die Internationale* und den illegal verbreiteten *Spartakusbriefen* (daher der Name Spartakusbund) entschiedene Stellung gegen den Krieg und verfügte mit Karl Liebknecht, der die Kriegskredite ablehnte, über einen Abgeordneten im Reichstag. Der erste Leitartikel von *Die Internationale* aus der Feder Rosa Luxemburgs begann mit den Worten: „Am 4. August 1914 hat die deutsche Sozialdemokratie politisch abgedankt, und gleichzeitig ist die sozialistische Internationale zusammengebrochen. Alle Versuche, diese Tatsache zu leugnen, zu verschleiern oder zu beschönigen, haben, gleichviel aus welchen Motiven sie hervorgehen mögen, objektiv nur die Tendenz, jene fatalen Selbsttäuschungen der sozialistischen Parteien, jene inneren Gebrechen der Bewegung,

die zum Zusammenbruch geführt hatten, zu verewigen, zum bewussten Normalzustand zu erheben, die sozialistische Internationale auf die Dauer zur Fiktion, zur Heuchelei zu machen.“ Es folgte eine scharfe Abrechnung mit der rechten Parteimehrheit und Karl Kautsky, dem Vertreter des „marxistischen Zentrums“ oder „Theoretiker des Sumpfes“, wie es Luxemburg ausdrückte.¹²

28. Der von Kautsky verkörperte Zentrismus erwies sich als weit größeres Hindernis für die revolutionäre Entwicklung der Arbeiterklasse als die weitgehend diskreditierte Politik der rechten SPD-Führung. Er schwankte zwischen Opposition und Anpassung, passte sich in Worten der radikalen Stimmung der Arbeiter an, während er in der Praxis dem rechten Kurs der SPD-Führung zuneigte. Im April 1917 organisierten sich die Zentristen in der Unabhängigen SPD, nachdem zuvor mehrere Reichstagsabgeordnete aus der SPD ausgeschlossen worden waren, weil sie sich geweigert hatten, die Kriegskredite zu verlängern. Die USPD wurde von den Reichstagsabgeordneten Hugo Haase und Georg Ledebour geführt. In ihren Reihen fanden sich viele führende Köpfe der Vorkriegssozialdemokratie, wie der Revisionist Eduard Bernstein, der Ökonom und spätere Finanzminister Rudolf Hilferding und der Theoretiker Karl Kautsky. Als sich im November 1918 die Arbeiter- und Soldatenräte erhoben und den Kaiser zur Abdankung zwangen, wandte sich die USPD gegen die Errichtung einer Räterepublik und trat der Regierung des Mehrheitssozialdemokraten Friedrich Ebert bei. Während sich Ebert mit der Obersten Heeresleitung verbündete, die Räte entmachtete, Arbeiteraufstände niederschlug und die bürgerliche Ordnung rettete, diente ihm die USPD als linkes Feigenblatt.

29. Programm und Politik der USPD waren von Unentschlossenheit, Kompromissen und Halbheiten geprägt. Sie standen in krassem Gegensatz zur Stimmung der Arbeiter, die in Berlin nur zehn Tage nach dem Gründungsparteitag der USPD erstmals in einen Massenstreik gegen den Krieg traten. Die Gegnerschaft der USPD gegen den Krieg beschränkte sich auf passive Aufrufe zum Frieden. Revolutionäre Initiativen lehnte sie ab. Nach ihrem Eintritt in die Regierung Ebert charakterisierte Rosa Luxemburg die USPD mit den Worten: „Sie tritt stets im Hintertreffen der Ereignisse und der Entwicklung, nie schritt sie an ihrer Spitze. Sie hat es nie vermocht, zwischen sich und den Abhängigen einen grundsätzlichen Grenzrain zu ziehen. Jede schillernde Zweideutigkeit, die zur Verwirrung der Massen führte: Verständigungsfrieden, Völkerbund, Abrüstung, Wilson-Kultus, alle die Phrasen der bürgerlichen Demagogie, die über die nackten, schroffen

¹¹ Leo Trotzki, *Die Dritte Internationale nach Lenin*, Essen 1993, S. 95–97

¹² Rosa Luxemburg, *Der Wiederaufbau der Internationale*, in: *Gesammelte Werke*, Band 4, Berlin 1987, S. 20

Tatsachen der revolutionären Alternative während des Krieges verdunkelnde Schleier breiteten, fanden ihre eifrige Unterstützung. Die ganze Haltung der Partei pendelte hilflos um den Kardinalwiderspruch, dass sie einerseits die bürgerlichen Regierungen als die berufenen Mächte fortgesetzt zum Friedensschluss geneigt zu machen suchte, andererseits der Massenaktion des Proletariats das Wort redete. Ein getreuer Spiegel der widerspruchsvollen Praxis ist die eklektische Theorie: ein Sammelsurium radikaler Formeln mit rettungsloser Preisgabe des sozialistischen Geistes. [...] Bis zum Ausbruch der Revolution war es eine Politik von Fall zu Fall, ohne geschlossene Weltanschauung, die Vergangenheit und Zukunft der deutschen Sozialdemokratie aus einer Lichtquelle beleuchtet, die für die großen Linien der Entwicklung einen Blick gehabt hätte.“¹³

30. Theoretischer Kopf der USPD war Karl Kautsky, der ihre zentristische Politik mit historischen Versatzstücken untermauerte und die russische Oktoberrevolution denunzierte. Er akzeptierte „vom Marxismus alles, ausgenommen die revolutionären Kampfmittel, ihre Propagierung und Vorbereitung, die Erziehung der Massen gerade in dieser Richtung“, wie Lenin spöttisch bemerkte.¹⁴ Im Mittelpunkt von Kautskys Angriff auf den Marxismus stand die Zurückweisung der Diktatur des Proletariats. Zu einem Zeitpunkt, an dem der Krieg den demokratischen Staat überall als brutale Form der bürgerlichen Klassenherrschaft bloßstellte, sprach Kautsky der Arbeiterklasse das Recht ab, mit revolutionären Mitteln die Macht zu erobern und ihre eigene Herrschaft zu errichten. Nach dem Zusammenbruch des offiziellen Sozialpatriotismus war der internationale Kautskyanismus zum wichtigsten Faktor geworden, auf den sich die kapitalistische Gesellschaft stützte, wie Trotzki feststellte.¹⁵

31. Die Novemberrevolution bestätigte das. Durch den Eintritt in die Regierung Ebert trug die USPD maßgeblich zu ihrer Niederlage bei. Die Novemberrevolution, aus der die Weimarer Republik hervorging, war, wie Trotzki schrieb, „keine demokratische Vollendung der bürgerlichen Revolution“, sondern „eine von der Sozialdemokratie enthauptete proletarische Revolution: richtiger gesagt, es ist die bürgerliche *Konterrevolution*, die nach dem Siege über das Proletariat gezwungen ist, pseudodemokratische Formen zu bewahren.“¹⁶ Das hatte tragische Folgen. Alle gesellschaftlichen Kräfte, die 15 Jahre später Hitler an die Macht verhelfen sollten, überlebten die Revolution unbeschadet: Der preußische

Großgrundbesitz, der den Bodensatz der politischen Reaktion bildete; die Industriearistokratie und die Finanzaristokratie, die für die expansiven deutschen Kriegsziele verantwortlich waren; die Heeresleitung, die sich zum Staat im Staat entwickelte; die Richter und Beamten, die die Demokratie ablehnten; nicht zu sprechen von der Soldateska, der die Weimarer Republik keine zivile Perspektive bieten konnte und die zum Fußvolk der Nazis wurde. Die Arbeiterklasse musste für die Politik des Zentrismus einen hohen Preis entrichten. Das ist die bittere historische Lehre aus dem Verhalten der USPD in der Novemberrevolution.

VI. Die KPD

32. Obwohl der Spartakusbund die SPD und die USPD scharf kritisierte, brach er organisatorisch nicht mit ihnen. Er bestand zwar auf seiner vollen Aktionsfreiheit, blieb aber innerhalb der SPD und schloss sich 1917 der neu gegründeten USPD an. Erst einen Monat nach der Novemberrevolution trennte er sich schließlich von der USPD und gründete am 1. Januar 1919 die Kommunistische Partei Deutschlands. Nur zwei Wochen später wurden deren bekanntesten Führer, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, von den Mörderbanden des sozialdemokratischen Reichswehrministers Gustav Noske ermordet.

33. Rosa Luxemburg rechtfertigte das Verbleiben in der SPD und der USPD mit dem Argument: „Es genügt nicht, dass eine Handvoll Leute das beste Rezept in der Tasche hat und schon weiß, wie man die Massen führen soll. Die Massen müssen geistig den Traditionen der 50-jährigen Vergangenheit entrisen, von ihnen befreit werden. Und das können sie nur im großen Prozess ständiger innerer Selbstkritik der Bewegung im Ganzen.“¹⁷ Diese Haltung unterschätzte das Ausmaß der sozialen Kluft, die sich zwischen der SPD und der USPD auf der einen und der Arbeiterklasse auf der anderen Seite aufgetan hatte. Vor dem Krieg hätte der Austritt aus der SPD – einer legalen Massenpartei, die sich offiziell zum Marxismus bekannte und unter den Arbeitern große Autorität genoss – den revolutionären Flügel von den klassenbewussten Arbeitern isoliert. Doch nach der Zustimmung zu den Kriegskrediten stellte sich die Lage anders dar. Die SPD war vollständig ins Lager der herrschenden Klasse übergegangen. Das musste sie unweigerlich in Konflikt mit der Arbeiterklasse bringen. Diesen Konflikt galt es durch das Aufzeigen einer klaren politischen und organisatorischen Alternative vorzubereiten. Hatte in Russland 1917 das Vorhandensein einer Partei, die durch den

¹³ Rosa Luxemburg, Parteitag der Unabhängigen SP, in: ebd., S.423–424

¹⁴ W.I. Lenin, Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky, Berlin 1990, S. 91

¹⁵ Leo Trotzki, Terrorismus und Kommunismus, Berlin 1990, S. 13–14

¹⁶ Leo Trotzki, Die permanente Revolution, Essen 1993, S. 58

¹⁷ Rosa Luxemburg, Rückblick auf die Gothaer Konferenz, in: Gesammelte Werke, Band 4, S. 274

jahrelangen Kampf gegen den Opportunismus gestählt war, den Sieg der Oktoberrevolution ermöglicht, so war in Deutschland das Fehlen einer solchen Partei 1918/19 die Ursache empfindlicher proletarischer Niederlagen.

34. Aufgrund ihrer späten Gründung und des Verlusts ihrer wichtigsten Führer gestalteten sich die ersten Jahre der KPD äußerst schwierig. Es fehlte ihr an politischer und theoretischer Geschlossenheit und einem erfahrenen Kader. Die Erbitterung über den Verrat der SPD verschaffte zeitweise ultralinken, antiparlamentarischen und anarchistischen Vorstellungen Einfluss und führte im April 1920 zu einer linken Abspaltung in Form der KAPD. Im Dezember desselben Jahres brach die Mehrheit der USPD mit den rechten Führern und schloss sich der KPD an. Das machte die KPD zur Massenpartei, brachte aber auch neue politische Probleme mit sich. Zwischen 1919 und 1921 beteiligte sich die KPD an mehreren verfrühten und schlecht vorbereiteten Aufstandsversuchen. Nur fünf Tage nach ihrer Gründung unterstützte sie den so genannten Spartakusaufstand in Berlin, der blutig unterdrückt wurde. 1921 riefen KPD und KAPD in der so genannten Märzaktion gemeinsam zum Generalstreik und zum Sturz der Reichsregierung auf, nachdem diese bewaffnete Polizeieinheiten gegen Arbeiter in Mitteldeutschland eingesetzt hatte. Die folgende Niederlage kostete rund 2.000 Arbeitern das Leben.

35. Der Dritte Kongress der Kommunistischen Internationale setzte sich 1921 intensiv mit dem linken Radikalismus in der KPD und anderen Sektionen auseinander. Lenin wandte sich in der Schrift *Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus* gegen den „kleinbürgerlichen Revolutionarismus“, der politische Kompromisse unter allen Umständen ablehnt, die Legitimität der Teilnahme an Wahlen oder am Parlament leugnet und es für unverzeihlich hält, in den reaktionären Gewerkschaften zu arbeiten. Der Kongress, so Trotzki, „stellte die Parole auf: ‚Heran an die Massen‘, d.h. an die Eroberung der Macht durch die vorhergehende Eroberung der Massen in ihrem täglichen Leben und Kampf.“¹⁸ Er entwickelte ein Programm von Übergangsforderungen, die die Tagesbedürfnisse der Arbeiter mit dem Ziel der proletarischen Machteroberung verbanden, und befürwortete die Taktik der Einheitsfront. Diese Taktik bemühte sich darum, in Tageskämpfen durch praktische, gemeinsame Maßnahmen eine schlagkräftige Einheit herzustellen zwischen den reformistischen, sozialdemokratischen Organisationen und Parteien, in denen noch die große Mehrheit der Arbeiter organisiert war, und den revolutionären kommunistischen Parteien. Die Einheitsfront entsprach einem grundlegendem Bedürfnis und instinktiven Streben der

Massen nach Einheit aller Arbeiter im Kampf zur Durchsetzung wichtiger Forderungen, zur Verteidigung von Löhnen und politischen Rechten und zur Abwehr faschistischer Angriffe auf die Organisationen der Arbeiterklasse. Sie bedeutete aber keinen Verzicht auf Kritik am politischen Gegner innerhalb der Arbeiterorganisationen. Sie schuf im Gegenteil die Voraussetzungen, unter denen sich die Massen aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen von der Tatkraft der Kommunisten und der Nutzlosigkeit der Sozialdemokratie überzeugen konnten.

36. Der auf dem Dritten Kongress vollzogene Kurswechsel stärkte und festigte die KPD. Doch 1923 änderte sich die politische Lage dramatisch. Die Besetzung des Ruhrgebiets durch Frankreich löste eine politische und ökonomische Krise aus, die in eine außergewöhnliche revolutionäre Situation mündete. Der Zusammenbruch der deutschen Währung führte zur Verelendung und Radikalisierung breiter Arbeiter- und Mittelschichten. Die SPD verlor rasch an Einfluss, während die Unterstützung für die KPD wuchs. Auf der Rechten erhielten faschistische Gruppen Zulauf. Im August zwang ein von der KPD initiiertes Generalstreik die rechte Regierung des Großindustriellen Wilhelm Cuno zum Rücktritt. Der DVU-Politiker Gustav Stresemann bildete eine neue Regierung mit Beteiligung der SPD. Sie übergab die Exekutivgewalt an General von Seeckt, den Oberbefehlshaber der Reichswehr, und beseitigte mithilfe eines Ermächtigungsgesetzes die sozialen Errungenschaften der Novemberrevolution einschließlich des Acht-Stunden-Tags. Das ganze Land polarisierte sich. In Sachsen und Thüringen näherten sich linke SPD-Regierungen der KPD an, während in Bayern faschistische Kräfte im Bündnis mit Militärs einen Staatsstreich gegen die Reichsregierung vorbereiteten.

37. Die KPD brauchte lange, bis sie die revolutionäre Lage erkannte. Erst ab August unternahm sie in enger Zusammenarbeit mit der Komintern ernsthafte revolutionäre Vorbereitungen. Doch am 21. Oktober sagte die Parteiführung unter dem Vorsitzenden Heinrich Brandler einen vorbereiteten Aufstand in letzter Sekunde wieder ab, weil linke SPD-Delegierte auf einem Betriebsrätekongress in Chemnitz ihre Zustimmung verweigerten. Statt in einer Revolution endete der deutsche Oktober in einem politischen Fiasko. In Hamburg traf die Entscheidung der Parteiführung, den Kampf um die Macht wieder abzublasen, zu spät ein, der Aufstand brach trotzdem aus, blieb isoliert und wurde gewaltsam niedergeschlagen. In Sachsen und Thüringen setzte die Reichswehr die linken Regierungen ab. Die KPD selbst wurde verboten.

38. Trotzki widmete den Lehren aus dem deutschen Oktober große Aufmerksamkeit. Im Gegensatz zu Stalin und Sinowjew, die die Niederlage auf

¹⁸ Leo Trotzki, Die Dritte Internationale nach Lenin, S. 100

die angebliche Unreife der Situation zurückführten, bezeichnete er sie als „klassisches Beispiel einer verpassten revolutionären Situation“, deren Ursachen „ausschließlich in der Taktik und nicht in den objektiven Umständen“ lägen. Schon die russische Oktoberrevolution habe gezeigt, dass dem subjektiven Faktor, der Partei, in einer objektiv revolutionären Situation die ausschlaggebende Rolle zufalle. Dasselbe habe nun der deutsche Oktober auf negative Weise bewiesen.

39. „Mit Beginn der Ruhrbesetzung“, bilanzierte Trotzki, „hätte die Kommunistische Partei unbedingt einen festen und entschlossenen Kurs in Richtung Machtergreifung einschlagen müssen. Nur eine mutige taktische Wende hätte das deutsche Proletariat im Kampf um die Macht vereinen können. Haben wir auf dem Dritten und teilweise auf dem Vierten Kongress den deutschen Genossen gesagt: ‚Ihr werdet die Massen nur gewinnen, wenn ihr eine führende Rolle in ihrem Kampf um Übergangsforderungen spielt‘, so stellte sich die Frage Mitte 1923 anders: Nach allem, was das deutsche Proletariat in den letzten Jahren durchgemacht hatte, konnte es nur in die entscheidende Schlacht geführt werden, wenn es überzeugt war, dass die Kommunistische Partei diesmal *aufs Ganze* gehen würde (d.h. dass es nicht um diese oder jene Teilaufgabe, sondern um die Grundaufgabe geht), dass sie bereit sei, in die Schlacht zu ziehen, und fähig, den Sieg zu erringen. Aber die deutsche Kommunistische Partei vollzog diese Wende ohne das nötige Vertrauen und mit extremer Verspätung. Trotz der heftigen gegenseitigen Angriffe legten Rechte wie Linke bis zum September-Oktober eine ziemlich fatalistische Haltung gegenüber der Entwicklung der Revolution an den Tag. Während die gesamte objektive Situation von der Partei einen entscheidenden Schlag verlangte, unternahm die Partei nichts, um die Revolution zu organisieren, sondern wartete darauf.“¹⁹

40. In der Broschüre *Die Lehren des Oktober* unterstrich Trotzki, dass die Führung einer revolutionären Partei imstande sein müsse, abrupte Veränderungen der objektiven Lage rechtzeitig zu erkennen und die Partei neu zu orientieren. Nach den bisherigen Erfahrungen, schrieb er, könne „man es als ein fast allgültiges Gesetz ansehen, dass beim Übergang von der revolutionären Vorbereitungsarbeit zum unmittelbaren Kampf um die Machtergreifung eine Parteikrise ausbricht“. Eine taktische Neuorientierung bedeute immer einen Bruch mit den bisherigen Methoden und Gepflogenheiten. „Kommt der Umsturz sehr plötzlich und hat die vorhergehende Periode viele konservative Elemente in den führenden Organen der Partei angesammelt, so wird sie sich im entscheidenden Moment als unfähig erweisen, ihre

Führerrolle zu erfüllen, zu der sie sich im Laufe vieler Jahre und Jahrzehnte vorbereitet hat. ... Die revolutionäre Partei befindet sich unter dem Druck fremder politischer Kräfte; in jeder Periode ihres Bestehens entwickelt sie andere Mittel, diesen Kräften zu widerstehen und sich ihnen entgegenzusetzen. Bei einer taktischen Neuorientierung und den damit verbundenen inneren Reibungen schwindet die Kraft, sich den zerstörenden äußeren Kräften zu widersetzen. Es besteht daher die Gefahr, dass innere Umgestaltungen der Partei, die im Hinblick auf die Notwendigkeit der taktischen Neuorientierung entstehen, über das Ziel hinauswachsen und verschiedenen Klassentendenzen als Stützpunkt dienen. Einfacher ausgedrückt: eine Partei, die mit den historischen Aufgaben ihrer Klasse nicht Schritt hält, läuft Gefahr, zum indirekten Werkzeug anderer Klassen zu werden oder wird es auch tatsächlich.“²⁰

VII. Der Stalinismus und die Linke Opposition

41. Die Niederlage der deutschen Revolution hatte unmittelbare Rückwirkungen auf die Sowjetunion. Sie stärkte die reaktionären Kräfte, aus denen schließlich die stalinistische Diktatur erwuchs. Die wirtschaftliche Rückständigkeit und die internationale Isolation des ersten Arbeiterstaats führten zur Herausbildung einer Bürokratie in Staat und Partei, die in wachsendem Maße ihre eigenen Interessen geltend machte. Die Sowjetregierung hatte mangels geschulter Kräfte viele ehemalige zaristische Beamte in die Verwaltung geholt und 1921 im Rahmen der Neuen Ökonomischen Politik (NEP) Zugeständnisse an kapitalistische Elemente gemacht, um die Wirtschaft zu beleben und die verheerenden Folgen von Krieg und Bürgerkrieg zu überwinden. Diese konservativen Elemente übten wachsenden Einfluss auf die Kommunistische Partei aus, die durch den Bürgerkrieg erschöpft war. Sie begegneten dem Programm der sozialistischen Weltrevolution mit Misstrauen und waren bemüht, ihre eigene gesellschaftliche Stellung zu konsolidieren.

42. Die deutsche Niederlage gab diesen konservativen Strömungen Auftrieb. Sie zerschlug die Hoffnung, die Sowjetwirtschaft werde in kurzer Zeit Unterstützung durch ein fortgeschrittenes Industrieland bekommen. Die Sowjetunion blieb isoliert und das Versagen der KPD schien all jene zu bestätigen, die das Schicksal der Sowjetunion nicht mit den internationalen Erfolgen der kommunistischen Bewegung verknüpfen wollten, sondern auf die eigenen nationalen Kräfte setzten. „Hätte Ende des Jahres 1923 die deutsche Revolution gesiegt“, fasste Trotzki die Auswirkungen der deutschen Niederlage zu-

¹⁹ Leon Trotsky, *The First Five Years of the Communist International*, London 1973, S. 2–3

²⁰ Leo Trotzki, *Die Lehren des Oktober*, Dortmund 1978, S. 17–18

sammen, „so wäre die Diktatur des Proletariats in Russland ohne innere Erschütterungen gereinigt und gefestigt worden. Aber die deutsche Revolution endete mit einer der schrecklichsten Kapitulationen der Geschichte der Arbeiterklasse. Die Niederlage der deutschen Revolution gab allen reaktionären Prozessen in der Sowjetrepublik mächtigen Auftrieb. So kam es in der Partei zum Kampf gegen die ‚permanente Revolution‘ und den ‚Trotzkismus‘, zur Bildung der Theorie vom Sozialismus in einem Lande, usw.“²¹

43. Nur wenige Wochen nach der deutschen Niederlage verkündeten Stalin und Bucharin die Theorie vom „Sozialismus in einem Land“, die die materiellen Interessen der Bürokratie zum Ausdruck brachte und zum Dreh- und Angelpunkt ihres Angriffs auf den Marxismus wurde. Sie bedeutete die völlige Abkehr von der internationalen Perspektive, die die Oktoberrevolution angeleitet hatte, und wies die strategischen Schlussfolgerungen zurück, die Lenin, Trotzki und Luxemburg aus dem Zusammenbruch der Zweiten Internationale gezogen hatten. Ihr Ursprung ging auf den rechten deutschen Sozialdemokraten Georg von Vollmar zurück, der schon 1878 einen „isolierten sozialistischen Staat“ propagiert hatte.

44. Trotzki fasste den Gegensatz zwischen der internationalen Perspektive des Marxismus und der nationalen Perspektive Stalins mit den Worten zusammen: „Der Marxismus geht von der Weltwirtschaft aus nicht als einer Summe nationaler Teile, sondern als einer gewaltigen, selbständigen Realität, die durch die internationale Arbeitsteilung und den Weltmarkt geschaffen wurde und in der gegenwärtigen Epoche über die nationalen Märkte herrscht. Die Produktivkräfte der kapitalistischen Gesellschaft sind längst über die nationalen Grenzen hinausgewachsen. Der imperialistische Krieg war eine der Äußerungen dieser Tatsache. Die sozialistische Gesellschaft muss in produktionstechnischer Hinsicht im Vergleich zu der kapitalistischen Gesellschaft ein höheres Stadium darstellen. Sich das Ziel zu stecken, eine *national isolierte* sozialistische Gesellschaft aufzubauen, bedeutet, trotz aller vorübergehenden Erfolge, die Produktivkräfte, sogar im Vergleich zum Kapitalismus, zurückzerren zu wollen. Der Versuch, unabhängig von den geographischen, kulturellen und historischen Bedingungen der Entwicklung des Landes, das einen Teil der Weltgesamtheit darstellt, eine in sich selbst abgeschlossene Proportionalität aller Wirtschaftszweige in nationalem Rahmen zu verwirklichen, bedeutet, einer reaktionären Utopie nachzujagen.“²²

45. Die Perspektive des „Sozialismus in einem Land“ beeinflusste alle Aspekte der sowjetischen Innen- und Außenpolitik. In der Innenpolitik raubte sie der Führung den politischen Kompass. Die Stalinfraktion verfolgte einen empirischen Zickzackkurs, der die wirtschaftlichen Widersprüche und sozialen Gegensätze verschärfte und das Land mehrmals an den Rand des Bürgerkriegs trieb. Um ihre Stellung gegenüber der Arbeiterklasse zu stärken, förderte sie anfangs Großbauern und Spekulanten. Als diese erstarkten und ihre eigene Herrschaft bedrohten, vollzog sie einen panischen Linksschwenk, kollektivierte gewaltsam die Landwirtschaft und schlug ein Industrialisierungstempo ein, das die Kräfte der Arbeiter überforderte. Konsequenterweise war sie nur in ihrem Vorgehen gegen die Linke Opposition, die sie nach jedem Schwenk heftiger verfolgte.

46. In der Außenpolitik opferte das stalinistische Regime die internationale revolutionäre Orientierung dem nationalen Interesse. Es verwandelte die Kommunistische Internationale in ein Werkzeug der sowjetischen Außenpolitik und benutzte deren Sektionen für seine Manöver mit bürgerlichen Regierungen. In Ländern, von deren Regierung die Sowjetunion Unterstützung erhoffte, schlugen die Kommunistischen Parteien einen Kurs der Klassenzusammenarbeit ein, der sie schließlich in Instrumente der Konterrevolution verwandelte. Die ersten Folgen dieser Politik waren die Niederlage des britischen Generalstreiks im Mai 1926 und der chinesischen Revolution im April 1927. In Großbritannien hatte sich die Kommunistische Partei unkritisch hinter den Gewerkschaftsdachverband TUC gestellt, zu dem Stalin freundschaftliche Beziehungen anstrebte. Als der TUC dem Generalstreik in den Rücken fiel – was sich leicht voraussehen ließ –, war die Arbeiterklasse völlig unvorbereitet. In China unterstützte die Kommunistische Partei die bürgerliche Kuomintang, die sich 1927 gegen die Kommunisten wandte und die Partei in einem Massaker weitgehend auslöschte.

47. Der Kampf zwischen der Stalinfraktion und der Linken Opposition beherrschte ab 1923 das innere Leben der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und der Kommunistischen Internationale. Trotzki und seine Anhänger kämpften für eine Korrektur ihres politischen Kurses. Sie schlugen Maßnahmen gegen die Bürokratisierung und zur Wiederherstellung der innerparteilichen Demokratie vor. Sie setzten sich für eine Wirtschaftspolitik ein, die die Arbeiterklasse und die armen Bauern gegen die Profiteure der NEP und die besser gestellten Bauern stärkte. Sie zogen die Lehren aus der deutschen Niederlage und liefen Sturm gegen die falsche Politik der Komintern in Großbritannien und China. Im Kern drehte sich der Konflikt um zwei unversöhnliche Perspektiven, die der *permanenten Revolution* und die des *Sozialismus in einem Land*. Die Linke

²¹ LeoTrotzki, Die Verteidigung der Sowjetrepublik und die Opposition, in: Schriften 1.1., Hamburg 1988, S. 95

²² Leo Trotzki, Die permanente Revolution, S. 39

Opposition beharrte darauf, dass das Schicksal des Arbeiterstaates und seine Weiterentwicklung zum Sozialismus untrennbar mit der Entwicklung der sozialistischen Weltrevolution verbunden seien. Die Stalinisten wollten auf der Grundlage der russischen Ressourcen eine national isolierte sozialistische Gesellschaft aufbauen.

48. Die Analysen, Voraussagen und Warnungen der Linken Opposition wurden in der Praxis regelmäßig bestätigt. In ihren Reihen fanden sich viele führende Parteimitglieder, die in der Oktoberrevolution eine herausragende Rolle gespielt hatten. 1926 bildete sie gemeinsam mit den Anhängern Sinowjews und Kamenews für einige Zeit die Vereinigte Opposition. Nun stand ein großer Teil von Lenins Parteiführung (einschließlich seiner Frau Krupskaja) in Opposition zur Stalinfraktion. Doch die internationalen Niederlagen, die sie teilweise selbst verschuldet hatte, stärkten die Bürokratie. „Sie siegte über all diese Feinde – die Opposition, die Partei und Lenin – nicht mit Ideen und Argumenten, sondern durch ihr eigenes soziales Schwergewicht. Das bleierne Hinterteil der Bürokratie wog schwerer als der Kopf der Revolution“,²³ fasste Trotzki den Grund für den Sieg der Bürokratie zusammen. Die stalinistische Bürokratie ging mit Verleumdung, Geschichtsfälschung, Parteausschluss, Verbannung, Verfolgung und schließlich mit Hinrichtungskommandos gegen ihre Gegner vor. Trotzki selbst wurde 1926 aus dem Politbüro und 1927 aus der Partei ausgeschlossen, 1928 nach Kasachstan verbannt, 1929 aus dem Land verwiesen und 1940 ermordet.

49. Die Linke Opposition fand Unterstützung in den Kommunistischen Parteien Europas und Chinas. 1928 brachte James P. Cannon Trotzkis Kritik des Programmwerfs der Kommunistischen Internationale in die USA und legte damit den Grundstein für die amerikanische trotzkistische Bewegung.²⁴ In einem langen politischen und ideologischen Klärungsprozess entstanden schließlich die Internationale Linke Opposition und später die Vierte Internationale. Trotzki widmete nach seiner Ausweisung aus der Sowjetunion einen großen Teil seiner Energie dieser Aufgabe.

VIII. Die deutsche Linke Opposition und der Leninbund

50. In der KPD galt Trotzki nach 1923 als Rechter, weil er sich weigerte, den Parteivorsitzenden Heinrich Brandler zum alleinigen Sündenbock für die Oktoberniederlage zu stempeln. Ruth Fischer und Arkadi Maslow, zwei Vertreter des linken Flügels, die

Brandler an der Parteispitze ablösen, waren Anhänger Sinowjews und unterdrückten die Dokumente der Linken Opposition. Erst als sich Sinowjew mit Stalin überwarf und mit der Linken Opposition verbündete, entbrannte auch in der KPD ein heftiger Fraktionskampf. Fischer und Maslow wurden auf Betreiben Moskaus abgelöst und aus der Partei ausgeschlossen. An ihre Stelle trat Ernst Thälmann, der sich zum treuen Erfüllungsgehilfen Stalins entwickelte. Am 1. September 1926 bezogen 700 prominente KPD-Mitglieder in einem Brief öffentlich Stellung für die russische Vereinigte Opposition. Sie wiesen die Theorie des „Sozialismus in einem Land“ zurück und forderten eine offene Diskussion über die russische Frage in den Reihen der KPD. Im April 1928 gründeten sie den Leninbund.

51. Trotzkis Unterstützer bildeten im Leninbund die Minderheit. Die Mehrheit, einschließlich des Führers Hugo Urbahns, bestand aus Anhängern Sinowjews. Im Leninbund lebten viele der ultralinken Standpunkte weiter, die die Komintern unter Lenin und Trotzki bekämpft hatte. Er neigte zu kleinbürgerlicher Ungeduld und prinzipienlosen Manövern, stellte nebensächliches Gezänk über Grundsatzfragen und entschied internationale Fragen nach nationalen Kriterien. 1929/30 kam es zum Bruch zwischen dem Leninbund und der Linken Opposition. Als Trotzki den Leninbund offen kritisierte, schloss dieser seine Anhänger aus. Im Mittelpunkt der Differenzen standen der Klassencharakter der Sowjetunion und die internationale Orientierung der Opposition.

52. Der Leninbund vertrat die Auffassung, die Konterrevolution habe in der Sowjetunion bereits gesiegt. Trotzki lehnte diese defätistische Haltung ab, die den Kampf für einen Kurswechsel der KPdSU und der Kommunistischen Internationale von vornherein verloren gab. Er bezeichnete den Wortradikalismus der Urbahns-Gruppe, die Stalins Herrschaft mit der Rückkehr der Bourgeoisie an die Macht gleichsetzte, als „umgedrehten Reformismus“. Schon die französische Bourgeoisie habe im Thermidor des Jahres 1794 den Plebejern die Macht nur durch einen Bürgerkrieg entreißen können, schrieb Trotzki, „wie kann man dann annehmen oder glauben, die Macht des russischen Proletariats könne auf friedlichem, ruhigem, unmerklichem, bürokratischem Wege an die Bourgeoisie übergehen?“ Er wies darauf hin, dass die wichtigsten Errungenschaften der Oktoberrevolution unangetastet blieben: „Die Produktionsmittel, die einst den Kapitalisten gehörten, sind bis heute in den Händen des Sowjetstaats. Der Boden ist nationalisiert. Die Ausbeuter sind noch immer von den Sowjets und der Armee ausgeschlossen. Das Außenhandelsmonopol bleibt ein Bollwerk gegen die ökonomische Intervention des Kapitalismus.“ Daraus folgerte Trotzki: „Der Kampf geht weiter, die Klassen haben ihr letz-

²³ LeoTrotzki, Die verratene Revolution, S. 141

²⁴ Veröffentlicht in: Leo Trotzki, Die Dritte Internationale nach Lenin

tes Wort noch nicht gesprochen.“²⁵ Der Leninbund war der Vorläufer einer ganzen Reihe politischer Tendenzen, deren Abwendung vom Marxismus mit der Weigerung begann, die Sowjetunion – trotz und gegen das stalinistische Regime – als Arbeiterstaat zu verteidigen.

53. Der zweite Streitpunkt mit der Urbahns-Gruppe betraf die Frage des Internationalismus. Sie beurteilte internationale Fragen nach nationalen Gesichtspunkten und tat sich im Kampf gegen Trotzki mit internationalen Gruppierungen zusammen, mit denen sie in keiner grundsätzlichen Frage übereinstimmte. Trotzki bemerkte, ihr „Internationalismus“ sei nichts weiter als „die arithmetische Summe nationaler opportunistischer Taktiken“. In einem Offenen Brief an die Mitglieder des Leninbunds betonte Trotzki, dass sich die Linke Opposition nur als internationale Organisation entwickeln könne: „Wer glaubt, die Internationale Linke werde irgendwann als Summe nationaler Gruppen Gestalt annehmen und der internationale Zusammenschluss könne daher auf unbestimmte Zeit verschoben werden, bis die nationalen Gruppen ‚erstarkt sind‘, schreibt dem internationalen Faktor nur eine zweitrangige Bedeutung zu und beschreitet gerade deshalb den Weg des nationalen Opportunismus. Jedes Land besitzt unbestreitbar große Besonderheiten, aber in unserer Epoche können diese Besonderheiten nur von einem internationalistischen Standpunkt her richtig bewertet und ausgenutzt werden. Andererseits kann nur eine internationale Organisation Träger der internationalen Ideologie sein. Kann jemand ernsthaft glauben, isolierte nationale Oppositionsgruppen, die unter sich gespalten und auf ihre eigenen Ressourcen angewiesen sind, könnten von sich aus den richtigen Weg finden? Nein, das ist der sichere Weg zur nationalen Degeneration, zum Sektierertum und zum Ruin. Die Internationale Opposition steht vor enorm schwierigen Aufgaben. Nur wenn sie untrennbar miteinander verbunden sind, nur wenn sie auf alle gegenwärtigen Probleme gemeinsame Antworten ausarbeiten, nur wenn sie ihre internationale Plattform entwickeln, nur wenn sie gegenseitig jeden ihrer Schritte überprüfen, das heißt, nur wenn sie sich in einer einzigen internationalen Organisation zusammenschließen, werden die nationalen Gruppen der Opposition ihren historischen Aufgaben gewachsen sein.“²⁶

54. Die Urbahns-Gruppe rechtfertigte die Ablehnung einer internationalen Disziplin mit ihrem Recht auf innerparteiliche Demokratie. Trotzki wandte sich gegen diesen Versuch, „unter dem Deckmantel

des Kampfes gegen den Bürokratismus der Dritten Internationale die Tendenzen und Praktiken der Zweiten Internationale einzuschmuggeln“. Er antwortete: „Wir stehen nicht für Demokratie im Allgemeinen, sondern für *zentralistische* Demokratie. Eben aus diesem Grund stellen wir die nationale Führung über die lokale und die internationale Führung über die nationale. Die revolutionäre Partei hat nichts mit einem Diskussionsclub gemein, zu dem jeder hinkommt wie zu einem Café. Die Partei ist eine Organisation zum Handeln. Die Einheit der Ideen der Partei wird durch demokratische Kanäle gesichert, aber der ideologische Rahmen der Partei muss strikt abgegrenzt werden.“ Das gelte umso mehr für eine Fraktion, die „durch die engst mögliche Auswahl und Konsolidierung ihrer Gesinnungsgenossen“ die Kommunistische Partei und andere Organisationen beeinflussen wolle. „Es wäre fantastisch und absurd, von der Linken Opposition zu verlangen, dass sie zu einer Vereinigung aller möglichen nationaler Gruppen und Grüppchen wird, die unzufrieden, beleidigt und voller Protest sind und nicht wissen, was sie wollen.“²⁷

55. Die aus dem Leninbund ausgestoßenen Trotzkiisten formierten sich im Frühjahr 1930 zur deutschen Linken Opposition. Sie führten einen mutigen politischen Kampf, um den falschen Kurs der Kommunistischen Partei zu korrigieren und den kommunistischen Einfluss in der Arbeiterklasse zu stärken. In einer Grußbotschaft an die erste Reichskonferenz der Linken Opposition im September 1930 wandte sich Trotzki gegen die „grundfalsche Einschätzung“, ein Anwachsen des Einflusses der KPD stärke die stalinistische Parteileitung. Das sei „die Grundlage jeder Art ultralinken und pseudolinken Sektierertums“. Vielmehr werde „eine wirkliche Radikalisierung der Massen und ein Zustrom von Arbeitern unter das Banner des Kommunismus nicht die Festigung des bürokratischen Apparats, sondern seine Erschütterung, seine Schwächung bedeuten“. „Was die Opposition zugrunde richten könnte“, warnte Trotzki, sei „die Mentalität einer Winkelgasensekte, die von Schadenfreude und Defätismus lebt, ohne Hoffnung und Perspektiven.“²⁸

56. Die deutsche Linke Opposition arbeitete unter enormem politischem Druck und großen materiellen Schwierigkeiten. Der schmerzhafteste Zerfallsprozess der KPD hatte auch in ihren Reihen Spuren hinterlassen, die sich in heftigen subjektiven Spannungen äußerten und mit destruktiven, bürokratischen Methoden ausgetragen wurden. Trotzki bemühte sich in zahlreichen persönlichen Briefen, diese Konflikte zu überwinden. Im Februar 1931 nahm er schließlich in einem Brief an alle Sektionen der In-

²⁵ Leo Trotzki, Die Verteidigung der Sowjetrepublik und die Opposition, in: Schriften 1.1, S. 102–103

²⁶ Leon Trotsky, An Open Letter to All Members of the Leninbund, in: Writings of Leon Trotsky (1930), New York 1975, S. 91, 92 (aus dem Englischen)

²⁷ ebd., S. 93–94

²⁸ Leo Trotzki, An die Reichskonferenz der Linken Opposition, in: Schriften über Deutschland, Band 1, Frankfurt 1971, S. 72–74

ternationalen Linken Opposition zur Krise der deutschen Linksopposition Stellung. Er führte die Probleme auf die Zerstörung zurück, die „das administrative Verhalten der Epigonen [d.h. der Stalinisten] auf dem Gebiet der Grundsätze, Ideen und Methoden des Marxismus“ seit 1923 angerichtet habe. Die Linke Opposition müsse auf einem Boden aufgebaut werden, „der mit den Überbleibseln und Trümmern früherer Zusammenbrüche übersät“ sei. In scharfem Ton geißelte Trotzki dann das in der deutschen Sektion vorherrschende Cliqueswesen. „Der Geist der Zirkelmentalität (du für mich und ich für dich) ist die verachtenswerteste organisatorische Krankheit“, schrieb er. „Mit Hilfe dieser Mentalität kann man eine Clique um sich sammeln, aber keine Gruppe von Gesinnungsgenossen.“ Er wandte sich gegen „das Herumspielen mit Grundsätzen, journalistische Oberflächlichkeit, moralische Laxheit und ‚Pseudounversöhnlichkeit‘ im Namen persönlicher Launen.“ Nach Trotzki's Auffassung konnte die Krise der deutschen Linksopposition nur mit „aktiver internationaler Hilfe“ gelöst werden. Er forderte den sofortigen Stopp aller organisatorischen Vergeltungsmaßnahmen sowie die Einsetzung einer Kontrollkommission und die Vorbereitung einer Parteikonferenz in enger Zusammenarbeit mit dem Internationalen Sekretariat. Die Gruppe um Kurt Landau, die in der Berliner Reichsführung die Mehrheit hatte, war nicht bereit, ihre Cliquesinteressen dem Internationalen Sekretariat unterzuordnen. Sie lehnte Trotzki's Brief rundweg ab, schloss ihre Rivalen nach und nach aus und brach schließlich selbst mit der internationalen Organisation.²⁹

57. Die Spannungen in der deutschen Linksopposition wurden durch Agenten des stalinistischen Geheimdienstes GPU ausgenutzt und verschärft. Eine Schlüsselrolle spielten dabei die aus Litauen stammenden Brüder Ruvin und Abraham Sobolevicius, die unter den Parteinamen Roman Well und Adolf Senin eine führende Rolle in der Leipziger Gruppe spielten, die in scharfem Konflikt zur Berliner Gruppe um Kurt Landau stand. Beide arbeiteten damals für die GPU, wie Senin drei Jahrzehnte später vor einem New Yorker Untersuchungsrichter zu Protokoll gab, nachdem er unter dem Namen Jack Soble als sowjetischer Agent enttarnt worden war. Sie betätigten sich sowohl als Informanten wie als Agents provocateurs. So übermittelten sie Trotzki regelmäßig ihre Version der Konflikte in der deutschen Linksopposition und verschafften sich Zugang zu sensiblen Informationen aus seinem Umfeld und dem seines Sohnes Leon Sedov. Als sich die politische Krise in Deutschland Mitte 1932 zuspitzte, bekannten sie sich offen zum stalinistischen Lager und veröffentlichten – zehn Tage vor Hitlers Macht-

übernahme – eine gefälschte Ausgabe der Zeitung *Permanente Revolution*, die den Bruch der deutschen Linksopposition mit Trotzki verkündete und von der stalinistischen Presse begeistert aufgegriffen wurde.

58. Trotzki äußerte sich unter dem Titel „Ernste Lehren aus einer unernsten Sache“ zum „Fall Well“. Er vermutete eine direkte Verbindung zum stalinistischen Geheimdienst, maß dem Fall aber auch eine weitergehende politische Bedeutung zu. Senin und Well, schrieb er, „gehören zu jenem unter der schwankenden Intelligenz und Halbintelligenz ziemlich verbreiteten Typus, für den die Ideen und Prinzipien an zweiter Stelle stehen und an erster die Sorge um die persönliche ‚Unabhängigkeit‘, die auf einem bestimmten Stadium in die Sorge um die persönliche Karriere übergeht.“ Während es dem Arbeiter schwer falle, sich aus einem Land ins andere zu bewegen, Fremdsprachen zu beherrschen und Artikel zu schreiben, setze sich „der leichtbewegliche Intellektuelle, der weder durch Erfahrungen noch durch Kenntnisse beschwert ist, dafür aber ‚alles‘ und ‚alle‘ kennt, überall anwesend und imstande ist, mit dem linken Fuß Artikel über alles zu schreiben, sich nicht selten der Arbeiterorganisation auf den Hals“. Trotzki schloss daraus, die Linke Opposition müsse sich ernsthaft „der Vorbereitung und Schulung neuer Kader aus der proletarischen Jugend“ widmen. „Hand in Hand mit dem politischen Kampf“ müsse „eine systematische theoretisch-erzieherische Arbeit“ über die revolutionäre Konzeption, die Geschichte und die Tradition der Linken Opposition geleistet werden. „Nur auf dieser Grundlage kann man einen wirklichen proletarischen Revolutionär erziehen. Zwei, drei vulgarisierte Losungen wie ‚Massenarbeit‘, demokratischer Zentralismus‘, ‚Einheitsfront‘ usw. – das genügt vielleicht für die Brandlerianer oder für die SAP, aber nicht für uns.“³⁰

59. Trotz ihrer zahlenmäßigen Schwäche, der wütenden Verfolgung durch die stalinistische KPD-Führung, der zerstörerischen Arbeit stalinistischer Provokateure in ihren Reihen und Unterdrückungsmaßnahmen des bürgerlichen Staats fand die deutsche Linke Opposition beachtliches Gehör. Sie baute Ortsgruppen in mehreren Dutzend Städten auf und gewann Einfluss in Betrieben. Trotzki's Schriften fanden großen Absatz unter Mitgliedern der KPD, der SPD und der SAP. So erreichten die Broschüren *Soll der Faschismus wirklich siegen?* und *Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen* 1932 Auflagen von jeweils über 30.000 Stück.

²⁹ The Crisis in the German Left Opposition, in: Writings of Leon Trotsky (1930–31), New York 1973, S.147, 151, 150

³⁰ Leo Trotzki, Ernste Lehren aus einer unernsten Sache, in: Schriften über Deutschland, Band II, Frankfurt 1971, S. 433, 436

IX. Der Nationalsozialismus und der Holocaust

60. Der Erste Weltkrieg löste keines der Probleme, die ihn verursacht hatten. Europa blieb in verfeindete Mächte gespalten. Der deutsche Imperialismus, der versucht hatte, Europa nach seinen Bedürfnissen neu zu organisieren, war durch den Versailler Vertrag geknebelt, England und Frankreich durch den Krieg ausgeblutet. Die aufsteigende amerikanische Großmacht setzte Europa auf Rationen. Der europäische Kapitalismus litt an ständigen Fieberattacken in Form von Inflation, Börseneinbrüchen, politischen Krisen und Klassenkämpfen. Ihre bösartigste Form fand seine Krankheit im Wachstum des Nationalsozialismus.

61. Der Nationalsozialismus war Ausdruck der reaktionärsten und brutalsten Tendenzen des deutschen Kapitalismus. Das ist der Schlüssel zu seinem Verständnis. Die soziale Zusammensetzung und Psychologie seiner Anhänger kann Hitlers Aufstieg aus einem Wiener Obdachlosenasyll und den Schützengräben des Weltkriegs zum großenwahnsinnigen Diktator nicht erklären. Er verdankte seine Macht der herrschenden Elite, die ihn an die Spitze des Staates setzte. Die Millionenbeträge, die Thyssen, Krupp, Flick und andere Großindustrielle an die NSDAP spendeten, Hitlers Ernennung zum Kanzler durch Hindenburg, die Symbolfigur des Heeres, und schließlich die Zustimmung aller bürgerlichen Parteien zum Ermächtigungsgesetz legen beredtes Zeugnis ab, dass sich die große Mehrheit der herrschenden Elite hinter Hitler stellte, als alle anderen Mechanismen zur Unterdrückung der Arbeiterklasse versagten.

62. Was die Nationalsozialisten von den anderen bürgerlichen Parteien unterschied, war ihre Fähigkeit, die Verzweiflung des ruinierten Kleinbürgertums und die Wut des Lumpenproletariats zum Rammbock gegen die organisierte Arbeiterbewegung zu machen und in den Dienst des deutschen Imperialismus zu stellen. „Um zu versuchen, einen neuen Ausweg zu finden, muss sich die Bourgeoisie vollends des Drucks der Arbeiterorganisationen entledigen, sie hinwegräumen, zertrümmern, zersplittern“, warnte Trotzki 1932. „Hier setzt die historische Funktion des Faschismus ein. Er bringt jene Klassen auf die Beine, die sich unmittelbar über das Proletariat erheben und fürchten, in dessen Reihen gestürzt zu werden, organisiert und militarisiert sie unter Deckung des offiziellen Staates mit den Mitteln des Finanzkapitals und treibt sie zur Zertrümmerung der proletarischen Organisationen, der revolutionären wie der gemäßigten.“³¹

63. Der Nationalsozialismus konnte sich nicht damit begnügen, die Kommunistische Partei zu unterdrücken: „Der Faschismus ist nicht einfach ein System von Repressionen, Gewalttaten, Polizeiterror. Der Faschismus ist ein besonderes Staatssystem, begründet auf der Ausrottung aller Elemente proletarischer Demokratie in der bürgerlichen Gesellschaft. Die Aufgabe des Faschismus besteht nicht allein in der Zerschlagung der proletarischen Avantgarde, sondern auch darin, die ganze Klasse im Zustand erzwungener Zersplitterung zu halten. Dazu ist die physische Ausrottung der revolutionärsten Arbeiterschicht ungenügend. Es heißt, alle selbständigen und freiwilligen Organisationen zu zertrümmern, alle Stützpunkte des Proletariats zu zerstören und die Ergebnisse eines dreiviertel Jahrhunderts Arbeit der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften zu vernichten. Denn auf diese Arbeit stützt sich in letzter Instanz auch die Kommunistische Partei.“³²

64. Die Mitglieder der nationalsozialistischen Bewegung stammten – zumindest bis zu ihrer Machtübernahme – fast ausschließlich aus den Mittelklassen. Sie rekrutierten sich aus den Handwerkern, Krämern, Angestellten und Bauern, denen Krieg, Inflation und Krise den Glauben an den demokratischen Parlamentarismus geraubt hatten und die sich nach Ordnung und einer eisernen Hand sehnten. An der Spitze der Bewegung standen Offiziere und Unteroffiziere des alten Heeres, die sich nicht mit der Niederlage im Weltkrieg abfinden wollten. Das Programm der nationalsozialistischen Bewegung war dagegen alles andere als kleinbürgerlich. Es übersetzte die Grundbedürfnisse des deutschen Imperialismus in die Sprache der Mythologie und der Rassentheorie. Der Traum vom „tausendjährigen Reich“ und der Hunger nach „Lebensraum im Osten“ verliehen dem Expansionsdrang des deutschen Kapitals Ausdruck, dessen dynamische Produktivkräfte durch das engmaschige Staatensystem Europas erwürgt wurden. Der Rassenwahn tröstete den deutschen Kleinbürger über seine reale Ohnmacht hinweg und bereitete ihn auf den Vernichtungskrieg vor.

65. Selbst der Antisemitismus der Nazis hatte einen rationalen Kern. Die systematische Vernichtung von mehr als sechs Millionen Juden, Sinti und Roma durch Hitlers Regime wird oft als historisch „einzigartig“ bezeichnet. Soweit damit das Ausmaß der kriminellen Energie gemeint ist, die systematische, industriell durchorganisierte, unter Einsatz von Teilen des Staatsapparats geplante Massenvernichtung, trifft diese Charakterisierung ohne Zweifel zu. Soll damit aber gesagt werden, der Holocaust sei unerklärlich und keiner historisch-materialistischen Analyse zugänglich, ist sie falsch. Auch wenn die antisemitischen Vorurteile, deren sich Hitler bediente,

³¹ Leo Trotzki, Was nun? Schicksalsfragen des deutschen Proletariats, in: Porträt des Nationalsozialismus, Essen 1999, S. 69

³² ebd., S. 69

teilweise auf das Mittelalter zurückgingen, war der Antisemitismus der Nazis ein modernes Phänomen. Er war untrennbar mit der Zerstörung der Arbeiterbewegung und dem Krieg gegen den Sozialismus verbunden.

66. Hitlers eigener Antisemitismus stand in engem Zusammenhang mit seinem Hass auf die sozialistische Bewegung. „Die Arbeiterbewegung stieß ihn nicht ab, weil sie von Juden geführt wurde, sondern die Juden stießen ihn ab, weil sie die Arbeiterbewegung führten“, schreibt der Historiker Konrad Heiden. „Nicht Rothschild der Kapitalist, sondern Karl Marx der Sozialist schürten Adolf Hitlers Antisemitismus.“³³ Hitler hatte in Wien persönlich erfahren, dass viele Juden in der Führung der Arbeiterbewegung aktiv waren. Ebenfalls in Wien lernte er die Christlichsoziale Partei Karl Luegers kennen und bewundern, die den Antisemitismus gezielt einsetzte, um einen Keil zwischen die Arbeiterbewegung und das verunsicherte Kleinbürgertum zu treiben. Lueger gewann mit einer Mischung von Antisemitismus und antikapitalistischer Rhetorik eine große Anhängerschaft im kleinen und mittleren Bürgertum und war von 1897 bis 1910 Bürgermeister von Wien.

67. Völlig abwegig ist die Behauptung, der Holocaust sei das Endprodukt eines in der gesamten deutschen Bevölkerung weit verbreiteten, latenten Antisemitismus, wie sie vor allem der amerikanische Historiker Daniel Goldhagen in seinem Buch „Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust“ vertritt. Die marxistische Arbeiterbewegung hatte den Antisemitismus energisch bekämpft. So konnte die antisemitische christlichsoziale Arbeiterpartei Adolf Stöckers im wilhelminischen Reich keinen Einfluss auf Arbeiter gewinnen, weil sie auf den erbitterten Widerstand der SPD stieß. „Opposition gegen den Antisemitismus war für die Arbeiterbewegung zur Ehrensache geworden“, berichtet der Historiker Robert Wistrich. „Die energische Kampagne der deutschen Sozialdemokratie gegen Adolf Stöckers Bewegung in Berlin machte die Arbeiterklasse weitgehend immun gegen den Antisemitismus.“³⁴ Die Zerschlagung von KPD und SPD war die Voraussetzung dafür, dem Antisemitismus freien Lauf zu lassen. Bevor der Begriff KZ zum Synonym für Judenverfolgung und Massenmord wurde, errichteten die Nazis das erste Konzentrationslager in Dachau für die Arbeiterführer. Aber auch danach gab es zahlreiche Fälle von selbstloser Hilfe und Solidarität, die lediglich aufgrund des allgegenwärtigen Terrors der Gestapo keine breite-

re, organisierte Form annahmen. Das Schicksal der Juden war untrennbar mit dem der sozialistischen Arbeiterbewegung verbunden.

68. Auch nachdem die Nazis die Staatsmacht fest in den Händen hielten, konnten sie ihre mörderischen Phantasien einer rücksichtslosen Ausrottung „des gesamten Juden-, Freimaurer-, Marxisten- und Kirchentums der Welt“ noch nicht ungehemmt in die Tat umsetzen.³⁵ Dazu war der Krieg nötig. Nun verschmolz der Judenmord mit dem Vernichtungskrieg im Osten, der von Anfang an darauf abzielte, die gesamte politische und intellektuelle Führungsschicht der Sowjetunion – den „jüdischen Bolschewismus“ in Hitlers Worten – physisch auszurotten, um die deutsche Vorherrschaft für Jahrhunderte zu sichern. Die kaltblütige Ermordung von sechs Millionen Juden war der Höhepunkt eines Vernichtungsfeldzugs, dem in Polen, Osteuropa und der Sowjetunion Millionen Kommunisten, Partisanen, Intellektuelle und einfache Leute zum Opfer fielen. Der barbarische Charakter des Imperialismus, des höchsten Stadiums des Kapitalismus, fand in diesem Vernichtungsfeldzug seinen höchsten Ausdruck.

X. Die deutsche Katastrophe

69. Die Unterstützung der herrschenden Klasse und die brachialen Methoden der Nazis allein hätten nicht gereicht, Hitler zum Durchbruch zu verhelfen. Entscheidend war das völlige Versagen der großen Arbeiterparteien. Noch 1932 waren SPD und KPD weit stärker als Hitlers NSDAP. Bei der letzten Wahl vor Hitlers Machtübernahme eroberten sie zusammen 221 von 584 Reichtagssitzen, die NSDAP nur 196. Dabei war die Reichtagswahl nur ein schwacher Widerschein des wirklichen Kräfteverhältnisses. Die Arbeiter, die hinter der SPD und der KPD standen, hatten ein ganz anderes politisches Gewicht als der gesellschaftliche Bodensatz, den Hitler aufwühlte. Hitlers Sieg war das Ergebnis des Versagens von SPD und KPD.

70. Die SPD hatte 1918 die proletarische Revolution erwürgt, um die bürgerliche Ordnung zu retten. Das Ergebnis war die Weimarer Republik, in der die alten Kräfte der Reaktion hinter einer demokratischen Fassade fortlebten. Als die Weltwirtschaftskrise 1929 das labile gesellschaftliche Gleichgewicht sprengte, „rettete“ die SPD die Republik, indem sie die demokratische Fassade Stein um Stein demonitierte. Erst stellte sie sich hinter die Regierung Brüning, die das Parlament ausschaltete und mit Notverordnungen regierte. Dann unterstützte sie die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten, der kurz

³³ Konrad Heiden, Adolf Hitler. Das Zeitalter der Verantwortungslosigkeit. Eine Biografie, Europa Verlag: Zürich. 1936

³⁴ Zitiert in: David North, Antisemitismus, Faschismus und Holocaust. Eine kritische Besprechung des Buchs ‚Hitlers willige Vollstrecker‘ von Daniel Goldhagen, Essen 1997, S. 18

³⁵ SS-Führer Heinrich Himmler am 9. November 1938, dem Tag der Reichspogromnacht, zitiert bei Ian Kershaw, Hitler 1936-1945, 2000 Stuttgart, S. 186

danach Hitler zum Kanzler ernannte. Anstatt ihre Mitglieder gegen die faschistische Gefahr zu mobilisieren, vertröstete die SPD sie auf Polizei, Reichswehr und Reichspräsidenten. Selbst als Hindenburg und von Papen 1932 die sozialdemokratisch geführte preußische Regierung gewaltsam absetzten, rührte die SPD keinen Finger. Stattdessen reichte sie Verfassungsklage beim Reichsgericht ein. Trotzki fasste ihre Haltung mit den Worten zusammen: „Eine Massenpartei, die Millionen hinter sich herführt (zum Sozialismus!), behauptet, dass die Frage, welche Klasse im heutigen, bis ins Innerste erschütterten Deutschland an die Macht gelangen werde, nicht von der Kampfkraft des deutschen Proletariats abhängt, nicht von den faschistischen Sturmabteilungen, auch nicht von der Zusammensetzung der Reichswehr, sondern davon, ob der reine Geist der Weimarer Verfassung (mit der notwendigen Menge Kämpfer und Naphtalin) sich im Präsidentenpalast niederlasse.“³⁶

71. Die unterwürfige Haltung der SPD entwaffnete nicht nur die Arbeiterklasse, sie stärkte auch die Faschisten, wie Trotzki deutlich machte: „Auf Staatsapparat, Gerichte, Reichswehr, Polizei müssen die Appelle der Sozialdemokratie eine der beabsichtigten entgegengesetzte Wirkung ausüben. Der ‚loyalste‘, ‚neutralste‘, am wenigsten an die Nationalsozialisten gebundene Bürokrat wird folgendermaßen urteilen müssen: ‚Hinter der Sozialdemokratie stehen Millionen; in ihren Händen hält sie ungeheure Mittel: Presse, Parlament, Gemeindeverwaltungen; es geht um ihre eigene Haut; im Kampf gegen die Faschisten ist ihnen die Unterstützung der Kommunisten gewiss; und nichtsdestoweniger wenden sich die allmächtigen Herren an mich, den Beamten, sie vor dem Angriff einer Millionenpartei zu retten, deren Führer morgen meine Vorgesetzten werden können. Schlecht muss es um die Herren Sozialdemokraten bestellt sein, ganz hoffnungslos ... Es ist Zeit für mich, den Beamten, an meine eigene Haut zu denken‘. So wird schließlich der bis gestern noch schwankende, ‚loyale‘, ‚neutrale‘ Beamte sich für alle Fälle absichern, d.h. mit den Nationalsozialisten verbinden, um seinen morgigen Tag zu sichern. So arbeiten die überlebten Reformisten auch an der bürokratischen Front für die Faschisten.“³⁷

72. Noch unterwürfiger als die SPD verhielten sich die Gewerkschaften. Im Bemühen, den Nationalsozialisten seine Verlässlichkeit und Unentbehrlichkeit zu beweisen, distanzierte sich der ADGB unter dem Vorsitz Theodor Leiparts schon dreieinhalb Monate vor Hitlers Machtübernahme von der SPD. Während die SA nach Hitlers Einzug in die Reichskanzlei gegen bekannte Gewerkschafter, Sozialdemokraten und

Kommunisten vorging, erklärte der ADGB seine Bereitschaft, die in jahrzehntelanger Arbeit aufgebauten Gewerkschaften in den Dienst des neuen Staates zu stellen: „Die Gewerkschaftsorganisationen sind Ausdruck einer unbestreitbaren gesellschaftlichen Notwendigkeit, ein unentbehrlicher Teil der bestehenden sozialen Ordnung. ... Als ein Ergebnis der natürlichen Ordnung der Dinge werden sie mehr und mehr in den Staat integriert. ... Gewerkschaftsorganisationen erheben keinen Anspruch darauf, die Staatsmacht direkt zu beeinflussen. Ihre einzige Aufgabe kann hier nur die sein, die Erfahrung und das Wissen, das sie auf diesem Gebiet erworben haben, der Regierung und dem Parlament zur Verfügung zu stellen.“ Am 1. Mai marschierte der ADGB unter dem Hakenkreuz. Die Nazis ließen sich davon nicht beeindrucken. Am 2. Mai stürmten sie die Gewerkschaftshäuser, verhafteten und ermordeten zahlreiche Gewerkschaftsführer und lösten den ADGB auf.

73. Die KPD war als Antwort auf den Verrat der Sozialdemokratie gegründet worden. Doch sie erwies sich als ebenso unfähig, die Arbeiterklasse gegen die Nazis zusammenzuschweißen und in den Kampf zu führen, wie die SPD. Eine zehnjährige Kampagne gegen den „Trotzkismus“ hatte die Partei politisch zersetzt und die Führung in ein williges Werkzeug Stalins verwandelt. Sie wiederholte alle opportunistischen und ultralinken Fehler, um deren Überwindung sich Lenin und Trotzki zehn Jahre zuvor bemüht hatten, und verbarg ihre Lähmung und ihren Fatalismus hinter radikalem Geschrei. Trotzki versuchte bis 1933 unentwegt, den falschen Kurs der KPD zu berichtigen. Seine Schriften über Deutschland aus diesen Jahren, die zusammen zwei dicke Bände füllen, beweisen sein Genie als Marxist und politischer Führer. Verbannt auf eine abgelegene türkische Insel, angewiesen auf Zeitungen und Berichte politischer Freunde, zeigte Trotzki ein Verständnis der deutschen Ereignisse und ihrer inneren Mechanismen, das bis heute seinesgleichen sucht. Er sah die Ereignisse klar und präzise voraus und entwickelte eine überzeugende Alternative zum verheerenden Kurs der KPD. Diese antwortete ihm nicht mit Argumenten, sondern mit Verleumdungen, mit Gewalt und mit dem gesamten Gewicht des Moskauer Apparats.

74. Im Mittelpunkt der Politik der KPD stand die Sozialfaschismusthese. Aus dem Umstand, dass sowohl Faschismus wie bürgerliche Demokratie Formen der kapitalistischen Herrschaft sind, zog die Kommunistische Internationale den Schluss, dass es überhaupt keinen Gegensatz zwischen ihnen gebe, auch keinen relativen. Faschismus und Sozialdemokratie seien dasselbe – in den Worten Stalins: „keine Antipoden, sondern Zwillingbrüder“ –, die Sozialdemokraten demnach „Sozialfaschisten“. Die KPD lehnte jede Zusammenarbeit mit der SPD gegen die

³⁶ Leo Trotzki, Was nun? Schicksalsfragen des deutschen Proletariats“, in „Porträt des Nationalsozialismus, Essen 1999, S. 73

³⁷ ebd., S. 74–75

rechte Gefahr ab und ging in einigen Fällen sogar so weit, gemeinsame Sache mit den Nazis zu machen – so, als sie 1931 einen von den Nazis initiierten Volksentscheid zum Sturz der SPD-geführten preußischen Regierung unterstützte. Von Zeit zu Zeit rief sie zwar zur „Einheitsfront von unten“ auf. Doch das war kein Angebot zur Zusammenarbeit, sondern ein Ultimatum an die SPD-Mitglieder, mit ihrer Partei zu brechen.

75. Trotzki wandte sich entschieden gegen diese Form des Vulgärradikalismus. Er erinnerte daran, dass schon Marx und Engels heftig protestiert hatten, als Lassalle feudale Konterrevolution und liberale Bourgeoisie als „eine reaktionäre Masse“ bezeichnet hatte. Denselben Fehler wiederholten nun Stalin und die KPD. „Der Sozialdemokratie die Verantwortung für Brünnings Notverordnungs-system und die drohende faschistische Barbarei aufzuerlegen, ist vollkommen richtig. Die Sozialdemokratie mit dem Faschismus zu identifizieren, vollkommen unsinnig“, schrieb er. „Die Sozialdemokratie, jetzt Hauptvertreterin des parlamentarisch-bürgerlichen Regimes, stützt sich auf die Arbeiter. Der Faschismus auf das Kleinbürgertum. Die Sozialdemokratie kann ohne Arbeitermassenorganisationen keinen Einfluss ausüben, der Faschismus seine Macht nicht anders befestigen als durch Zerschlagung der Arbeiterorganisationen. Hauptarena der Sozialdemokratie ist das Parlament. Das System des Faschismus fußt auf der Vernichtung des Parlamentarismus. Für die monopolistische Bourgeoisie stellen parlamentarisches und faschistisches System bloß verschiedene Werkzeuge ihrer Herrschaft dar. Sie nimmt in Abhängigkeit von den historischen Bedingungen zu diesem oder jenem Zuflucht. Jedoch für die Sozialdemokratie wie für den Faschismus ist die Wahl des einen oder des andern Werkzeugs von selbständiger Bedeutung, noch mehr, die Frage ihres politischen Lebens oder Todes.“³⁸

76. Trotzki kämpfte unermüdlich für eine Politik der Einheitsfront. Sie hätte es der KPD ermöglicht, den Gegensatz zwischen Sozialdemokratie und Faschismus zu nutzen, um die Arbeiterklasse zusammenzuschließen, das Vertrauen der sozialdemokratischen Arbeiter zu gewinnen und die sozialdemokratischen Führer bloßzustellen. In dem Ende 1931 verfassten Artikel „Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen?“ erklärte er: „Heute gerät die Sozialdemokratie als Ganzes, bei all ihren inneren Widersprüchen, in scharfen Konflikt mit den Faschisten. Unsere Aufgabe besteht darin, diesen Konflikt auszunutzen, und nicht darin, die Widersacher gegen uns zu vereinigen.“ Man müsse „in der Tat die völlige Bereitschaft zeigen, mit den Sozialdemokraten einen Block gegen die Faschisten zu schließen“, und „verstehen, die Arbeiter in der Wirklichkeit von

den Führern loszulösen. Die Wirklichkeit aber ist jetzt – der Kampf gegen den Faschismus.“ Es gelte den sozialdemokratischen Arbeitern zu helfen, „in der Praxis – in der neuen, außergewöhnlichen Situation – zu überprüfen, was ihre Organisationen und Führer wert sind, wenn es um Leben und Tod der Arbeiterklasse geht“³⁹

77. Die Weigerung der KPD, sich auf eine solche Politik einzulassen, führte in die deutsche Katastrophe. Ihre Sozialfaschismus-Politik spaltete die Arbeiterklasse, demoralisierte die KPD-Mitglieder und trieb das Kleinbürgertum in die Arme Hitlers. Trotzki zog im Mai 1933 folgende Bilanz der Politik der KPD: „Keinerlei Politik der Kommunistischen Partei hätte die Sozialdemokratie in eine Partei der Revolution verwandeln können. Aber das war auch nicht beabsichtigt. Nötig war es, bis ans Ende den Gegensatz von Reformismus und Faschismus zur Schwächung des Faschismus auszunutzen und gleichzeitig vor den Arbeitern die Untauglichkeit der sozialdemokratischen Führung aufzudecken, um den Reformismus zu schwächen. Beide Aufgaben verschmolzen naturgemäß in eins. Die Politik der Kominternbürokratie aber führte zum umgekehrten Resultat: Die Kapitulation der Reformisten kam den Faschisten und nicht den Kommunisten zugute, die sozialdemokratischen Arbeiter hielten sich an ihre Führer, die kommunistischen Arbeiter verloren den Glauben an sich und ihre Führung.“⁴⁰

78. Auch der Übergang der verzweifelten kleinbürgerlichen Massen ins Lager des Faschismus war nicht unvermeidlich. Viele hätten sich auf die Seite der Arbeiterklasse gestellt, wenn diese einen Ausweg aus der gesellschaftlichen Sackgasse gezeigt hätte. Die Voraussetzung dafür wäre eine mutige und entschlossene Politik der Kommunistischen Partei gewesen. Die Kleinbourgeoisie, schrieb Trotzki, „ist durchaus fähig, ihr Schicksal mit dem des Proletariats zu verknüpfen. Hierzu ist nur eines erforderlich: Das Kleinbürgertum muss die Überzeugung gewinnen, dass das Proletariat fähig ist, die Gesellschaft auf einen neuen Weg zu führen. Ihm diesen Glauben einzuflößen, vermag das Proletariat nur durch seine Kraft, durch die Sicherheit seiner Handlungen, durch geschickten Angriff auf die Feinde, durch die Erfolge seiner revolutionären Politik. Doch wehe, wenn die revolutionäre Partei sich als unfähig erweist! Der tägliche Kampf des Proletariats verschärft die Unbeständigkeit der bürgerlichen Gesellschaft. Streiks und politische Unruhen verschlechtern die Wirtschaftslage des Landes. Das Kleinbürgertum wäre bereit, sich vorübergehend mit den

³⁸ ebd., S. 70, 80–81

³⁹ Leo Trotzki, Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen? Brief an einen deutschen Arbeiter-Kommunisten, Mitglied der KPD, in: Porträt des Nationalsozialismus, S. 61–62

⁴⁰ Leo Trotzki, Die deutsche Katastrophe, in: Schriften über Deutschland, S. 548–549

wachsenden Entbehrungen abzufinden, wenn es durch die Erfahrung zur Überzeugung käme, dass das Proletariat imstande ist, es auf einen neuen Weg zu führen. Erweist sich aber die revolutionäre Partei trotz des ununterbrochen zunehmenden Klassenkampfes immer wieder von neuem als unfähig, die Arbeiterklasse um sich zu scharen, schwankt sie, ist sie verwirrt, widerspricht sie sich selbst, dann verliert das Kleinbürgertum die Geduld und beginnt in den revolutionären Arbeitern die Urheber seines eigenen Elends zu sehen.“⁴¹

79. 1921 hatte Lenin den linken Radikalismus als „Kinderkrankheit im Kommunismus“ bezeichnet. Zehn Jahre später war die ultralinke Politik der KPD keine Kinderkrankheit mehr. Sie wurzelte in der gesellschaftlichen Stellung der stalinistischen Bürokratie, die sich über die Arbeiterklasse erhob und die Sektionen der Komintern ihrem Kommando unterstellt hatte. „Die herrschende und unkontrollierte Stellung der Sowjetbürokratie züchtet eine Psychologie hoch, die in vielem der Psychologie des proletarischen Revolutionärs direkt entgegengesetzt ist“, schrieb Trotzki. „Die Bürokratie stellt ihre Berechnungen und Kombinationen in der inneren und der internationalen Politik höher als die Aufgaben der revolutionären Massenerziehung und praktiziert sie ohne jede Verbindung mit den Aufgaben der internationalen Revolution.“⁴² Die Bürokratie war gewohnt, Ultimaten zu stellen und zu kommandieren. Sie sah nichts voraus und reagierte auf die katastrophalen Folgen ihrer eigenen Politik mit einem erratischen Zickzackkurs, der sowohl ultralinke wie ultrarechte Formen annahm. Hatte die Komintern zwischen 1924 und 1928 einen rechten Kurs verfolgt (Großbritannien, China), so reagierte sie 1928 auf eine Krise in der Sowjetunion mit einem scharfen Linksschwenk, den sie auf alle Sektionen übertrug. Sie verkündete die so genannte „dritte Periode“, die den Kampf um die Macht in allen Ländern auf die Tagesordnung stelle. Die Sozialfaschismustheorie war ein Ergebnis dieses Schwenks.

XI. Die Entscheidung für die Vierte Internationale

80. Die deutsche Katastrophe veranlasste Trotzki, seine Haltung gegenüber der KPD zu verändern. Er trat nicht mehr für ihre Reform, sondern für den Aufbau einer neuen Partei ein. Vor 1933 hatte sich der Schlüssel zur Lage in Händen der KPD befunden. „Hätte man sich unter diesen Umständen gegen die KPD gestellt und sie von vornherein für tot erklärt, so hätte man damit die Unvermeidlichkeit des Sie-

ges des Faschismus proklamiert“, erklärte Trotzki. „Dazu konnten wir uns nicht verstehen. Man musste die Möglichkeiten der damaligen Situation gründlich ausschöpfen.“ Doch mit dem Sieg des Faschismus habe sich die Lage von Grund auf verändert. „Es handelt sich schon nicht mehr um eine Prognose oder um theoretische Kritik, sondern um ein bedeutendes historisches Ereignis, das sich immer tiefer dem Bewusstsein der Massen und damit der Kommunisten einprägen wird. Auf den unvermeidlichen Folgen dieses Ereignisses müssen wir die Gesamtperspektive und -strategie aufbauen, nicht auf irgendwelchen zweitrangigen Erwägungen.“⁴³ Auf den Einwand, die KPD sei nach wie vor weitaus stärker als die Linke Opposition, antwortete Trotzki, die Herausbildung eines Kadere sei „nicht eine bloße organisatorische, sondern eine politische Aufgabe: Kader formieren sich auf Grund einer bestimmten Perspektive. Die Losung der Reform der Partei aufzuwärmen heißt: bewusst ein utopisches Ziel zu stecken und dadurch unsere eigenen Kader neuen und immer schärferen Enttäuschungen entgegenzustößen. Bei einem solchen Kurs würde sich die Linke Opposition nur als ein Anhängsel der sich zersetzenden Partei erweisen und gemeinsam mit ihr von der Szene abtreten.“⁴⁴

81. Trotzki übertrug diese Schlussfolgerung nicht sofort auf die Kommunistische Internationale und die KPdSU. Er wartete ab, ob sie auf die deutsche Katastrophe reagieren und Lehren daraus ziehen würden. Das war nicht der Fall. Die Moskauer Führung verteidigte die Politik der KPD und verbot jede Diskussion darüber. In keiner einzigen kommunistischen Partei erhob sich Widerspruch. „Eine Organisation, die der Donner des Faschismus nicht geweckt hat und die demütig derartige Entgleisungen von Seiten der Bürokratie unterstützt, zeigt dadurch, dass sie tot ist und nichts sie wieder beleben wird“, schloss Trotzki. „In unserer gesamten zukünftigen Arbeit müssen wir von dem historischen Zusammenbruch der offiziellen kommunistischen Internationale ausgehen.“ Auch die Verteidigung der Sowjetunion sei jetzt vom Aufbau einer neuen Internationale abhängig, betonte er: „Allein die Schaffung einer marxistischen Internationale, die völlig unabhängig von der stalinistischen Bürokratie und ihr politisch entgegengesetzt ist, kann die UdSSR vor dem Zusammenbruch retten, indem sie ihr weiteres Schicksal mit dem Schicksal der proletarischen Weltrevolution verbindet.“⁴⁵

⁴¹ Leo Trotzki, Der einzige Weg, in: Porträt des Nationalsozialismus, S. 214–15

⁴² Leo Trotzki, Was nun? Schicksalsfragen des deutschen Proletariats, in: ebd., S. 145

⁴³ Leo Trotzki, KPD oder neue Partei?, in: Schriften über Deutschland, S. 514

⁴⁴ Leo Trotzki, Der Zusammenbruch der deutschen kommunistischen Partei und die Aufgaben der Opposition, in: ebd., S. 526

⁴⁵ Leo Trotzki, Man muss von neuem kommunistische Parteien und eine Internationale aufbauen, in: Porträt des Nationalsozialismus, S. 312, 317

82. Zwei Jahre nach Hitlers Machtübernahme vollzog die Kommunistische Internationale einen scharfen Schwenk nach rechts. Ohne ihre Fehler in Deutschland jemals einzugestehen, ging sie von der Ablehnung der Einheitsfront zur Unterstützung der Volksfront über. Hatte sie bisher jede Zusammenarbeit mit reformistischen Arbeiterparteien abgelehnt, so befürwortete sie nun Bündnisse mit rein bürgerlichen Parteien im Namen des Kampfs gegen den Faschismus. Die stalinistische Bürokratie trennte damit das Schicksal der Sowjetunion vollständig vom internationalen Klassenkampf. Sie setzte jetzt auf die Unterstützung verbündeter bürgerlicher Regierungen und wies die jeweiligen Kommunistischen Parteien an, revolutionäre Kämpfe gegen ihre neuen Bündnispartner zu unterdrücken. Sie fürchtete, erfolgreiche Erhebungen der europäischen Arbeiterklasse könnten den sowjetischen Arbeitern neuen Mut geben und ihre eigene Herrschaft gefährden. 1943 löste sie die Kommunistische Internationale auf.

83. Mit dem Übergang zur Volksfront nahm die Politik der Kommunistischen Parteien einen offen konterrevolutionären Charakter an. Um die bürgerlichen Volksfrontpartner nicht abzuschrecken, unterdrückte sie alle revolutionären Bestrebungen der Arbeiterklasse. In Frankreich erstickte die Volksfront zwischen 1936 und 1938 eine mächtige revolutionäre Offensive und sicherte das politische Überleben der Bourgeoisie, die bald danach zu offenen Repressionsmaßnahmen und – unter dem Vichy-Regime – zur Kollaboration mit den Nazis überging. In Spanien erstickte die Volksfront jede selbständige politische Initiative der Arbeiter und Bauern. Während Francos Truppen die Republik bedrohten, jagte der stalinistische Geheimdienst GPU hinter den Fronten revolutionäre Arbeiter, nahm Tausende gefangen, folterte und ermordete sie. Zu seinen zahlreichen Opfern gehörten auch der Führer der zentristischen POUM, Andres Nin, Trotzki's Sekretär Erwin Wolf und der österreichische Sozialist Kurt Landau. Die konterrevolutionäre Politik Stalins verhalf Franco schließlich zum Sieg.

84. Stalins konterrevolutionärer Kurs gipfelte im Großen Terror der Jahre 1937 und 1938. In einem präventiven Bürgerkrieg ließ er alle liquidieren, die zum Kristallisierungspunkt für die Opposition der Arbeiterklasse hätten werden können. Praktisch die gesamte Führung der Oktoberrevolution, die Mitglieder der Linken Opposition, herausragende Intellektuelle und Künstler, fähige Ingenieure sowie die Führung der Roten Armee wurden in öffentlichen Schauprozessen oder in Geheimverfahren zum Tode verurteilt und durch Genickschuss hingerichtet. Es gibt keinen anderen vergleichbaren politischen Völkermord in der Geschichte. Fast eine Million Menschen verloren im Großen Terror das Leben. Stalins Regime hat mehr Kommunisten auf dem Gewissen,

als das Hitlers und das Mussolinis zusammengekommen. Die sowjetische Arbeiterklasse hat sich von diesem Schlag politisch bis heute nicht erholt.

XII. Der Zentrismus der SAP

85. Die fünf Jahre, die zwischen Trotzki's Aufruf für eine neue Internationale und ihrer Gründung im September 1938 lagen, dienten einem intensiven Klärungsprozess. Im Mittelpunkt stand dabei die Auseinandersetzung mit dem Zentrismus, der eine Art Mittelweg zwischen Stalinismus und Trotzki'smus, zwischen reformistischer und revolutionärer Politik anstrebte. Die Vorgänge in Deutschland hatten die Perspektive friedlicher Entwicklung und demokratischer Reformen diskreditiert und einen Gärungsprozess in den Reihen der reformistischen und stalinistischen Parteien ausgelöst, den Trotzki zu beeinflussen suchte. „Der Reformismus macht den zahllosen Schattierungen des Zentrismus Platz, die heute in den meisten Ländern das Feld der Arbeiterbewegung beherrschen“, schrieb er. „Die neue Internationale wird sich hauptsächlich auf Kosten der heute vorherrschenden zentristischen Tendenzen und Organisationen entwickeln müssen. Zugleich kann sich die neue Internationale nicht anders herausbilden als im konsequenten Kampf gegen den Zentrismus. Ideologische Unversöhnlichkeit und geschmeidige Einheitsfrontpolitik sind unter diesen Bedingungen zwei Werkzeuge zur Erreichung ein und derselben Ziele.“⁴⁶

86. Im Artikel „Zentrismus und die Vierte Internationale“ arbeitete Trotzki die wichtigsten Merkmale des Zentrismus heraus: Er sei theoretisch formlos und eklektisch, fliehe möglichst theoretische Verpflichtungen und sei „(in Worten) geneigt, der ‚revolutionären Praxis‘ den Vorzug zu geben vor der Theorie, ohne zu begreifen, dass allein die marxistische Theorie der Praxis revolutionäre Richtung zu geben vermag“. Ideologisch führe der Zentrismus ein Schmarotzerleben. Er benutze die Argumente der Reformisten gegen den Marxismus und die Argumente der Marxisten gegen die Rechten, wobei er vor den praktischen Schlussfolgerungen ausweiche und der marxistischen Kritik die Spitze abbreche. Er stehe „dem revolutionären Prinzip: ‚Ausprechen was ist‘, voll Widerwillen gegenüber“ und neige dazu, „die grundsätzliche Kritik mit persönlichem Kombinieren und kleinlicher Diplomatie zwischen Organisationen zu vertauschen“. Er bleibe in geistiger Abhängigkeit von den Gruppierungen der Rechten und verberge seine Halbheit „oft mit Hinweisen auf die Gefahr des ‚Sektierertums‘, wobei er unter Sektierertum nicht abstrakt-propagandis-

⁴⁶ Leo Trotzki, Der Zentrismus und die Vierte Internationale, in: ebd., S. 329

tische Passivität versteht, sondern die aktive Sorge um prinzipielle Sauberkeit und Klarheit der Einstellung, um politische Folgerichtigkeit und organisatorische Geformtheit“. Er begreife nicht, „dass man in der heutigen Epoche die nationale revolutionäre Partei nur als Teil der internationalen Partei aufbauen kann“, und sei in der Wahl seiner internationalen Verbündeten „noch weniger wählerisch als im eigenen Lande“. Er schwöre auf die Einheitsfrontpolitik, „wobei er sie des revolutionären Inhalts beraubt und aus einer taktischen Methode zum obersten Grundsatz macht“. Und er nehme „gern Zuflucht zu pathetischem Moralisieren, um seine ideologische Hohlheit zu verdecken“, ohne zu verstehen, „dass die revolutionäre Moral nur auf dem Boden der revolutionären Doktrin und der revolutionären Politik entstehen kann“.⁴⁷

87. In der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) fanden sich all diese Merkmale wieder. Die SAP war im Herbst 1931 als linke Abspaltung der SPD entstanden und hatte sich zu einem Sammelbecken für unterschiedliche Strömungen entwickelt, die in der SPD und KPD keinen Platz fanden – linke Sozialdemokraten, ehemalige Führer der USPD (darunter Georg Ledebour), Restbestände der KAPD, Überläufer aus dem Leninbund und der KPD-Opportunisten (Brandlerianer) und radikale Pazifisten. Für die Massen sei der „Zentrismus bloß Übergang von einer Etappe zur anderen“, schrieb Trotzki, für einzelne Politiker sei er dagegen zur zweiten Natur geworden. Er charakterisierte die Spitze der SAP als „Gruppe verzweifelter sozialdemokratischer Beamter, Advokaten, Journalisten.“ Ein verzweifelter Sozialdemokrat sei aber noch kein Revolutionär.⁴⁸

88. Die SAP hatte kein eigenes politisches Programm. Sie stützte sich nicht auf ein gemeinsames Verständnis großer historischer Ereignisse, deren Lehren ihren Kadern in Fleisch und Blut übergegangen waren. Die Stelle des Programms nahm die Einheitsfrontpolitik ein, die sie aus einer Taktik in eine Strategie verwandelte. Statt für eine durchdachte revolutionäre Perspektive trat sie für Einheit um jeden Preis ein, was unweigerlich zur Anpassung an die Sozialdemokratie führte. Charakteristisch war ihr Vorwurf, die KPD spalte mit dem Aufbau der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) die Gewerkschaften. Trotzki, der die RGO-Politik ebenfalls ablehnte, antwortete: „Es handelt sich keineswegs darum, dass die KPD die Reihen des Proletariats ‚spaltet‘ und die sozialdemokratischen Verbände ‚schwächt‘. Das sind keine revolutionären Kriterien, denn unter der heutigen Leitung dienen die Verbände nicht den Arbeitern, sondern den Kapitalisten. Das Verbrechen der KPD liegt nicht darin, dass

sie Leiparts Organisation [den ADGB] ‚schwächt‘, sondern darin, dass sie sich selbst schwächt. Die Teilnahme der Kommunisten an den reaktionären Verbänden ist nicht durch ein abstraktes Einheitsprinzip diktiert, sondern von der Notwendigkeit des Kampfs um die Säuberung der Organisationen von den Agenten des Kapitals. Bei der SAP tritt dieses aktive, revolutionäre, offensive Element zurück vor dem nackten Prinzip der Einheit von Verbänden, die durch Agenten des Kapitals geführt werden.“⁴⁹

89. Unter den Schlägen des Nationalsozialismus bewegte sich die SAP vorübergehend nach links. Max Seydewitz und Kurt Rosenfeld, zwei linke Sozialdemokraten, wurden an der Parteispitze durch Jacob Walcher und Paul Frölich abgelöst, zwei Gründungsmitglieder der KPD, die aus der von Brandler geführten KPD-Opportunisten kamen. Im August 1933 rief die SAP gemeinsam mit der Internationalen Linken Opposition und zwei holländischen Parteien zum Aufbau der Vierten Internationale auf. Die Unterzeichner der „Erklärung der Vier“ erklärten kategorisch, „dass die neue Internationale keinerlei Versöhnlichkeit gegenüber Reformismus und Zentrismus dulden kann. Die notwendige Einheit der Arbeiterbewegung kann nicht durch eine Verwischung der revolutionären und der reformistischen Auffassungen oder durch eine Anpassung an die stalinistische Politik erreicht werden, sondern nur, wenn die Politik der beiden bankrotten Internationalen überwunden wird. Soll die neue Internationale auf der Höhe ihrer Aufgaben stehen, darf sie in der Frage des Aufstands, der proletarischen Diktatur, der Sowjetform des Staates usw. keinerlei Abweichung von den revolutionären Grundsätzen zulassen.“⁵⁰

90. Doch in der Praxis sabotierte die SAP den Aufbau der Vierten Internationale von Anfang an. Als die stalinistischen Parteien zur Volksfrontpolitik übergingen, rückte sie offen davon ab. Unter dem Titel „Trotzkismus oder revolutionäre Realpolitik“ erklärte die SAP nun, die Gründung der Internationale liege noch nicht im Bereich des Möglichen. Die Vorhut könne die Entwicklungsetappen des proletarischen Bewusstseins nicht überspringen. „Es wäre unsinnig, zu glauben, die Massen würden spontan eines Tages – wenn nicht heute dann morgen – die Richtigkeit dieser Prinzipien erkennen und sich um sie scharen.“ Die zur Internationale notwendige Homogenität könne sich erst aus der gemeinsamen Erfahrung ergeben. Jedes „abstrakte Schwören auf angelegene Prinzipien oder eine Führergestalt“ ergebe „nur ein lächerliches Zerrbild einer wirklichen Übereinstimmung“. Die theoretische Basis der neuen Internationale bestehe nicht aus einigen schon jetzt fertig vorhandenen Formeln, sondern müsse

⁴⁷ ebd., S. 330–331

⁴⁸ Leo Trotzki, Was nun? Schicksalsfragen des deutschen Proletariats, in: Porträt des Nationalsozialismus, S. 131

⁴⁹ ebd., S. 130

⁵⁰ Die Erklärung der Vier, in: Leo Trotzki, Schriften 3.3, Köln 2001, S. 459

sich erst im Verlauf ihrer Entstehung bilden. In Ländern mit entwickeltem Proletariat bilde „sich die Avantgarde nicht durch die Verkündung noch so ‚richtiger‘, aber abstrakter Prinzipien, sondern durch die dauernde Teilnahme an den konkreten Tageskämpfen des Proletariats.“⁵¹

91. „Trotzkismus oder revolutionäre Realpolitik“ war die Antwort der SAP auf einen Offenen Brief, den Trotzki im Sommer 1935 an alle revolutionären Gruppen und Organisationen gerichtet hatte. Trotzki hatte darin betont, dass der Aufbau neuer Parteien und der neuen Internationale der Schlüssel zur Lösung aller anderen Aufgaben sei. Das Tempo und der Zeitpunkt einer neuen revolutionären Entwicklung hingen zwar vom allgemeinen Verlauf des Klassenkampfes ab. „Aber Marxisten sind keine Fatalisten. Siebürden dem ‚historischen Prozess‘ nicht die Aufgaben auf, die der historische Prozess ihnen gestellt hat. Die Initiative einer bewussten Minderheit, ein wissenschaftliches Programm, mutige und unermüdliche Agitation im Namen klar formulierter Ziele, gnadenlose Kritik jeder Zweideutigkeit – dies sind einige der wichtigsten Faktoren für den Sieg des Proletariats. Ohne eine geschlossene und gestählte revolutionäre Partei ist eine sozialistische Revolution undenkbar.“⁵²

92. Zu den SAP-Mitgliedern, die Trotzki am heftigsten angriffen, gehörte Willy Brandt, der spätere deutsche Bundeskanzler und SPD-Vorsitzende. Der damals 22-jährige leitete die Zentrale des SAP-Jugendverbandes in Oslo und vertrat diesen im Internationalen Büro revolutionärer Jugendorganisationen. Brandt sorgte für den Ausschluss der Trotzkiisten aus dem Internationalen Jugendbüro und verfasste Artikel, die dem Trotzkismus „schlimmstes Sektierertum“ vorwarfen. „Unserer Auffassung nach besteht der wesentliche Gegensatz – ein Gegensatz prinzipieller Natur – zwischen uns und den Trotzkiisten in der Stellung zum Werdegang der proletarischen Partei und zum Verhältnis zwischen Partei und Klasse“, schrieb Brandt. „Für die Trotzkiisten steht die Aufgabe der Schaffung einer ideologisch exakt ausgerichteten ‚Avantgarde‘ über die Arbeiterklasse. Vor uns steht die Pflicht, an der Schaffung wahrhaft kommunistischer proletarischer Massenorganisationen mitzuwirken, auf dem Boden der westeuropäischen Arbeiterbewegung, aus praktischem Leben und Tradition der arbeitenden Klasse unseres Landes heraus.“⁵³

93. Der „Boden der Arbeiterbewegung“, den Brandt meinte, war hochgradig stalinistisch und sozialdemokratisch verseucht. Brandt verteidigte die Volksfrontpolitik der Stalinisten und befürwortete eine Zusammenarbeit mit sozialdemokratischen Parteien. In Spanien, wo er 1937 als Kriegsberichterstatter hinreiste, kritisierte er die zentristische POUM von rechts. Ihre Fehler seien „zumeist ultralink, sektiererischer Art“, behauptete er. Sie sei bei der Unterstützung der Volksfront nicht weit genug gegangen. „Nicht ‚gegen die Volksfront‘ durfte die Parole sein, sondern: ‚Über die Volksfront hinaus‘.“⁵⁴ Die Schule der SAP – und seine wütenden Attacken auf den Trotzkismus – bereiteten Brandt auf seine spätere Rolle vor. Als erster sozialdemokratischer Kanzler der Bundesrepublik gelang es ihm 1969, einen Großteil der rebellierenden Studenten in die bürgerliche Gesellschaft zu integrieren, während er linke Elemente mit dem Radikalenerlass strikt ausgrenzte.

94. Die verhängnisvollen Folgen des Zentrismus wurden schließlich am Verhalten der POUM im spanischen Bürgerkrieg deutlich. Die Partei von Andres Nin, die ebenso wie die SAP Mitglied des zentristischen Londoner Büros war, unterwarf sich in allen entscheidenden Fragen den Stalinisten und trat auf dem Höhepunkt der Revolution der Volksfrontregierung in Barcelona bei. Sie diente der Koalition aus Republikanern, Sozialisten, Stalinisten und Anarchisten, die die spanische Revolution zugrunde richteten, als linkes Feigenblatt und verbaute so den Arbeitern, die immer wieder gegen ihre alte Führung Sturm liefen, den Zugang zu einer revolutionären Perspektive. Den Verteidigern der POUM, die die spanische Niederlage auf die angebliche „Unreife“ der Massen zurückführten, antwortete Trotzki: „Die historische Verfälschung besteht darin, die Verantwortung für die spanische Niederlage den arbeitenden Massen aufzuladen und nicht den Parteien, die die revolutionäre Bewegung der Massen gelähmt oder einfach zerbrochen haben. Die Anwälte der POUM leugnen einfach die Verantwortung der Führer, um sich damit vor ihrer eigenen Verantwortung drücken zu können. Diese Philosophie der Ohnmacht, die versucht, Niederlagen als notwendige Glieder in der Kette überirdischer Entwicklungen hinzunehmen, ist total unfähig, Fragen nach solchen konkreten Faktoren wie Programmen, Parteien, Persönlichkeiten, die die Organisatoren der Niederlagen waren, überhaupt aufzuwerfen, und weigert sich, dies zu tun. Diese Philosophie des Fatalismus und der Schwäche ist dem Marxismus als der Theo-

⁵¹ Trotzkismus oder revolutionäre Realpolitik : eine notwendige Auseinandersetzung, hrsg. von der Auslandszentrale der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, Paris, ca. 1935

⁵² An open letter to all revolutionary proletarian organizations and groupings, in: Documents of the Fourth International, S. 74

⁵³ In: *Marxistische Tribüne, Diskussionsblätter für Arbeiterpolitik*, hrsg. von der SAP, Paris 1935–37

⁵⁴ Willy Brandt, Ein Jahr Krieg und Revolution in Spanien. Referat auf der Sitzung der erweiterten Parteileitung der SAP (1937), in: *Neue Gesellschaft, Frankfurter Hefte 1/1987*, S. 47–48

rie der revolutionären Aktion diametral entgegengesetzt.⁵⁵

XIII. Die Gründung der Vierten Internationale

95. Im September 1938 fand in der Nähe von Paris der Gründungskongress der Vierten Internationale statt. Das Gründungsdokument „Der Todeskampf des Kapitalismus und die Aufgaben der Vierten Internationale (Das Übergangsprogramm)“ hatte Trotzki verfasst. Es stellt fest: „Die objektiven Voraussetzungen für die proletarische Revolution nicht nur ‚reif‘, sondern beginnen bereits zu verfaulen. Ohne eine sozialistische Revolution, und zwar in der nächsten geschichtlichen Periode, droht der gesamten menschlichen Kultur eine Katastrophe. Alles hängt nunmehr vom Proletariat ab, das heißt vor allem von seiner revolutionären Vorhut. Die geschichtliche Krise der Menschheit läuft auf die Krise der revolutionären Führung hinaus.“⁵⁶

96. Den Skeptikern und Zentristen, die den Aufbau einer neuen Internationale für verfrüht hielten und meinten, eine solche Organisation müsse aus „großen Ereignissen“ hervorgehen, antwortete das Übergangsprogramm: „Die Vierte Internationale ist bereits aus großen Ereignissen hervorgegangen: den größten Niederlagen des Proletariats in der Geschichte. Verursacht wurden diese Niederlagen durch die Entartung und den Verrat der alten Führung. Der Klassenkampf duldet keine Unterbrechung. Die Dritte Internationale ist nach der Zweiten für die Revolution tot. Es lebe die Vierte Internationale.“ Selbst wenn die Vierte Internationale zahlenmäßig noch schwach sei, so sei „sie doch stark aufgrund ihrer Lehre, ihres Programms, ihrer Tradition und der unvergleichlichen Festigkeit ihres Kaders“. Der „Bürokratie der II. und III. Internationale, der Amsterdamer und der anarchosyndikalistischen Internationale sowie ihren zentristischen Satelliten“ erklärte das Übergangsprogramm „einen unversöhnlichen Krieg“ und stellte fest: „All diese Organisationen sind nicht Bürgen der Zukunft, sondern faulende Überbleibsel der Vergangenheit.“⁵⁷

97. Um die Kluft zwischen der Reife der objektiven, revolutionären Voraussetzungen und der Unreife des Proletariats und seiner Vorhut zu überwinden, formulierte das Übergangsprogramm eine Reihe von ökonomischen und politischen Forderungen – wie die gleitende Lohnskala, die Verstaatlichung von Industrie, Banken und Landwirtschaft, die Bewaff-

nung des Proletariats, die Bildung einer Arbeiter- und Bauernregierung. Diese Übergangsforderungen stellen eine Brücke dar, „die von den heutigen Bedingungen und dem heutigen Bewusstsein breiter Schichten der Arbeiterklasse ausgehen und stets zu ein und demselben Schluss führen: zur Machteroberung des Proletariats“. Sie haben die Aufgabe, das revolutionäre Bewusstsein der Arbeiterklasse zu entwickeln, und dienen nicht dazu, sich an das vorherrschende Bewusstsein anzupassen. „Das Programm muss eher die objektiven Aufgaben der Arbeiterklasse als die Rückständigkeit der Arbeiter ausdrücken“, betonte Trotzki. „Es muss die Gesellschaft so widerspiegeln, wie sie ist, und nicht die Rückständigkeit der Arbeiterklasse. Es ist ein Werkzeug, die Rückständigkeit zu überwinden und zu besiegen.“⁵⁸

98. Revisionistische Strömungen haben seither wiederholt versucht, das Übergangsprogramm in opportunistischer Weise zu interpretieren, indem sie einzelne Forderungen aus dem Zusammenhang rissen. So bezeichnete der amerikanische Revisionist George Novack das Übergangsprogramm als „vielseitig verwendbaren Werkzeugkasten“, aus dem man „wie ein guter Handwerker“ das für eine bestimmte Aufgabe geeignete Werkzeug wählen könne. Auf diese Weise lässt sich jedes opportunistische Manöver rechtfertigen. Aber gerade das ist nicht der Sinn von Übergangsforderungen, die niemals im Gegensatz zur sozialistischen Perspektive stehen dürfen, auf der sie beruhen.

99. Mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs im September 1939 verschärfte sich die Verfolgung Trotzki und der Vierten Internationale. Die revolutionären Folgen des Ersten Weltkriegs waren den imperialistischen Mächten und der Sowjetbürokratie noch frisch im Gedächtnis. Stalin musste fürchten, der Krieg werde eine revolutionäre Bewegung hervorrufen, die Trotzki wieder an die Macht bringen könnte. Um Trotzki zu beseitigen und das Wachsen der Vierten Internationale zu verhindern, drangen stalinistische Agenten in die trotzkistische Bewegung ein und ermordeten enge Mitarbeiter Trotzki, darunter seinen Sohn Leon Sedow. Am 20. August 1940 wurde Trotzki selbst von dem GPU-Agenten Ramon Mercader in seinem Haus in Coyoacan bei Mexiko-Stadt niedergestreckt. Er starb am folgenden Tag. Der Mord an Trotzki war ein schwerer Schlag für den internationalen Sozialismus. Der neben Lenin wichtigste Führer der Oktoberrevolution, unerschütterliche Gegner des Stalinismus und Gründer der Vierten Internationale war der letzte und größte Vertreter der politischen, intellektuellen, kulturellen und moralischen Tradition des klassischen Marxismus, der Ende des neunzehnten und

⁵⁵ Leo Trotzki, Klasse, Partei und Führung. Warum wurde das spanische Proletariat besiegt?, in: Revolution und Bürgerkrieg in Spanien 1931–39, Band 2, Frankfurt 1976, S. 346

⁵⁶ Leo Trotzki, Das Übergangsprogramm, S. 84

⁵⁷ ebd., S. 131, 127

⁵⁸ ebd., S. 86, 140

Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts die revolutionäre Arbeitermassenbewegung inspiriert hatte.

XIV. Der Zweite Weltkrieg

100. Der Zweite Weltkrieg war wie schon der Erste ein imperialistischer Krieg. „Er folgte unerbittlich aus den Widersprüchen der internationalen kapitalistischen Interessen“, wie Trotzki 1940 schrieb. „Entgegen den offiziellen Fabeln, die das Volk einlullen sollen, ist die Hauptursache des Krieges, wie aller anderen sozialen Übel – Arbeitslosigkeit, hohe Lebenskosten, Faschismus, koloniale Unterdrückung – das Privateigentum an den Produktionsmitteln und der bürgerliche Staat, der darauf beruht.“ Solange sich die Hauptproduktivkräfte der Gesellschaft im Besitz von vereinzelt Kapitalistencliquen befinden, fuhr Trotzki fort, „und so lange der nationale Staat ein fügsames Werkzeug in den Händen dieser Cliquen bleibt, muss der Kampf um Märkte, um Rohstoffquellen, um die Weltherrschaft unweigerlich einen immer verwüstenderen Charakter annehmen. Die Staatsmacht und die Herrschaft über die Wirtschaft kann diesen räuberischen imperialistischen Cliquen nur von der revolutionären Arbeiterklasse aus den Händen gerissen werden.“⁵⁹

101. Wie schon 1914 ging die Initiative im Kampf um die Neuaufteilung der Welt wieder von Deutschland aus. Später als seine Rivalen England und Frankreich auf die imperialistische Weltbühne getreten, hatte es 1914 versucht seinen dynamischen Produktivkräften Raum zu verschaffen, indem es Europa auf Kosten seiner Rivalen neu organisierte – und war dabei gescheitert. Der zweite Versuch war besser vorbereitet – durch ein Regime, das jeden inneren Widerstand erstickte und alle ökonomischen Ressourcen zum Aufbau einer gewaltigen Militärmaschinerie bündelte.

102. Die ungeheure Aggressivität des deutschen Imperialismus machte den Krieg von Seiten der Alliierten jedoch nicht zu einem antifaschistischen Krieg. Sowohl in der britischen wie in der amerikanischen herrschenden Elite hatte es vor Kriegsausbruch erhebliche Sympathien für Hitler gegeben, und die französische arrangierte sich nach der militärischen Niederlage mit den deutschen Besatzern. Die Alliierten verfolgten – mit Ausnahme der Sowjetunion – ihre eigenen imperialistischen Ziele. England kämpfte um die Verteidigung seiner Kolonien und seiner einstigen Vormachtstellung. Die USA griffen in den Krieg ein, um ihre Weltherrschaft in Europa und im Pazifik zu sichern. Hitlers Ziel, die Sowjetunion zu zerschlagen, waren in den USA und

England auf Wohlwollen gestoßen. Doch angesichts der drohenden deutschen Übermacht verbündeten sie sich mit der Sowjetunion, die die größten Opfer im Krieg erbrachte, und verschoben die Konfrontation auf später.

103. Die stalinistische Bürokratie ihrerseits tat alles, um ihren Verbündeten zu beweisen, dass sie keine revolutionären Absichten hegte. Ab 1935 hatte sie im Namen der Volksfront gegen den Faschismus „demokratische“ bürgerliche Regierungen unterstützt. 1939 schloss Stalin einen Pakt mit Hitler und lieferte ihm deutsche Kommunisten aus. Und nachdem Hitler 1941 den Pakt gebrochen und die Sowjetunion überfallen hatte, unterstützten die Kommunistischen Parteien in den alliierten Ländern bedingungslos die kriegsführende Bourgeoisie und unterdrückten jede Äußerung des Klassenkampfes. In den besetzten Ländern unterstellten sie den antifaschistischen Widerstand rechten bürgerlichen Gestalten wie General de Gaulle. In den Kolonialländern forderten sie die nationalen Bewegungen auf, im Krieg ihren kolonialen Unterdrückern Beistand zu leisten. Und in der Sowjetunion selbst appellierten sie nicht an das Klassenbewusstsein der Arbeiter, sondern an den russischen Nationalismus. Bis heute wird der Zweite Weltkrieg im Russischen mit dem stalinistischen Begriff „Großer Vaterländischer Krieg“ bezeichnet.

104. Die Trotzkiisten führten einen mutigen und heroischen Kampf gegen Faschismus und Krieg. Verfolgt von Nationalsozialisten und Stalinisten, beteiligten sie sich am antifaschistischen Widerstand und bemühten sich, ihn auf eine proletarische Klassengrundlage zu stellen. Die deutschen Trotzkiisten, die sich ab Oktober 1933 Internationale Kommunisten Deutschlands (IKD) nannten, hatten sich frühzeitig auf die Illegalität vorbereitet und verfügten im ganzen Land über rund tausend Unterstützer, als Hitler die Macht ergriff. Einige bekannte Führer, die mit ihrer Verhaftung rechnen mussten, gingen ins Exil. Ein Auslandskomitee leitete die Arbeit in enger Zusammenarbeit mit dem Internationalen Sekretariat unter Leon Sedow. Es gab die Zeitung *Unser Wort* heraus, die illegal nach Deutschland eingeschleust wurde. Viele wichtige Schriften Trotzkiis wurden vor allem von Dresdener Mitgliedern der IKD unter Lebensgefahr über die tschechoslowakische Grenze geschmuggelt und an die trotzkiistischen Untergrundgruppen in Deutschland verteilt.

105. Viele Mitglieder der IKD wurden von den Nationalsozialisten ermordet oder ins Konzentrationslager gesteckt. Im Herbst 1935 kam es unter den deutschen Trotzkiisten zu einer Verhaftungswelle. Die Gestapo deckte Zellen in Gelsenkirchen, Berlin, Hamburg, Frankfurt, Kassel, Magdeburg, Dresden und Danzig auf. Rund 150 wanderten ins Gefängnis oder ins Konzentrationslager. Im Sommer 1936 ver-

⁵⁹ Manifest der Vierten Internationale zum imperialistischen Krieg und zur proletarischen Weltrevolution, in: Leo Trotzki, Das Übergangsprogramm, S. 213–214

urteilte das Oberlandesgericht Hamm 23 Mitglieder der IKD zu insgesamt 70 Jahren Haft. Drei führende Mitglieder der Gelsenkirchener Gruppe wurden vom Volksgerichtshof verurteilt. Im Januar 1937 wurden in der Freien Stadt Danzig zehn Trotzlisten vor Gericht gestellt und abgeurteilt. Sie hatten zur „Niederringung des Faschismus mit den Waffen des Proletariats“ aufgerufen. „Die Organisierung der Arbeiter in den Betrieben, Stempelstellen und Arbeitsdienstlagern zwecks Widerstand und aktivem Kampf gegen den Nationalsozialismus, das ist das einzige Mittel, den Faschismus zu besiegen“, hieß es in einem ihrer Flugblätter.⁶⁰

106. 1938 waren die IKD mit zwei Delegierten auf der Gründungskonferenz der Vierten Internationale vertreten. Im besetzten Frankreich verbreiteten deutsche und französische Trotzlisten gemeinsam die Zeitung *Arbeiter und Soldat* unter deutschen Soldaten. Im Gegensatz zu den Stalinisten, die sich dem bürgerlichen nationalen Widerstand unterordneten, kämpften die Trotzlisten für ein Bündnis der europäischen Arbeiter, das die deutsche Arbeiterklasse mit einschloss. Der Herausgeber von *Arbeiter und Soldat*, Widelin (Martin Monat), wurde später von der Gestapo ermordet.

107. Widelin vertrat die deutsche Sektion im Februar 1944 auf einer sechstägigen, geheimen Konferenz der Vierten Internationale im besetzten Frankreich, die ein europäisches Exekutivkomitee wählte und umfangreiche Perspektivresolutions verabschiedete. Die Konferenz ging davon aus, dass der Krieg in eine revolutionäre Krise münden werde. Während sie Bündnisse des Proletariats mit der Bourgeoisie ablehnte, unterstützte sie den Widerstandskampf gegen die deutschen Besatzer: „Das Proletariat unterstützt diesen Kampf, um seine Umwandlung in einen allgemeinen Kampf gegen den Imperialismus zu fördern und zu beschleunigen. Diese Stellung beinhaltet den energischsten Kampf gegen Versuche von Agenten der nationalen Bourgeoisie, die Massen zu gewinnen und ihre Unterstützung für die Rekonstruktion des kapitalistischen Staates und der Armee auszunutzen. Es muss im Gegenteil alles getan werden, was im Bereich des Möglichen liegt, um die keimhafte Arbeitermacht (Milizen, Komitees usw.) weiterzuentwickeln und zur gleichen Zeit den heftigsten Kampf gegen alle Formen des Nationalismus zu führen.“⁶¹

XV. Die konterrevolutionäre Rolle des Stalinismus nach Kriegsende

108. Das Ende des Zweiten Weltkriegs brachte einen Aufschwung des Klassenkampfes. Antikapitalistische Stimmungen waren in ganz Europa weit verbreitet. In Deutschland lagen Städte und Fabriken in Trümmern. Die bürgerlichen Eliten in Wirtschaft, Staat und Politik waren tief in die Verbrechen des Nazi-Regimes verstrickt, das einen Aggressionskrieg mit 80 Millionen Toten und den größten planmäßigen Völkermord der Weltgeschichte zu verantworten hatte. Die herrschenden Klassen Italiens, Frankreichs und zahlreicher osteuropäischer Länder hatten sich durch ihre Zusammenarbeit mit den Nazis diskreditiert. Die Auffassung, die alte Gesellschaftsordnung habe versagt, war weit verbreitet. Der Zusammenhang zwischen Nazi-Verbrechen und Kapitalismus war derart offensichtlich, dass er sogar in konservativen Parteiprogrammen seinen Niederschlag fand. So bekannte sich das Ahlener Programm der CDU 1947 zur Vergesellschaftung der Bergwerke und zur Planung und Lenkung der Wirtschaft.

109. In dieser Situation spielten das Sowjetregime und sein Netzwerk stalinistischer Parteien die entscheidende Rolle dabei, die Arbeiterklasse von der Machtübernahme abzuhalten. Stalin fürchtete eine sozialistische Revolution in Europa, weil sie auch der sowjetischen Arbeiterklasse neues Vertrauen eingeflößt und sie zum Aufstand gegen sein despotisches Regime ermutigt hätte. Auf den Konferenzen von Jalta und Potsdam verabredeten die Sowjetunion, die USA und Großbritannien die Aufteilung Europas. Deren wichtigste Aufgabe bestand darin, den Klassenkampf zu unterdrücken. In Osteuropa errichtete die Kremlbürokratie eine Reihe von ihr abhängiger „Pufferstaaten“ und übernahm selbst die Aufgabe, die Arbeiterklasse in Schach zu halten. In Westeuropa warfen die stalinistischen Parteien ihre gesamte politische Autorität in die Waagschale, um die bürgerliche Herrschaft zu bewahren. In Italien und Frankreich, wo sie an der Spitze bewaffneter Widerstandsbewegungen standen, traten sie den Nachkriegsregierungen Marschall Badoglio und General de Gaulles bei. In Italien erarbeitete KPI-Führer Palmiro Togliatti als Justizminister persönlich ein Gesetz, das die Faschisten amnestierte. In Griechenland, wo ein Bürgerkrieg tobte, verweigerte die Sowjetbürokratie den Aufständischen die dringend benötigte Hilfe und garantierte so den Sieg der Rechten.

110. In Deutschland hatten nur wenige Führungsmitglieder der einst größten Kommunistischen Partei außerhalb der Sowjetunion den Krieg überlebt. Die meisten waren nicht Hitler, sondern Stalin zum Opfer gefallen. Von den mehreren Zehntausend

⁶⁰ Zitiert bei: Leo Trotzki, *Der Danziger Trotzlisten-Prozess*, in: *Schriften über Deutschland*, Band II, S. 714

⁶¹ *Thèses sur la liquidation de la deuxième guerre impérialiste et la montée révolutionnaire*, deutsch zitiert in: Georg Jungclas 1902–1975. Eine politische Dokumentation, Hamburg: Junius 1980, S. 124

send ausländischer Kommunisten, die Mitte der dreißiger Jahre in der Sowjetunion lebten, entging nach Angaben Leopold Treppers nur jeder Zehnte den stalinistischen Säuberungen.⁶² Die bekanntesten Führer der KPD – darunter Heinz Neumann, Hermann Remmele und Hugo Eberlein, der Mitstreiter Rosa Luxemburgs und deutsche Delegierte auf dem ersten Kominternkongress – wurden in Moskau gefoltert, zum Tode verurteilt und erschossen. Ernst Thälmann blieb elf Jahre lang in den Kerkern der Nazis, obwohl Stalin 1939 im Rahmen des Hitler-Stalin-Pakts seine Befreiung hätte erwirken können, und wurde 1944 umgebracht. Wer überlebte, hatte sich Stalin untergeordnet oder seine eigenen Genossen denunziert. Solche Leute führten nun die KPD und (im Falle Herbert Wehners) auch die SPD.

111. Die KPD bekannte sich in ihrem Gründungsauftrag zur „völlig ungehinderten Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums“. Die „Gruppe Ulbricht“, die mit der Roten Armee aus dem Moskauer Exil zurückgekehrt war, um die Leitung der KPD zu übernehmen, löste spontan entstandene antifaschistische Komitees und Betriebsräte auf und ersetzte sie durch Verwaltungen, an denen auch bürgerliche Kräfte beteiligt wurden. „Die Auflösung der Antifaschistischen Komitees war nichts anderes als die Zertrümmerung erster Ansätze einer vielleicht machtvollen, selbständigen, antifaschistischen und sozialistischen Bewegung“, schrieb Wolfgang Leonhard, ein Mitglied der „Gruppe Ulbricht“ später.⁶³

112. Der Verrat der Stalinisten verschaffte den USA die nötige Atempause, um im kriegszerstörten Westeuropa den Kapitalismus zu stabilisieren. Die USA verfolgten damit zwei Ziele: Die Beschränkung des Machtbereichs der Sowjetunion und die Eröffnung neuer Expansionsmöglichkeiten für das US-Kapital. Ein neues, auf den Dollar gestütztes internationales Währungssystem, der Import fortschrittlicher amerikanischer Produktionsmethoden und der Zufluss von Finanzmitteln aus dem Marshallplan setzten nach anfänglichen Krisenjahren einen starken Wirtschaftsaufschwung in Gang. Die Arbeiterklasse wurde durch einen deutlichen Anstieg des Lebensstandards und den Ausbau des Sozialstaats beschwichtigt. In der Bundesrepublik stiegen die Bruttolöhne zwischen 1950 und 1971 um das Fünffache, bei erheblicher Verkürzung der Arbeitszeit und verbesserten Leistungen der Renten- und Krankenkassen.

113. Die Verbrechen des Stalinismus in Verbindung mit der merklichen Verbesserung des Lebens-

standards der Arbeiter verhalfen der Sozialdemokratie und den reformistischen Gewerkschaften zu neuem Einfluss. In Westdeutschland verlor die KPD – insbesondere nach der Niederschlagung des DDR-Aufstands vom 17. Juni 1953 – die Unterstützung, die sie anfangs noch besessen hatte. 1956 wurde sie verboten. Die SPD stieg wieder zur dominierenden Partei in der Arbeiterbewegung auf und rückte gleichzeitig programmatisch weiter nach rechts. Ihr erster Nachkriegsführer Kurt Schumacher „zog aus dem Untergang der Weimarer Republik drei Schlussfolgerungen: Die Sozialdemokraten durften erstens nie wieder Zweifel an ihrer nationalen Gesinnung aufkommen lassen; sie mussten zweitens die Mittelschichten für sich erobern und drittens einen klaren Trennungsstrich zu den von Moskau abhängigen deutschen Kommunisten ziehen.“⁶⁴ 1959 verabschiedete sich die SPD in Bad Godesberg endgültig von jedem Bezug auf den Marxismus und die Arbeiterklasse. Von nun an bezeichnete sie sich (ebenso wie die CDU) als Volkspartei und nicht mehr als sozialistische Arbeiterpartei.

114. Die Neugründung der Gewerkschaften erfolgte nach dem Krieg unter strikter Kontrolle der Besatzungsmächte. Sie passten ihre Rhetorik zwar der radikalen Stimmung der Arbeiter an; so trat das Gründungsprogramm des DGB 1949 für die Sozialisierung der Schlüsselindustrien und Banken und für eine gesamtwirtschaftliche Planung ein. Doch in der Praxis beschränkten sie sich auf die Forderung nach Mitbestimmung, die sie zur institutionalisierten Klassenzusammenarbeit entwickelten. Die feste Einbindung der Gewerkschaftsbürokratie in die Leitung großer Konzerne, gesetzlich abgesichert durch Mitbestimmungs- und Betriebsrätegesetz, und ihre enge Zusammenarbeit mit dem Staat wurden zum festen Bestandteil des „Rheinischen Modells“, das auf „Betriebsfrieden“ und „Sozialpartnerschaft“ setzte, um die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie zu steigern. Organisierten die Gewerkschaften Arbeitskämpfe – wie den 16-wöchigen Metallarbeiterstreik in Schleswig-Holstein, der 1956/57 die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall durchsetzte – achteten sie darauf, dass sie die Grundlagen des Kapitalismus in keiner Weise gefährdeten.

115. Im Osten Deutschlands hatte die sowjetische Besatzungsmacht ebenso wie im restlichen Osteuropa ursprünglich nicht beabsichtigt, das kapitalistische Privateigentum zu beseitigen. Sie tat dies lediglich in einigen Schlüsselbereichen. So wurde im Rahmen der Kampagne „Junkerland in Bauernhand“ bereits 1945 jeglicher Grundbesitz über 100 Hektar entschädigungslos enteignet und einer halben Million Landarbeitern, Umsiedlern und Kleinbauern

⁶² Siehe: Leopold Trepper, Die Wahrheit, München 1975

⁶³ Wolfgang Leonhard, Die Revolution entlässt ihre Kinder, Köln 1955, S. 397

⁶⁴ Heinrich August Winkler, Der lange Weg nach Westen. Zweiter Band. Deutsche Geschichte vom ‚Dritten Reich‘ bis zur Wiedervereinigung, München 2000, S. 124

übergeben. Diese Bodenreform, die äußerst populär war, entzog den ostelbischen Grundbesitzern die materielle Grundlage, die im Wilhelminischen Reich und der Weimarer Republik das Rückgrat der politischen Reaktion und des Militärapparats gebildet hatten. Ansonsten tastete der Kreml das bürgerliche Eigentum nicht systematisch an. Er beteiligte sogar bürgerliche Elemente an den Regierungen Osteuropas, um die Arbeiterklasse in Schach zu halten. Stalin wollte eine Kette von Pufferstaaten errichten, die militärisch und politisch von der Sowjetunion abhängig waren und sie gegen den Westen abschirmten, ohne dass sie das Gesellschaftsmodell der Sowjetunion übernahmen. Hinsichtlich Deutschlands spielte er sogar mit der Option eines gesamtdeutschen, bürgerlichen Staates, der keinem der beiden Machtblöcke angehören sollte.

116. Doch die Stabilisierung Westeuropas, der Beginn des Kalten Krieges und der damit verbundene wirtschaftliche, politische und militärische Druck durchkreuzten diese Pläne. Moskau geriet ab 1948 von zwei Seiten unter Druck. Die Arbeiterklasse rebellierte gegen die wachsende Arbeitshetze und die politische Unterdrückung, mit denen Stalins Statthalter in Osteuropa auf die wirtschaftliche Erstarbung des Westens reagierten. Und diese Statthalter orientierten sich zunehmend am Westen und strebten nach mehr Unabhängigkeit. Moskau reagierte, indem es die bürgerlichen Elemente aus den osteuropäischen Regierungen vertrieb, die Kommunistischen Parteien von „unzuverlässigen Elementen“ säuberte, zu umfangreichen Verstaatlichungen überging und Regierungen nach sowjetischem Vorbild errichtete. In diesem Zusammenhang wurde in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands am 7. Oktober 1949 die Deutsche Demokratische Republik gegründet.

117. Die Verstaatlichungen, zu denen es nun in ganz Osteuropa in großem Umfang kam, waren ein Zugeständnis an die Arbeiterklasse. Der Übergang von Industrie und Banken in Staatshand schuf die Voraussetzung für einen planmäßigen Einsatz der wirtschaftlichen Ressourcen und garantierte der Bevölkerung ein relativ hohes Maß an sozialer Sicherheit. Auf der Grundlage des verstaatlichten Eigentums wurden bis in die siebziger Jahre trotz der willkürlichen Methoden der Bürokratie beachtliche Fortschritte erzielt. So war die Rohstahlerzeugung in der DDR 1953 bereits doppelt so hoch wie vor dem Zweiten Weltkrieg, und 1969 produzierte die DDR mit 17 Millionen Einwohnern mehr Industriegüter als das Deutsche Reich 1936 mit 60 Millionen. Insgesamt wurde die industrielle Produktion zwischen 1950 und 1974 versiebenfacht, obwohl die DDR gegenüber der BRD wegen der umfangreichen Demontage von Industrieanlagen durch die Sowjetunion erheblich benachteiligt war und keinen Zugang zu Geldern aus dem Marshallfonds und zu

modernen amerikanischen Produktionstechniken hatte.

118. Doch die Verstaatlichungsmaßnahmen gingen nicht mit einer politischen Stärkung der Arbeiterklasse einher. Im Gegenteil, die stalinistischen Machthaber verschärften die politische Unterdrückung und erhöhten den wirtschaftlichen Druck durch die Einführung von Leistungslöhnen und die Erhöhung der Produktionsnormen. Als Folge brach am 17. Juni 1953 in der DDR der erste proletarische Massenaufstand gegen den Stalinismus aus. Ein Protest von Ostberliner Bauarbeitern gegen Normenerhöhungen entwickelte sich innerhalb von 24 Stunden zu einem Massenstreik, der von sowjetischen Truppen und Panzern blutig niedergeschlagen wurde. Über hundert Arbeiter wurden erschossen, Teilnehmer und Führer der Streiks zu Hunderten als „konterrevolutionäre Agenten“ verhaftet und für Jahre ins Gefängnis geworfen, sechs Streikführer zum Tode verurteilt.

XVI. Die Teilung Deutschlands

119. Die Teilung Deutschlands war sowohl eine wichtige Voraussetzung für die Stabilisierung des europäischen Kapitalismus wie für die Kontrolle der Arbeiterklasse. Die Angst vor einem übermächtigen Deutschland hatte die Geschichte Europas seit 1871 maßgeblich geprägt. Nun war die Bundesrepublik nur noch halb so groß wie das frühere Deutsche Reich, dessen Territorium zu einem Viertel an die Sowjetunion und Polen und zu einem Fünftel an die DDR gefallen war, die Bevölkerungszahl nur wenig höher als die Frankreichs, Großbritanniens oder Italiens. Das war die Voraussetzung für ihre Integration in ein Wirtschaftsbündnis mit den westlichen Nachbarn, das sich schließlich zur Europäischen Union entwickelte. Die deutsche Arbeiterklasse mit ihrer langen marxistischen Tradition wurde durch die Teilung gespalten. In der DDR unterdrückte die SED jede selbständige politische Regung von unten. In der Bundesrepublik verschrieb sich die SPD bedingungslos dem Kapitalismus, schlachtete die Unterdrückung der ostdeutschen Arbeiter propagandistisch aus und schürte den Antikommunismus, erstickte aber gleichzeitig jeden Ansatz zur gemeinsamen Mobilisierung der Arbeiter in Ost und West. So verhinderte sie 1953 ein Übergreifen des DDR-Aufstands auf Westberlin. Als 1956 sowjetische Panzer den Ungarnaufstand erstickten und Westberliner Arbeiter in großen Mengen zum Brandenburger Tor marschierten, hielt Willy Brandt, der frühere SAP-Funktionär und spätere Bundeskanzler, sie persönlich zurück. Beginnend mit Brandts Ostpolitik entwickelten die Spitze der SPD dann enge Beziehungen zur SED, und die Bundesregierung half dem DDR-Regime wiederholt durch Milliardenkredite aus der Klemme.

120. Die herrschende Bürokratie der DDR war sich ihres Gegensatzes zu den sozialistischen Bestrebungen der Arbeiter von Anfang an bewusst. Das äußerte sich unter anderem darin, dass sie die DDR nicht im Namen des Sozialismus gründete. Stattdessen gab sie sich einen betont nationalen Anstrich und versuchte, auch rechte Schichten an sich zu binden. So wurden ehemalige NSDAP-Mitglieder und Offiziere amnestiert und in eine eigens für sie gegründete Partei, die NDPD (National-Demokratische Partei Deutschlands) aufgenommen. Das Gründungsmanifest der Volkskammer trug den Titel „Die nationale Front des demokratischen Deutschland“ und erwähnte den Sozialismus als Staatsziel mit keinem Wort. Zwischen 1948 und 1951 schloss die SED Zehntausende alter Kommunisten und Arbeiter, die eine Verbindung zur revolutionären Vergangenheit der KPD oder zur Arbeiterklasse hatten, sowie ehemalige Sozialdemokraten aus ihren Reihen aus und ersetzte sie durch linientreue Apparatschiks. Anfang der fünfziger Jahre bestand das Gros der Parteimitgliedschaft aus Funktionären von Partei, Staat und Wirtschaft. Erst als die Bürokratie ihre Diktatur gefestigt hatte, bekannte sich die SED zur „planmäßigen Errichtung der Grundlagen des Sozialismus in der DDR“.

121. Zum Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft fehlten der DDR aber die elementarsten Voraussetzungen: Arbeiterdemokratie und der Zugang zur Weltwirtschaft. Der Sozialismus konnte nicht „in einem Land“ aufgebaut werden, im 17-Millionen-Einwohner-Staat DDR noch weniger als in der wesentlich größeren Sowjetunion. Daran änderten auch die wirtschaftlichen Beziehungen zu den Staaten des Ostblocks nichts, die stets der bürokratischen Willkür unterworfen und relativ gering entwickelt blieben. Das Grundproblem der DDR-Wirtschaft trat erst voll in Erscheinung, als sich die wirtschaftliche Lage allmählich verbesserte. Der Aufbau einer hoch entwickelten Industriegesellschaft erforderte Zugang zu den Technologien und zur Arbeitsteilung der Weltwirtschaft. Die Bürokratie versuchte dieses Problem zu lösen, indem sie enge Beziehungen zur BRD anknüpfte. Willy Brandts Ostpolitik verschaffte ihr westliche Kredite und Technologien, während die westdeutsche Industrie neue Absatzmärkte im Osten gewann. Der DDR-Außenhandel mit den kapitalistischen Ländern stieg nun wesentlich schneller als der mit den RGW-Staaten. Ende der 1970er Jahre wickelte die DDR 30 Prozent ihres Handelsverkehrs mit dem Westen ab, davon 10 Prozent mit der Bundesrepublik. Sie wurde in wachsendem Maße zur verlängerten Werkbank der westeuropäischen Industrie. Das führte zu einer merklichen Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung. Der Mangel an Konsumgütern ließ fühlbar nach. Doch mit der Nutzung der Ressourcen der Weltwirtschaft wuchs auch die Abhängigkeit von ihren Schwankungen und Krisen. Die DDR konn-

te mit der Steigerung der Arbeitsproduktivität nicht mithalten, die mit dem Einsatz von Computertechnologie und Globalisierung einsetzte. Zwischen 1973 und 1986 verringerte sich ihr Weltmarktanteil am Maschinenexport von 3,9 auf 0,9 Prozent. Ihre Abhängigkeit von westlichen Krediten stieg. Die wirtschaftliche Lage erschien zunehmend aussichtslos.

122. Eine revolutionäre Perspektive für die westdeutsche Arbeiterklasse lehnte die SED stets ab. Sie achtete sorgfältig darauf, die ostdeutschen Arbeiter von den militanten Arbeitskämpfen und Studentenprotesten abzuschotten, die sich ab Mitte der 1960er Jahre in der Bundesrepublik entwickelten. Auf dem Höhepunkt dieser Proteste wurde 1968 in Absprache zwischen Ost-Berlin und dem Bonner Justizministerium die verbotene KPD unter dem neuen Namen DKP wieder zugelassen. Die DKP, die stets in enger politischer und finanzieller Abhängigkeit von der SED blieb, bekämpfte erbittert revolutionäre Strömungen und gebärdete sich als Ordnertruppe für die Gewerkschaftsbürokratie.

123. Die Bundesrepublik wurde von der offiziellen Propaganda stets als vorbildlicher demokratischer Staat dargestellt. Doch sie war ebenso wenig wie die Weimarer Republik das Ergebnis einer demokratischen Vollendung der bürgerlichen Revolution. Ihre Gründung ging mit der Rehabilitierung der alten Eliten einher, die für den Kalten Krieg gegen die Sowjetunion benötigt wurden. Nach der Verurteilung einiger führender Nazis in Nürnberg wurde die strafrechtliche Verfolgung von Kriegsverbrechern eingestellt, ebenso die Entnazifizierungsmaßnahmen im Staatsapparat. Verurteilte Wirtschaftsmagnaten durften ihr Vermögen behalten und ihre Tätigkeit fortsetzen. Im Justizapparat wurde überhaupt niemand zur Rechenschaft gezogen. In Wirtschaft, Justiz, Behörden und auf den Lehrstühlen der Bundesrepublik fanden sich zahlreiche ehemalige Stützen des Nazi-Regimes wieder.

124. Die Masse der Bevölkerung war von der direkten Mitwirkung an der Gründung des neuen Staats ausgeschlossen. Es gab keine gewählte Konstituante, das Grundgesetz wurde von einem Expertengremium verfasst und von den Länderparlamenten verabschiedet. Eine Volksabstimmung fand nicht statt. Im Grundgesetz finden sich zahlreiche Einschränkungen der Volkssouveränität. Die Tradition des preußischen Obrigkeitsstaats schlug sich „in Bindungen des Gesetzgebers und Einschränkungen des Wählerwillens nieder, wie sie es wohl in keiner anderen demokratischen Verfassung gibt“.⁶⁵ So können Parteien wegen Verfassungswidrigkeit

⁶⁵ Heinrich August Winkler, *Der lange Weg nach Westen*. Zweiter Band. *Deutsche Geschichte vom ‚Dritten Reich‘ bis zur Wiedervereinigung*, S. 133

verboten und Grundrechte verwirkt werden. Bestimmte Grundgesetzartikel besitzen Ewigkeitscharakter, sie dürfen weder vom Volk noch vom Parlament geändert werden. Als Kern der Demokratie gilt nicht der Schutz des Bürgers vor staatlicher Willkür, sondern der Schutz des Staats vor dem Volkswillen. Der Staat verkörpert die „wehrhafte Demokratie“ und ist verpflichtet, sich dem Volkswillen zu widersetzen und „Mehrheiten dadurch vor sich selbst (zu) schützen, dass bestimmte unveräußerliche Werte und freiheitssichernde Institutionen ihrem Willen entzogen werden“.⁶⁶ Gerechtfertigt wurde dies mit der These von der Kollektivschuld des deutschen Volks am Nationalsozialismus.

125. Ihre schärfste Ausprägung fanden die autoritären Tendenzen des Grundgesetzes im KPD-Verbot von 1956 und den Notstandsgesetzen, die CDU/CSU und SPD 1968 auf dem Höhepunkt des französischen Generalstreiks verabschiedeten. Das KPD-Verbot „war ein politisches Urteil, das der antikommunistischen Staatsdoktrin der jungen Bundesrepublik folgte“.⁶⁷ Das Bundesverfassungsgericht erklärte – nach seitenlangen Zitaten marxistischer Klassiker – den „Marxismus-Leninismus“ für unvereinbar mit der „Freiheitlich-Demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes“ und schuf damit einen Präzedenzfall zur rücksichtslosen Verfolgung aller Strömungen, die sich auf den revolutionären Marxismus berufen und den Kapitalismus bekämpfen. Rund 7.000 KPD-Mitglieder wurden teils zu mehreren Jahren Zuchthaus verurteilt. Mitunter werteten Gerichte es strafverschärfend, dass der Angeklagte schon im Dritten Reich wegen KPD-Mitgliedschaft eingesperrt worden war. KPD-Mitglieder erhielten Berufsverbot und bekamen keine Reisepässe, kommunistische Studenten wurden nicht zum Universitätsexamen zugelassen. Eltern wurde wegen ihrer politischen Einstellung die Pflegeerlaubnis für Kinder entzogen, Hinterbliebenen die beamtenrechtlichen Versorgungsbezüge gestrichen, Entschädigungen wegen erlittenen nationalsozialistischen Unrechts wurden verweigert, aberkannt oder zurückgefordert. Die bis heute geltenden Notstandsgesetze geben der Regierung die rechtliche Handhabe, im Kriegs- und Spannungsfall elementare, im Grundgesetz garantierte Grundrechte außer Kraft zu setzen und ein halbdiktatorisches Regime zu errichten.

XVII. Die Gründung des Internationalen Komitees

126. Die Entwicklungen der Nachkriegsjahre stellen die Vierte Internationale vor große politische

und theoretische Herausforderungen, die neue revisionistische Tendenzen hervorbrachten. Bereits 1942 veröffentlichte eine Gruppe in die USA emigrierter deutscher Trotzlisten „Drei Thesen zur politischen Situation und den politischen Aufgaben“, die extrem pessimistische Schlussfolgerungen aus den Niederlagen der Arbeiterklasse zogen und die Perspektive des Sozialismus auf unabsehbare Zeit abschrieben. Die „Rückschrittler“ betrachteten den Nationalsozialismus nicht als Ergebnis des faulenden Kapitalismus, sondern als Geburtsmal eines neuen Gesellschaftssystems, eines „modernen Sklavenstaates“, der die geschichtliche Entwicklung der Menschheit um Generationen zurückgeworfen habe. Bevor die sozialistische Revolution wieder auf die Tagesordnung komme, stehe deshalb eine Epoche nationaler demokratischer Revolutionen bevor, in der die Arbeiterklasse auf eine unabhängige politische Rolle verzichten und sich bedingungslos den bürgerlich geführten nationalen Widerstandsbewegungen unterordnen müsse. Die Thesen der Rückschrittler, die viele Parallelen zu den ähnlich pessimistischen Auffassungen der Frankfurter Schule aufwiesen, liefen so auf eine neue Rechtfertigung der Klassenzusammenarbeit in Form der Volksfront hinaus.⁶⁸

127. Während die „Rückschrittler“ und ähnliche Strömungen der Vierten Internationale rasch den Rücken kehrten, führte die Entstehung einer opportunistischen Tendenz unter Führung von Michel Pablo und Ernest Mandel 1953 zu ihrer Spaltung. Die orthodoxen Trotzlisten, die sich im Internationalen Komitee organisierten, betrachteten die Nachkriegsstabilisierung als vorübergehende Erscheinung, als Ergebnis des Verrats von Stalinismus und Sozialdemokratie und der daraus resultierenden proletarischen Niederlagen. Sie verteidigten das Programm der Vierten Internationale, suchten nach Mitteln und Wegen, die Arbeiterklasse vom Einfluss der bürokratischen Apparate zu brechen, und bereiteten sie so auf zukünftige Klassenkämpfe vor. Die pablistischen Opportunisten kapitulierten dagegen vor den erstarkten bürokratischen Apparaten. Sie schrieben ihnen eine fortschrittliche Rolle zu und liquidierten das Programm der Vierten Internationale.

128. Die Auseinandersetzung entwickelte sich über die Einschätzung der Staaten, die Ende der 1940er Jahre in Osteuropa entstanden waren. Die Vierte Internationale zögerte lange, die DDR und die anderen so genannten „Volksrepubliken“ als Arbeiterstaaten zu bezeichnen. Die Verstaatlichungen an sich reichten für eine solche Definition nicht aus. Ebenso maßgeblich war, wer die Verstaatlichungen

⁶⁶ ebd.

⁶⁷ Christoph Seils, Geist der NS-Zeit, ZEIT online, 17.08.2006

⁶⁸ Zu den Auffassungen der Frankfurter Schule siehe Punkt 175; zu den „Rückschrittlern“: David North, Das Erbe, das wir verteidigen, Essen 1988, S. 106–112

zu wessen Gunsten und unter welchen Bedingungen durchgeführt hatte. Schließlich entschied sich die Vierte Internationale für die Bezeichnung „deformierte Arbeiterstaaten“. Mit dem Begriff „Arbeiterstaat“ anerkannte sie, dass das kapitalistische Privateigentum durch die Enteignung von Großgrund- und Kapitalbesitz beseitigt worden war und dass die so entstandenen Eigentumsverhältnisse zu verteidigen waren. Doch das Schwergewicht lag auf dem Wort „deformiert“. Diese Staaten wiesen von Geburt an Missbildungen auf, die weit schwerer wogen als der mit den Verstaatlichungen verbundene Fortschritt. Ihnen fehlte die wichtigste Voraussetzung einer sozialistischen Gesellschaft – die aktive und demokratische Mitwirkung der Arbeiterklasse. Es gab weder Sowjets noch andere Organe der Arbeiterdemokratie. Die stalinistische Bürokratie, eine privilegierte Kaste, übte faktisch eine Diktatur aus und kontrollierte nicht nur den Staat und sämtliche Parteien, sondern auch die Gewerkschaften. Die Arbeiterklasse verfügte weder über eine politische noch über eine unabhängige gewerkschaftliche Vertretung.

129. Noch schwerer wog der Schaden, den die stalinistischen Verbrechen am sozialistischen Bewusstsein der internationalen Arbeiterklasse anrichteten. Die vom Stalinismus verschuldeten katastrophalen Niederlagen in Deutschland, Spanien und anderen Ländern, die Hinrichtung Zehntausender Kommunisten im Rahmen der Moskauer Prozesse und schließlich die Niederschlagung von Arbeiteraufständen in der DDR, Polen und Ungarn stießen Millionen Arbeiter vom vermeintlichen Kommunismus ab und zurück in die Arme der Sozialdemokratie. „Vom internationalen Standpunkt aus wiegen die Reformen der Sowjetbürokratie – die Angleichung der Pufferzone an die UdSSR – weit weniger schwer als die Schläge, die die Sowjetbürokratie gerade durch ihre Taten in der Pufferzone dem Bewusstsein des Weltproletariats versetzt hat, das sie mit ihrer Politik demoralisiert, verwirrt, fehlerleitet und lähmt, so dass es teilweise für die imperialistischen Kampagnen zur Vorbereitung eines neuen Krieges empfänglich wird“, stellte die Vierte Internationale im April 1949 fest. „Selbst vom Standpunkt der UdSSR aus gefährden sie die Niederlagen und die Demoralisierung des Weltproletariats, die der Stalinismus verursacht hat, weit mehr, als sie die Festigung der Pufferstaaten stärkt.“⁶⁹

130. Doch diese Einschätzung wurde bald in Frage gestellt. Michel Pablo, der damalige Sekretär der Vierten Internationale, betrachtete die deformierten Arbeiterstaaten als Modell für den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, der Jahrhunderte dauern werde. An die Stelle des Klassenkampfes zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie stellte er

den Konflikt zwischen Imperialismus und Sowjetunion. „Die gesellschaftliche Wirklichkeit besteht für unsere Bewegung im Wesentlichen aus der kapitalistischen Herrschaft und der stalinistischen Welt“,⁷⁰ schrieb er 1951 und behauptete, ein bevorstehender Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion werde die Form eines weltweiten Bürgerkriegs annehmen und die Sowjetbürokratie zwingen, die Geburtshelferin der sozialen Revolution zu spielen.

131. Diese Perspektive lief auf die Liquidation der Vierten Internationale und ihres Kaders hinaus. Wenn die stalinistische Bürokratie unter dem Druck objektiver Ereignisse zum Werkzeug der sozialistischen Revolution werden konnte, war der Aufbau unabhängiger revolutionärer Parteien überflüssig und sogar hinderlich, dann war es notwendig, „alle organisatorischen Erwägungen betreffs formaler Eigenständigkeit der wirklichen Integration in die Massenbewegung, wie sie sich in jedem Land ausdrückt, unterzuordnen“, wie Pablo folgerte. Er zwang ganze Sektionen, sich als unabhängige Organisationen aufzulösen und in stalinistische Parteien einzutreten; eine Taktik, die er als „Entrismus sui generis“ bezeichnete.⁷¹

132. Diese Perspektive übertrugen die Pablisten auch auf die reformistischen Parteien und Gewerkschaften und auf die bürgerlich-nationalistischen Bewegungen in den Kolonialländern. Unter der Führung Ernest Mandels spezialisierte sich das pablistische Vereinigte Sekretariat darauf, theoretische und politische Formeln zu entwickeln, die den bürokratischen Apparaten und anderen nicht-proletarischen Kräften eine revolutionäre Rolle zuschrieben. Es ersetzte den Marxismus durch eine objektivistische Methode, welche die Bedeutung der revolutionären Partei für die Entwicklung der Weltrevolution leugnete: „Der Standpunkt des Objektivismus besteht darin, zu betrachten anstatt praktisch revolutionär zu handeln, zu beobachten anstatt zu kämpfen, zu rechtfertigen, was geschieht, anstatt zu erklären, was getan werden muss. Diese Methode lieferte die theoretische Untermauerung für eine Perspektive, in der der Trotzismus nicht mehr als die Lehre zur Anleitung der praktischen Tätigkeit der Partei gesehen wurde, die entschlossen ist, die Macht zu erobern und den Verlauf der Geschichte zu ändern, sondern als eine allgemeine Interpretation eines historischen Prozesses, in dessen Verlauf der Sozialismus letztlich unter der Führung nicht-proletarischer Kräfte errichtet wird, die der Vierten Internationale feindlich gegenüberstehen. Insofern dem Trotzismus überhaupt eine direkte Rolle im Gang der Ereignisse zugeschrieben wurde, dann bestand sie lediglich in einer Art unterbewusstem

⁶⁹ ebd., S. 162–163

⁷⁰ ebd., S. 187

⁷¹ ebd., S. 195

geistigen Prozess, der unbewusst die Aktivitäten der Stalinisten, Neostalinisten, Halbstalinisten und natürlich der kleinbürgerlichen Nationalisten dieser oder jener Prägung anleitete.“⁷²

133. Der pablistische Revisionismus stieß innerhalb der Vierten Internationale auf Widerstand. 1952 lehnte die Mehrheit der französischen Sektion Pablos Kurs ab und wurde deshalb mit bürokratischen Methoden ausgeschlossen. 1953 unterzog die amerikanische Socialist Workers Party den pablistischen Revisionismus einer vernichtenden Kritik. SWP-Führer James P. Cannon wandte sich in einem Offenen Brief an alle orthodoxen Trotzlisten der Welt. Er bekräftigte die Grundsätze, auf denen die Vierte Internationale seit ihrer Gründung beruhte, und fasste sie wie folgt zusammen:

1. Der Todeskampf des kapitalistischen Systems droht, die Zivilisation durch immer schlimmere Depressionen, Weltkriege und barbarische Erscheinungen wie den Faschismus zu zerstören. Die Entwicklung von Atomwaffen unterstreicht heute diese Gefahr auf das Ernsteste und Nachdrücklichste.

2. Der Sturz in den Abgrund kann nur verhindert werden, indem der Kapitalismus weltweit durch eine sozialistische Planwirtschaft ersetzt und so die Spirale des Fortschritts, die der Kapitalismus in seiner Frühzeit in Gang gesetzt hat, wieder aufgenommen wird.

3. Dies kann nur unter der Führung der Arbeiterklasse geschehen, da sie die einzige wahrhaft revolutionäre Klasse in der Gesellschaft ist. Doch die Arbeiterklasse selbst ist mit einer Krise der Führung konfrontiert, obwohl die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse auf Weltebene noch nie so günstig wie heute dafür waren, dass die Arbeiter den Weg der Machteroberung beschreiten können.

4. Um sich für die Durchsetzung dieses welthistorischen Zieles zu organisieren, muss die Arbeiterklasse in jedem Land eine revolutionäre Partei nach dem Muster, wie es Lenin entwickelt hat, aufbauen; d.h. eine Kampfpartei, die in der Lage ist, Demokratie und Zentralismus dialektisch zu vereinen – Demokratie in der Entscheidungsfindung, Zentralismus bei der Durchführung dieser Beschlüsse; mit einer Führung, die von den einfachen Mitgliedern kontrolliert wird, Mitgliedern, die fähig sind, diszipliniert vorzugehen, auch wenn sie unter Feuer stehen.

5. Das Haupthindernis hierfür ist der Stalinismus, der dadurch, dass er das Ansehen der Oktoberrevolution von 1917 in Russland ausnutzt, Arbeiter anzieht, nur um dann später ihr Vertrauen zu

missbrauchen und sie entweder in die Arme der Sozialdemokratie, in Apathie oder zurück zu Illusionen über den Kapitalismus zu treiben. Der Preis für diese Verräterei hat dann das arbeitende Volk zu zahlen, in Form einer Stärkung faschistischer oder monarchistischer Kräfte und durch neue Kriege, die der Kapitalismus hervorbringt und vorbereitet. Seit ihrer Gründung stellte sich die Vierte Internationale als eine ihrer Hauptaufgaben den Sturz des Stalinismus innerhalb und außerhalb der UdSSR.

6. Viele Sektionen der Vierten Internationale sowie Parteien und Gruppen, die mit ihrem Programm sympathisieren, stehen vor der Notwendigkeit einer flexiblen Taktik. Es ist daher umso dringender, dass sie wissen, wie man den Imperialismus und all seine kleinbürgerlichen Agenturen (wie z.B. nationalistische Organisationen und Gewerkschaftsbükratien) bekämpft, ohne vor dem Stalinismus zu kapitulieren; dass sie umgekehrt wissen, wie man gegen den Stalinismus kämpft (der letzten Ende eine kleinbürgerliche Agentur des Imperialismus ist) ohne vor dem Imperialismus zu kapitulieren.⁷³

134. Der Offene Brief verdeutlichte anhand des DDR-Aufstands vom 17. Juni die politischen Konsequenzen des pablistischen Revisionismus. Pablo hatte auf den Aufstand mit der Behauptung reagiert, die Führer der Kommunistischen Parteien würden sich nun gezwungen sehen, „noch weitgehendere und ehrlichere Zugeständnisse zu machen, um nicht Gefahr zu laufen, endgültig die Unterstützung der Massen zu verlieren und noch heftigere Explosionen zu provozieren“. Der Offene Brief kommentierte das mit den Worten: „Anstatt klar und deutlich die revolutionären politischen Hoffnungen der aufständischen ostdeutschen Arbeiter zum Ausdruck zu bringen, deckte Pablo die konterrevolutionären stalinistischen Statthalter, die sowjetische Truppen einsetzten, um den Aufstand niederzuschlagen ... Anstatt den Rückzug der sowjetischen Truppen – der einzigen Kraft, die die stalinistische Regierung an der Macht hielt – zu fordern, nährte Pablo die Illusion, die Gauleiter des Kreml würden ‚noch weitergehende und ehrlichere Zugeständnisse‘ machen. Hätte Moskau sich eine bessere Unterstützung wünschen können, als es sich daran machte, die enorme Bedeutung jener Ereignisse auf das Ungeheuerlichste zu verfälschen und die aufständischen Arbeiter als ‚Faschisten‘ und ‚Agenten des amerikanischen Imperialismus‘ zu verleumden und eine Welle brutaler Unterdrückung zu entfesseln.“⁷⁴

135. Der Offene Brief gelangte zum Schluss: „Der Graben zwischen Pablos Revisionismus und dem or-

⁷² ebd., S. 191

⁷³ ebd., S. 231–232

⁷⁴ ebd., S. 234–235

thodoxen Trotzismus ist so tief, dass weder ein politischer noch ein organisatorischer Kompromiss möglich ist.“ Es sei Zeit „dass die orthodox-trotzkistische Mehrheit der Vierten Internationale ihren Willen gegen Pablos Machtanmaßung durchsetzt.“ Cannons Offener Brief wurde unter anderem von der britischen Sektion und der ausgeschlossenen französischen Mehrheit unterstützt. Er bildete die Grundlage für die Gründung des Internationalen Komitees der Vierten Internationale.⁷⁵

XVIII. Die Liquidation der deutschen Sektion durch den Pablismus

136. Trotz blutiger Verfolgung war es den Nationalsozialisten und den Stalinisten während des Zweiten Weltkriegs nicht gelungen, die trotzkistische Bewegung in Deutschland zu zerstören. Unmittelbar nach Kriegsende nahmen die Internationalen Kommunisten Deutschlands (IKD) ihre politische Aktivität innerhalb des Landes wieder auf. Allein die Berliner Gruppe umfasste mehr als 50 Mitglieder. Ihr Leiter Oskar Hippe, der das Nazi-Regime in Deutschland überlebt hatte, wurde 1948 von den Stalinisten verhaftet und verbrachte die folgenden acht Jahre in DDR-Gefängnissen. Aber erst der Pablismus liquidierte die deutsche Sektion und unterbrach damit die historische Kontinuität. Das hatte zur Folge, dass in der Studentenbewegung der 60er Jahre kleinbürgerlich und stalinistisch geprägte Strömungen völlig unwidersprochen den Ton angeben konnten. Als der Bund Sozialistischer Arbeiter 1971 als deutsche Sektion des Internationalen Komitees gegründet wurde, gab es innerhalb Deutschlands keinen trotzkistischen Kader mehr.

137. Nach dem Krieg bekämpften die deutschen Trotzisten die von den Stalinisten vertretene Kollektivschuldthese, die von ihrer eigenen Verantwortung für Hitlers Machtergreifung ablenkte und die Arbeiterklasse für den Faschismus verantwortlich machte. Sie setzten sich für den Aufbau einer neuen revolutionären Partei ein. In einer politischen Plattform der IKD von 1948 hieß es: „Die erste und grundsätzliche Voraussetzung, von der jeder deutsche Sozialist heute ausgehen muss, ist die Erkenntnis, dass sich die Politik der beiden traditionellen ‚Arbeiterparteien‘ KPD-SED und SPD in eine ausweglose Sackgasse verrannt hat. Beide Parteien werden in ihrem Handeln nicht von den Klasseninteressen der Arbeiter, sondern von den Großmachtinteressen der Sowjetbürokratie bzw. des westlichen Imperialismus geleitet. Jeder Versuch zu einer ‚Reformierung‘ dieser Parteien oder einer von ihnen ist zum Scheitern verurteilt. ... Nach dem Zusammenbruch des faschistischen Regimes ist die Schaf-

fung einer neuen revolutionären Partei des Proletariats die erste Aufgabe der sozialistischen Politik in Deutschland geworden.“⁷⁶

138. Doch die IKD brach bald mit dieser Perspektive. Sie trat für die Gründung eines zentristischen Sammelbeckens ein, oder – wie sie es formulierte – „die Zusammenfassung der unabhängigen linken Gruppen in einer Organisation, die einen für die Arbeiterschaft sichtbaren Faktor darstellt“,⁷⁷ und schloss sich 1951 mit KPD-Mitgliedern, die den jugoslawischen Staatschef Tito unterstützten, zur Unabhängigen Arbeiterpartei Deutschlands (UAPD) zusammen. Deren Programm beschränkte sich auf reformistische Forderungen und enthielt keinen Hinweis auf den Sozialismus oder auf die Vierte Internationale. Die UAPD brach trotz finanzieller Unterstützung aus Jugoslawien innerhalb weniger Monate zusammen.

139. Nun löste sich die IKD entsprechend Pablos Taktik des *Entrismus sui generis* in der SPD auf. Sie erklärte ausdrücklich, dass es nicht ihr Ziel sei, innerhalb der SPD für das Programm der Vierten Internationale zu kämpfen: „Im augenblicklichen Stadium der Entwicklung des Massenbewusstseins stehen die programmatischen Diskussionen innerhalb der breiten Organisationen nicht im Vordergrund.“ Der SPD schrieb die IKD ein revolutionäres Potential zu. Sie werde durch „gesellschaftliche Triebkräfte ... unabhängig von dem Willen ihrer derzeitigen Führung in immer schärfere Frontstellung zu dem gesamten Bürgertum“ getrieben. Die führenden deutschen Pablisten Georg Jungclas und Jacob Moneta übernahmen in den 1950er und 1960er Jahren wichtige Aufgaben in der SPD- und Gewerkschaftsbürokratie. Sie standen in engem Kontakt zu führenden SPD-Mitgliedern wie Hans-Jügen Wischniewski und Peter von Oertzen. Moneta leitete ab 1962 die einflussreichen Gewerkschaftszeitungen *Metall* und *Der Gewerkschafter*. Als die SPD 1961 den Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) aus der Partei ausschloss, weigerte sich die von den Pablisten kontrollierte Publikation *Sozialistische Politik* (SOPÖ), ihn zu verteidigen, weil sie fürchtete, „in die Unvereinbarkeitsbeschlüsse einbezogen und damit ihrer Existenz beraubt“ zu werden.⁷⁸

140. Die Pablisten traten erst 1969 – drei Jahre nachdem die SPD in die Große Koalition eingetreten war und sich eine mächtige außerparlamentarische Opposition dagegen entwickelt hatte – mit der Gruppe Internationale Marxisten (GIM) wieder eigenständig in Erscheinung. Nun passten sie sich völlig an die Führer der Studentenbewegung an. Zu den Redaktionsmitgliedern ihrer Zeitung *Was Tun?*

⁷⁵ ebd., S. 240

⁷⁶ Georg Jungclas 1902-1975. Eine politische Dokumentation, S. 150–151

⁷⁷ ebd., S. 156

⁷⁸ ebd., S. 175, 190, 253

zählten sie anfangs auch so bekannte SDS-Führer wie Rudi Dutschke, Gaston Salvatore und Günter Amendt. 1986 löste sich die GIM wieder auf. Die Mehrheit schloss sich mit der maoistischen KPD/ML zur Vereinigten Sozialistischen Partei (VSP) zusammen, eine Minderheit ging zu den Grünen. Nach der deutschen Wiedervereinigung fanden sich die bekanntesten deutschen Pablisten in der PDS wieder und berieten die SED-Nachfolger um Gregor Gysi. Jakob Moneta saß vier Jahre lang im PDS-Vorstand.

XIX. Die Socialist Labour League verteidigt den Trotzismus

141. Die internationale Stabilisierung des Kapitalismus erweiterte in den 1950er und 60er Jahren den Handlungsspielraum der reformistischen, stalinistischen und bürgerlich-nationalistischen Bewegungen. Soziale Reformen und die Unabhängigkeit ehemaliger Kolonien nährten die Illusion, durch eine Politik nationaler Reformen ließen sich dauerhafte Errungenschaften erzielen und die Widersprüche des Kapitalismus überwinden. Das Internationale Komitee kämpfte unbeugsam gegen diese Illusionen und den damit verbundenen wachsenden Druck des Revisionismus. Die führende Rolle spielten dabei die britischen Trotzisten unter der Führung Gerry Healy.

142. 1963 kapitulierte die amerikanische SWP vor dem Pablistus. Sie verwarf die Grundsätze, die sie zehn Jahre zuvor im Offenen Brief verteidigt hatte, und schloss sich mit den Pablisten zum Vereinigten Sekretariat zusammen. Die Wiedervereinigung erfolgte ohne Klärung der Streitfragen von 1953; sie wurden unter Hinweis auf eine „neue Weltrealität“ für irrelevant erklärt. Im Vordergrund stand die gemeinsame Einschätzung, dass in Kuba nach der Machtergreifung der bürgerlich-nationalistischen Guerillabewegung Fidel Castros ein Arbeiterstaat entstanden sei. Aus den Verstaatlichungsmaßnahmen des Castro-Regimes zog die SWP den Schluss, dass eine Revolution auch mit „stumpfen Waffen“ unter der Führung „unbewusster Marxisten“ gemacht werden könne, die dann unter dem Druck objektiver Umstände und ohne aktive Beteiligung der Arbeiterklasse den Sozialismus einführten. Die Bewunderung der SWP für den Castrismus und den Guerillakampf in Lateinamerika ging mit einer Anpassung an die kleinbürgerliche Protestpolitik in den Vereinigten Staaten einher.⁷⁹

143. Die britische Socialist Labour League lehnte diese Auffassung ab. Die Behauptung, kleinbürgerliche Guerillaführer könnten Arbeiterstaaten errichten, ohne dass auch nur ansatzweise Herrschaftsor-

gane der Arbeiterklasse existieren, stellte die gesamte Perspektive der proletarischen Revolution in Frage. 1961 schrieb die SLL in einem Brief an die SWP: „Ein wesentlicher Bestandteil des revolutionären Marxismus in unserer Epoche ist die Theorie, dass die nationale Bourgeoisie in den unterentwickelten Ländern unfähig ist, den Kapitalismus zu besiegen und einen unabhängigen Nationalstaat zu errichten.“ Unter Hinweis auf ähnliche Bewegungen in Afrika und Asien fuhr die SLL fort: „Trotzkisten sind nicht dazu da, die Rolle solcher nationalistischer Führer aufzuwerten. Diese verfügen *nur* deshalb über das Vertrauen der Massen, weil die sozialdemokratischen und besonders die stalinistischen Führungen verraten haben. Daher werden sie zu Puffern zwischen dem Imperialismus und den Arbeiter- und Bauernmassen. Die Möglichkeit wirtschaftlicher Hilfe aus der Sowjetunion versetzt sie oft in die Lage, gegenüber den Imperialisten höher zu pokern. Sie ermöglicht es radikaleren Elementen unter den bürgerlichen und kleinbürgerlichen Führern sogar, imperialistischen Besitz anzugreifen und größere Unterstützung bei den Massen zu gewinnen. Die entscheidende Frage für uns aber ist in jedem Fall, dass die Arbeiterklasse in diesen Ländern durch eine marxistische Partei ihre politische Unabhängigkeit herstellt, die arme Bauernschaft zum Aufbau von Sowjets führt und die notwendigen Verbindungen zur internationalen sozialistischen Revolution erkennt. In keinem Fall sollten Trotzisten unserer Meinung nach diese Strategie durch die Hoffnung ersetzen, dass die nationalistische Führung sozialistisch werde. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist die Aufgabe der Arbeiter selbst.“⁸⁰

144. In einem anderen Brief aus demselben Jahr wies die SLL eine Annäherung an die Pablisten kategorisch zurück: „Die größte Gefahr für die revolutionäre Bewegung ist das Liquidatorentum, das sich aus der Kapitulation vor der Stärke des Imperialismus, vor den bürokratischen Apparaten der Arbeiterbewegung oder vor beidem ergibt. Noch unverkennbarer als 1953 vertritt der Pablistus heute diese liquidatorische Tendenz in der internationalen marxistischen Bewegung. ... Gerade weil die Möglichkeiten, die sich dem Trotzismus eröffnen, so gewaltig sind und daher die Notwendigkeit politischer und theoretischer Klarheit so groß ist, müssen wir uns nachdrücklich gegenüber dem Revisionismus in allen seinen Formen abgrenzen. Es ist an der Zeit, die Periode zu beenden, in der der pablistische Revisionismus als eine Strömung innerhalb des Trotzismus betrachtet wurde. Wenn wir das nicht tun, können wir uns nicht für die revolutionären Kämpfe rüsten, die jetzt beginnen.“⁸¹

⁷⁹ Siehe: David North, Das Erbe, das wir verteidigen, Kapitel 20 ff.

⁸⁰ Zitiert in: ebd., S. 371–372

⁸¹ ebd., S. 369–370

145. Nur ein Jahr nach der Vereinigung der SWP mit den Pablisten bestätigten sich die Warnungen der SLL in Ceylon (Sri Lanka). Mit der Lanka Sama Samaja Party (LSSP) beteiligte sich dort 1964 erstmals eine trotzkistische Partei an einer bürgerlichen Koalitionsregierung. Die LSSP, die vorher auch unter tamilischen Arbeitern viel Unterstützung genossen hatte, beugte sich dem singhalesischen Chauvinismus und leitete so die verhängnisvolle Entwicklung ein, die zum dreißigjährigen Bürgerkrieg mit fast 100.000 Opfern führte. Das pablistische Vereinigte Sekretariat war für diesen Verrat mitverantwortlich. Es hatte eine Diskussion über den opportunistischen Kurs der LSSP systematisch unterdrückt.

146. Der beharrliche Kampf, den die britischen Trotzkisten gegen die Vereinigung der SWP mit den Pablisten führten, bereitete den Boden für die Gründung der amerikanischen Workers League (WL) und der srilankischen Revolutionary Communist League (RCL). Die Workers League ging aus einer Minderheitsfraktion hervor, die von 1961 bis 1964 unter der Führung von Tim Wohlforth innerhalb der SWP gegen deren wachsenden Opportunismus kämpfte. Sie arbeitete eng mit der britischen SLL zusammen und bemühte sich auf deren Rat, die zentralen Fragen der internationalen Perspektiven zu klären und Fraktionskonflikte über zweitrangige politische Differenzen und Organisationsfragen zu vermeiden. Auch nach dem Vereinigungskongress von 1963 strebte sie weiterhin eine prinzipielle politische Diskussion innerhalb der SWP an. Die Ereignisse in Ceylon spitzten den Konflikt in der SWP jedoch enorm zu. Die Minderheit wurde ausgeschlossen, nachdem sie in einem Brief an die SWP-Mitgliedschaft eine Diskussion über die Hintergründe des Verrats der LSSP gefordert hatte. Sie bildete das Amerikanische Komitee der Vierten Internationale (ACFI) und gründete im November 1966 die Workers League. In Ceylon führte Gerry Healy persönlich eine politische Offensive gegen den Verrat der LSSP. Sie fand unter den besten Teilen der studentischen Jugend Resonanz, die 1968 nach einem mehrjährigen politischen Klärungsprozess die Revolutionary Communist League gründeten, mit Keerthi Balasuriya als Generalsekretär. Aufgrund seines langjährigen Kampfs gegen den pablistischen Opportunismus war der Kader der WL und der RCL in den historischen Prinzipien der Vierten Internationale verankert. Im Kampf gegen die Degeneration der britischen Sektion, die 1985/86 mit dem Internationalen Komitee brach, sollte sich dies als entscheidend erweisen.

XX. Die Gründung des Bunds Sozialistischer Arbeiter

147. In den 1960er Jahren zeigte der Nachkriegsaufschwung deutliche Krisenerscheinungen. Dem amerikanischen Kapitalismus waren in Europa und Japan wirtschaftliche Rivalen erwachsen. Der Dollar geriet unter wachsenden Druck. 1966 erschütterte eine Rezession die Weltwirtschaft. 1971 kündigte die amerikanische Regierung die Goldbindung des Dollars auf und entzog damit dem Währungssystem den Boden, das die Grundlage des Nachkriegsbooms gebildet hatte. 1973 stürzte die Weltwirtschaft erneut in eine tiefe Rezession. Die Arbeiterklasse reagierte mit einer internationalen Offensive, die revolutionäre Ausmaße annahm (Frankreich 1968), die stalinistischen Regimes erschütterte (Tschechoslowakei 1969), konservative Regierungen zum Rücktritt zwang (Großbritannien 1974), Diktaturen zu Fall brachte (Griechenland 1974, Portugal 1974, Spanien 1975) und die amerikanische Niederlage in Vietnam besiegelte. 1968 brach in Deutschland, Frankreich, Italien, den USA, Japan, Mexiko und vielen anderen Ländern eine Studentenrevolte aus, die große Teile der jüngeren Generation erfasste. Die historische Krise der proletarischen Führung blieb aber ungelöst. Die stalinistischen, sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Apparate desorientieren und unterdrückten die Massenkämpfe mit Unterstützung der pablistischen Tendenzen. Sie verrieten aussichtsreiche revolutionäre Möglichkeiten und führten sie in die Niederlage. Besonders schrecklich waren die Folgen in Chile, wo die Regierung des „Sozialisten“ Allende mit Hilfe der Kommunistischen Partei die Arbeiterklasse an der Machtübernahme hinderte, bis sich das Militär unter General Augusto Pinochet am 11. September 1973 stark genug fühlte, um zu putschen und Tausende Arbeiter zu ermorden. Auch Allende selbst wurde dabei getötet. Das Unvermögen der Arbeiterklasse, die von ihren alten Organisationen errichteten Hürden zu überwinden, verschafften der Bourgeoisie die notwendige Zeit, die fragile Weltordnung zu stabilisieren und neu zu ordnen. Die Enttäuschung darüber, dass die Arbeiterklasse unfähig war, die Krise auf sozialistische Weise zu lösen, wurde von der internationalen Bourgeoisie ab 1975 für eine Gegenoffensive ausgenutzt.

148. In Deutschland kündigte sich der Wendepunkt im Klassenkampf 1963 mit einem Metallstreik in Baden-Württemberg an. Die Streikenden forderten nicht nur höhere Löhne, sondern verabschiedeten auch Resolutionen gegen die geplanten Notstandsgesetze. Die Unternehmer reagierten, indem sie zum ersten Mal seit 1928 Hunderttausende Arbeiter aussperrten. Im Ruhrgebiet mobilisierten die Bergarbeiter gleichzeitig gegen das Zechenster-

ben. Die christlich-liberale Koalition Ludwig Erhards erwies sich als unfähig, der Arbeiterklasse ein Sparprogramm („Maß halten“) zu diktieren. Sie wurde 1966 durch die Große Koalition abgelöst. Zum ersten Mal seit Ende der 1920er Jahre sah sich die Bourgeoisie gezwungen, die Sozialdemokratie in die Regierung zu holen, um die Arbeiterklasse unter Kontrolle zu halten. Unter Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger (CDU), einem früheren NSDAP-Mitglied, übernahm Willy Brandt das Amt des Außenministers und Vizekanzlers. Die wichtigste Aufgabe der Großen Koalition bestand in der Verabschiedung der Notstandsgesetze. Dagegen entwickelte sich eine breite außerparlamentarische Opposition, die 1967/68 in die Studentenrevolte mündete. 1969 folgten die Septemberstreiks, eine Welle spontaner Arbeitsniederlegungen in der Stahl- und Metallindustrie, die der Kontrolle der Gewerkschaftsbürokratie zeitweise entglitten.

149. Die politische Elite reagierte, indem sie die Große durch die Kleine Koalition ablöste und Brandt an die Spitze der Regierung stellte. Die FDP, bisher am rechten Rand des politischen Spektrums angesiedelt, wechselte die Seiten und verschaffte ihm die nötige Mehrheit. Das ehemalige SAP-Mitglied Brandt brachte die Lage durch umfangreiche soziale Zugeständnisse unter Kontrolle. In der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst kam es zu hohen Tarifabschlüssen. Die Jugend wurde durch ein Reform- und Bildungsprogramm „von der Straße geholt“. Der Anteil der Abiturienten stieg von 5 Prozent aller Jugendlichen in den 1960er auf 30 Prozent in den 1970er Jahren. Die Zahl der Arbeitsplätze für Mittel- und Hochschulabsolventen an Universitäten, Forschungsinstituten, Krankenhäusern, Schulen, Sozialeinrichtungen und Verwaltung wurde stark vermehrt. Der Einfluss der SPD erreichte in diesen Jahren seinen Zenit: Bei der Bundestagswahl 1972 erhielt sie 46 Prozent der abgegebenen Stimmen, die Mitgliederzahl überschritt die Million. Gleichzeitig grenzte Brandt alle aus, die nicht bereit waren, sich in die bürgerliche Ordnung einzufügen. Der Radikalenerlass von 1972 bedeutete für Tausende Berufsverbot, an deren Eintreten für die „freiheitliche demokratische Grundordnung“ Zweifel bestanden. Er übte einen ungeheuren Druck aus, sich anzupassen und jeder antikapitalistischen Zielsetzung abzuschwören.

150. Auch in der Außenpolitik leistete Brandt der herrschenden Klasse einen wichtigen Dienst. Er verbesserte die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Osteuropa und beendete die Blockadehaltung gegenüber der DDR. Seine Ostpolitik, die anfangs in konservativen Kreisen auf heftigen Widerstand stieß, verschaffte der deutschen Wirtschaft Zugang zu neuen Absatzmärkten in Osteuropa und der Sowjetunion, die sie dringend benötigte, um die Auswirkungen der Rezession zu überwinden.

Langfristig untergrub die Ostpolitik die Stabilität der osteuropäischen Regime.

151. Vor dem Hintergrund der Offensive im Klassenkampf fand die Perspektive des Internationalen Komitees in Deutschland Unterstützung. Am 18. und 19. September 1971 gründeten junge Arbeiter und Studenten in Hannover den Bund Sozialistischer Arbeiter, der vom Internationalen Komitee als deutsche Sektion anerkannt wurde. Die Wiederaufnahme der historischen Kontinuität bedeutete eine gewaltige politische und theoretische Herausforderung. Der Verrat zweier Massenparteien und die daraus resultierenden Katastrophen hatten im Bewusstsein der deutschen Arbeiterklasse tiefe Spuren hinterlassen, ebenso das zentristische Erbe von USPD und SAP, die Verbrechen des Stalinismus und die Wiederbelebung des sozialdemokratischen Reformismus. Hinzu kam, dass das intellektuelle und kulturelle Leben durch die antimarxistischen Theorien der Studentenbewegung geprägt wurde. Diese Herausforderungen konnten nicht allein durch taktische und organisatorische Initiativen gelöst werden, mochten diese für sich betrachtet auch noch so korrekt sein. Der Aufbau einer Sektion des Internationalen Komitees in Deutschland erforderte eine systematische programmatische, historische und theoretische Arbeit. Eine solche Arbeit wurde durch das Anwachsen opportunistischer Tendenzen innerhalb des Internationalen Komitees erschwert. Die französische Organisation Communiste Internationaliste (OCI) hatte sich bereits in den 1960er Jahren vom Kampf gegen den Pablismus abgewandt und 1971 mit dem Internationalen Komitee gebrochen. Die britische Sektion, die aufgrund ihrer Geschichte über große politische Autorität verfügte, ging in den 1970er Jahren denselben Weg. Sie legte dem BSA große Hindernisse in den Weg und drängte ihn in eine opportunistische Richtung. Der BSA widerstand diesem Druck, doch erst die Spaltung von der WRP im Winter 1985/86 versetzte ihn in die Lage, sich das theoretische und politische Erbe der Vierten Internationale umfassend anzueignen.

XXI. Der Konflikt mit der OCI und der Fraktionskampf in der IAK

152. Der BSA ging aus einer marxistischen Minderheitsfraktion innerhalb der Gruppe Internationale Arbeiterkorrespondenz (IAK) hervor, die auf Initiative der französischen OCI entstanden war und eng mit dieser zusammenarbeitete. Die OCI hatte 1963 eine Delegation nach Deutschland geschickt, um über die politischen Lehren aus dem baden-württembergischen Metallerstreik zu diskutieren. Die Vertreter der OCI traten dabei offen als Trotzkisten auf, übersetzten und verbreiteten das Übergangsprogramm und organisierten Diskussionen über Trozki's Schriften. Sie standen mit den unter-

schiedlichsten Leuten in Kontakt: Mit Sozialdemokraten, die ein linkes Image brauchten, wie dem späteren Bundesminister Hans Matthöfer und dem Außenpolitikexperten Karsten Voigt, mit radikalisierten Politik- und Soziologiestudenten, aber auch mit Arbeitern, Studenten und Lehrlingen, die ernsthaft nach einer Alternative zu Sozialdemokratie und Stalinismus suchten. Unter ihnen befand sich auch Ulrich Rippert, der heutige Vorsitzende der PSG, der sich 1969 als 18-jähriger Metallerlehrling in Frankfurt der IAK anschloss. Ab Sommer 1965 gab eine Gruppe von Politik- und Soziologiestudenten aus dem Frankfurter Fetscher-Seminar, die in engem Kontakt mit der OCI stand, ein hektographiertes Informationsblatt namens *Internationale Arbeiterkorrespondenz* heraus. Ihr schloss sich Ende der 60er Jahre eine weitere Studentengruppe aus Bochum an.

153. Die OCI war zu dieser Zeit noch Mitglied des Internationalen Komitees, ging aber zunehmend auf politische Distanz. Im Kampf gegen die Wiedervereinigung der SWP mit den Pablisten hatte sie 1963 nur eine untergeordnete Rolle gespielt und die Auseinandersetzung der SLL überlassen. 1966 unterstützte sie auf dem Dritten Weltkongress des Internationalen Komitees noch einen Antrag der SLL, der hervorhob, dass die Vierte Internationale die Bemühungen der Revisionisten, sie zu zerstören, erfolgreich abgewehrt habe. Doch bereits ein Jahr später erklärte die OCI, das Internationale Komitee sei „nicht die Führung der Vierten Internationale“. Diese sei „unter dem Druck feindlicher Klassenkräfte zerstört worden“ und müsse neu aufgebaut werden.⁸² Der „Wiederaufbau der Vierten Internationale“ wurde zum Schlagwort, mit dem sie sich von den programmatischen Grundsätzen distanzierte, die das Internationale Komitee gegen den Pablismus verteidigt hatte. Die britische SLL wies dies zurück: „Die Zukunft der Vierten Internationale ist im angestauten Hass von Millionen Arbeiter gegen die Stalinisten und Reformisten enthalten, die ihre Kämpfe verraten. ... Nur der Kampf gegen den Revisionismus kann den Kader darauf vorbereiten, die Führung der Millionen Arbeiter zu übernehmen, die in den Kampf gegen den Kapitalismus und die Bürokratie hinein gezogen werden. ... Der lebendige Kampf gegen den Pablismus und das Training von Kadern und Parteien auf der Grundlage dieses Kampfs war in den Jahren seit 1952 das Leben der Vierten Internationale.“⁸³

154. Die SLL warnte die OCI vor den Konsequenzen ihrer Skepsis gegenüber dem Internationalen Komitee: „Die Radikalisierung der Arbeiter in West-

europa schreitet jetzt rasch voran, besonders in Frankreich ... In einem solchen Entwicklungsstadium besteht immer die Gefahr, dass eine revolutionäre Partei nicht in revolutionärer Weise auf die Lage in der Arbeiterklasse reagiert, sondern sich an das Niveau anpasst, auf das die Arbeiter durch ihre eigene Erfahrung unter der alten Führung beschränkt sind, d.h. an die unvermeidliche anfängliche Verwirrung. Solche Revisionen des Kampfs für die unabhängige Partei und das Übergangsprogramm werden üblicherweise unter dem Deckmantel ‚näher an die Arbeiterklasse‘, ‚Einheit mit allen, die sich im Kampf befinden‘, ‚keine Ultimaten stellen‘, ‚kein Dogmatismus‘ usw. versteckt.“⁸⁴

155. Diese Warnung sollte sich 1968 bestätigen. Als die Studentenrevolte und der Generalstreik Frankreich an den Rand einer Revolution führten, reagierte die OCI auf zentristische und nicht auf revolutionäre Weise. Sie stellte die Vorherrschaft der Stalinisten nicht in Frage, die den Generalstreik schließlich abwürgten. Ihr Programm beschränkte sich darauf, die Einheit der verfeindeten Gewerkschaftsverbände und ein „zentrales Streikkomitee“ zu fordern, ohne dass sie dies mit sozialistischen Lösungen verbunden hätte. Der Frage der Macht wich sie systematisch aus – selbst als Arbeiter die Forderung nach einer „Volksregierung“ erhoben und Präsident de Gaulle ins Ausland floh. Die OCI verlangte nie, dass die Kommunistische Partei und die Gewerkschaft CGT eine Regierung bilden. Eine systematische Agitation in dieser Richtung hätte den Konflikt zwischen den Arbeitern und den Stalinisten verschärft und deren Glaubwürdigkeit stark unterhöhlt.

156. Unter dem Druck Tausender neuer Mitglieder, die 1968 in ihre Reihen strömten, bewegte sich die OCI in den folgenden Jahren scharf nach rechts und endete im Schlepptau der Sozialistischen Partei. Deren Leitung wurde 1971 von François Mitterrand übernommen, einem bürgerlichen Politiker, der seine politische Karriere unter dem Vichy-Regime begonnen und in der Vierten Republik als Justiz- und Innenminister gedient hatte. Mitterrand entwickelte einen politischen Mechanismus, mit dem die französische Bourgeoisie die Krise von 1968 überwinden und ihre Herrschaft in den folgenden Jahrzehnten sichern konnte – das „Bündnis der Linken“, in das er auch die Kommunistische Partei einband. Nach Mitterrands Wahl zum Präsidenten übernahm das Linksbündnis 1981 die Regierung und stellte in den nächsten einundzwanzig Jahren mit kurzen Unterbrechungen den Regierungschef. Die OCI unterstützte Mitterrand, feierte das „Bündnis der Linken“ als Verwirklichung der „Arbeitereinheitfront“ und schickte 1971 zahlreiche Mitglieder in die Sozialistische Partei. Eines von ihnen, Lionel

⁸² Statement by the OCI, May 1967, in: *Trotskyism versus Revisionism*, Volume 5, London 1975, S. 91–92

⁸³ Reply to the OCI by the Central Committee of the SLL, June 19, 1967, in: ebd., S. 107, 114

⁸⁴ ebd., S. 113-114

Jospin, stieg zum engsten Mitarbeiter Mitterrands auf und wurde 1997 sogar französischer Premierminister. Auf internationaler Ebene bildete die OCI einen Block mit zentristischen Organisationen gegen das Internationale Komitee. In Bolivien verteidigte sie den Partido Obrero Revolucionario (POR) Guillermo Loras, eine pablistische Organisation, die auf die Stalinisten und das „linke“ Militärregime von Juan José Torres vertraute und so den Weg für die blutige Militärdiktatur Hugo Banzers ebnete.

157. Die Rechtsentwicklung der OCI löste innerhalb der IAK heftige Konflikte aus. Anfangs hatte sich die IAK noch deutlich von der SPD und der Gewerkschaftsbürokratie abgegrenzt. In der Studentenbewegung war sie – im Unterschied zu den stalinistischen und anarchistischen Strömungen des SDS – für eine Orientierung auf die Arbeiterklasse eingetreten und hatte betont, dass dies nur im Kampf gegen die sozialdemokratische und die Gewerkschaftsbürokratie möglich sei. So hatte sie 1968 erklärt: „Die Arbeiterbürokratien helfen der herrschenden Klasse bei ihrer Aufgabe, die Kämpfe der Studenten zu isolieren. Nur durch den Kampf gegen diese Bürokratien können die Studenten die Verbindung herstellen zu den Kämpfen der Arbeiterklasse, indem sie teilnehmen am Kampf für den Aufbau der revolutionären Organisation des Proletariats.“⁸⁵

158. Doch kurz bevor Willy Brandt 1969 Bundeskanzler wurde, änderte die IAK ihre Haltung. Sie trat geschlossen der SPD bei und behauptete, man könne mit Hilfe dieser Partei eine Arbeiterregierung errichten: „Die Forderung nach der Arbeiterregierung, gerichtet an die Sozialdemokratie, ist nicht allein eine Taktik, die SPD zu entlarven. Wir gehen vielmehr davon aus, dass die Klassenkämpfe sich soweit verschärfen werden, dass die Apparate in ihrem Bruch mit der Bourgeoisie weiter zu gehen gezwungen sein können, als sie ihrer konterrevolutionären Ideologie nach wollen. So ist eine sozialdemokratische Arbeiterregierung durchaus möglich, nämlich dann, wenn die Kontrolle der Sozialdemokratie über die arbeitenden Massen nur erhalten bleiben kann, wenn eine sozialdemokratische Alleinregierung Eingriffe in die Macht einzelner Kapitalisten oder Kapitalistengruppen vollzieht.“⁸⁶ Das war ein klassischer pablistischer Standpunkt: Der Weg zur Arbeitermacht führte nicht über die unabhängige Mobilisierung der Arbeiterklasse unter dem Banner der Vierten Internationale; dieses Ziel konnte auch mithilfe der SPD erreicht werden, wenn die Arbeiterklasse entsprechenden Druck auf sie ausübte.

159. Die IAK lehnte es ausdrücklich ab, innerhalb der SPD für eine sozialistische Perspektive zu kämpfen. Stattdessen beschränkte sie sich auf gewerkschaftliche Forderungen, die sie als „Übergangsforderungen“ bezeichnete: „Wie die Massen in ihrer ersten Mobilisierungsstufe die Übergangsforderungen aufgreifen, ohne sich bewusst zu sein, damit für die Machteroberung zu kämpfen, so bauen wir eine Organisation um den ‚Sozialdemokratischen Arbeiter‘ auf, ohne dass wir die Arbeiter auffordern, der IV. Internationale und ihrem vollen Programm beizutreten, für das wir aber immer offen bereit sind zu kämpfen. Diese um den ‚Sozialdemokratischen Arbeiter‘ aufzubauende Strömung und dann Organisation steht nicht auf dem Programm der IV. Internationale.“⁸⁷ Während sich die Bourgeoisie auf Willy Brandt stützte, um die Offensive der Arbeiterklasse und Jugend unter Kontrolle zu halten, ordnete sich die IAK der SPD unter und versah sie mit einem linken Feigenblatt.

160. Die IAK entwickelte auch eine politische Formel zur Unterstützung von Brandts Ostpolitik. War sie bisher für die Wiedervereinigung Deutschlands durch die Arbeiterklasse auf sozialistischer Grundlage eingetreten, verlangte sie ab 1969 die sofortige Wiedervereinigung ohne jede Vorbedingung. In der ersten Ausgabe ihrer SPD-internen Fraktionszeitschrift erklärte sie im Frühjahr 1971, Willy Brandt habe „von der gesamten deutschen Arbeiterklasse“ den Auftrag erhalten, „für die nationale Selbstbestimmung“ und „für die Wiedervereinigung sofort“ einzutreten.⁸⁸ Sie rechtfertigte so das Vordringen deutschen Kapitals nach Osteuropa, das den Kern von Brandts Ostpolitik bildete, und vertauschte die linke Opposition gegen den Stalinismus mit dem rechten Antikommunismus der SPD. Als zwanzig Jahre später das SED-Regime zusammenbrach und Willy Brandt an der Seite von Helmut Kohl für die deutsche Einheit warb, bezeichneten die Nachfolger der IAK die DDR in offen antikommunistischer Diktion als „Gefängnis für 17–18 Millionen deutsche Frauen, Männer und Kinder“ und feierten den Mauerfall als Triumph des „deutschen Volkes“, das nun „endlich gemeinsam seine Einheit feiern“ könne.⁸⁹

161. Gegen diesen rechten Kurs formierte sich 1970 in enger Zusammenarbeit mit der britischen SLL die marxistische Minderheitsfraktion, aus der

⁸⁷ Internes IAK-Bulletin März 1971. „Sozialdemokratischer Arbeiter“ sollte ursprünglich die Zeitschrift heißen, die die IAK innerhalb der SPD herausgab. Sie erschien dann aber unter dem Titel *Sozialistische Arbeiterpolitik – Organ für eine Arbeiterpolitik in der SPD*.

⁸⁸ Wer wir sind und was wir wollen, in: *Sozialistische Arbeiterpolitik – Organ für eine Arbeiterpolitik in der SPD*, 1. Mai 1971

⁸⁹ Aufruf der „Vereinigung der Arbeitskreise für Arbeitnehmerpolitik und Demokratie im vereinten Deutschland“ (VAA) zur Bundestagswahl 1990, zitiert in: *Das Ende der DDR*, Arbeiterpresse Verlag: Essen 1992, S. 447

⁸⁵ Adresse der IAK an die außerordentliche Delegierten-Konferenz des SDS, März 1968, in der Broschüre: *Der Kampf der Studenten und die Rolle des SDS*

⁸⁶ IAK Nr. 28, März 1970

ein Jahr später der BSA hervorging. Sie lehnte die Unterordnung unter die SPD ab. In seinem Gründungsmanifest bekräftigte der BSA seine unveröhnliche Opposition gegen die sozialdemokratische Bürokratie und die Notwendigkeit, eine unabhängige, revolutionäre Partei aufzubauen: „Die Arbeiterklasse ist in Gefahr, in revolutionäre Kämpfe zu gehen ohne klares Bewusstsein der wirklichen Perspektive des Kapitalismus und mit Illusionen in die feige klassenkompromisslerische alte Führung. ... Jeder Kampf gegen die Konzertierte Aktion und Lohnpolitik der Regierung, gegen die Neufassung des Betriebsverfassungsgesetzes, gegen Rationalisierungsmaßnahmen und Schließungen von Fabriken, gegen Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit, gegen die hohen Mieten und gegen die Kürzung der staatlichen Ausgaben für öffentliche Dienste muss konzentriert werden auf den Aufbau dieser alternativen Führung der Arbeiterklasse.“

162. Der Fraktionskampf innerhalb der IAK spitzte sich 1971 rasch zu. Auf einer Schulung in Fallingbommel bei Hannover, an der auch Vertreter der SLL und der amerikanischen Workers League teilnahmen, kam es zu heftigen Auseinandersetzungen über Lenins „Was tun?“. Die IAK-Mehrheit bezeichnete Lenins Auffassung, der Sozialismus müsse von außen in die Arbeiterklasse getragen werden, als „blanken Idealismus“ und vertrat ein spontaneistisches Konzept. Die Aufgabe von Marxisten bestehe darin, alle spontanen Kämpfe zu vereinen. Dies sei das Wesen der „Strategie der Arbeitereinheit“. Aus den spontanen Kämpfen heraus entwickelten sich dann natürliche Organisatoren der Klasse. Es sei notwendig, Komitees und Aktionsformen zu entwickeln, in denen sich diese natürlichen Organisatoren sammeln und durch ihre eigene Erfahrung zu Marxisten entwickeln könnten. Die Minderheit erklärte diesen Auffassungen den Krieg. In einem Brief „Über den Sinn der Minderheitsfraktion“ schrieb sie: „Der prinzipielle Kampf gegen die von der Leitung der IAK repräsentierte kleinbürgerliche Kreuzung von radikalem Protest und opportunistischer Anpassung an die Interessen der verräterischen Arbeiterbürokratie ist im Kern ein Kampf gegen die gesamte Tendenz in unserer Gesellschaft, die in Form zahlreicher unabhängiger Gruppen und Tendenzen in der SPD (Jusos) und Gewerkschaften die Arbeiterklasse und die Jugend hindern, den Weg zum Marxismus zu finden. Der theoretische und politische Kampf gegen diese aus der kleinbürgerlichen Studentenbewegung geborene und genährte Tendenz ist unumgänglich für die Entwicklung des Marxismus in Deutschland.“⁹⁰

163. 1971 stellte sich die OCI offen gegen das Internationale Komitee. Im Juli organisierte sie eine

internationale Jugendversammlung in Essen, zu der sie auch zentristische und offen rechte Organisationen einlud. Gemeinsam mit ihnen stimmte sie gegen einen Antrag der SLL, der die historische Kontinuität des Internationalen Komitees bekräftigte und feststellte, dass es außerhalb der Vierten Internationale keine revolutionären Parteien gebe. Einen Monat später putschte in Bolivien das Militär. Als die Workers League und die SLL darauf eine Kritik an Loras POR veröffentlichten, die für diese Katastrophe mitverantwortlich war, wurden sie von der OCI öffentlich angegriffen und der Kapitulation vor dem Imperialismus beschuldigt. Im September gründete die marxistische Minderheit der IAK dann den BSA, und im Oktober erklärte die Mehrheit des Internationalen Komitees die Spaltung mit der OCI.

XXII. Der BSA unter dem Einfluss der WRP

164. Im Gegensatz zu der enormen Geduld und Hartnäckigkeit, mit der sie 1963 die Auseinandersetzung mit der SWP geführt hatte, gab sich die SLL 1971 wenig Mühe, die politischen Fragen zu klären, die zur Spaltung mit der OCI geführt hatten. Sie vollzog den Bruch in großer Hast und ohne ausführliche Diskussion im Internationalen Komitee und in der Mitgliedschaft der Sektionen. Sie unternahm auch keinen ernsthaften Versuch, innerhalb der OCI eine Fraktion aufzubauen. Die Spaltung glich eher einer Scheidung in gegenseitigem Einvernehmen. Vom Standpunkt der Erziehung und Klärung der Kader kam die Spaltung „entschieden verfrüht“, wie das Internationale Komitee später in einer Analyse des Niedergangs der WRP feststellte. „Sie stellte einen Rückzug der Socialist Labour League von den internationalen Verantwortlichkeiten dar, die sie 1961 übernommen hatte, als sie den Kampf gegen die Degeneration der Socialist Workers Party aufnahm.“⁹¹

165. Später begründete die SLL ihr Ausweichen vor der Klärung programmatischer Fragen mit der Behauptung, die politischen Differenzen mit der OCI seien lediglich ein Nebenprodukt philosophischer Meinungsverschiedenheiten. Die Spaltung drehe sich nicht „um politische Positionen zu bestimmten Fragen“, sondern rühre „an die Grundlagen der Vierten Internationale – die marxistische Theorie“. Die SLL habe „aus der Erfahrung des Aufbaus der revolutionären Partei in Großbritannien gelernt, dass ein entschiedener und schwieriger Kampf gegen idealistische Denkweisen notwendig ist, der über die Übereinstimmung in Fragen des Programms

⁹⁰ Brief „Über den Sinn der Minderheitsfraktion“ vom 26. Mai 1971

⁹¹ Internationales Komitee der Vierten Internationale, Wie der Workers Revolutionary Party den Trotzismus verraten hat. 1973–1985, in; *Vierte Internationale*, Sommer 1986, S. 15

und der Politik weit hinausgeht“.⁹² Damit verdrehte die SLL die an sich korrekte Feststellung, in der politischen Analyse zeige sich die philosophische Methode, und ersetzte schließlich die konkrete Untersuchung politischer Fragen durch eine abstrakte Diskussion über philosophische Probleme. Trotzki hatte im Gegensatz dazu stets betont, dass die Bedeutung der Partei im Programm liege, das seinerseits „ein gemeinsames Verständnis der Ereignisse, der Aufgaben“ zum Inhalt habe.⁹³ Als er 1939/40 in der Auseinandersetzung mit Burnham und Shachtman die Frage des dialektischen Materialismus aufbrachte, tat er dies in direktem Zusammenhang mit Fragen der politischen Perspektive.

166. Das mangelnde Interesse an einer Klärung der politischen Fragen war eng mit den organisatorischen Erfolgen verbunden, die die SLL aufgrund ihres Kampfs gegen den Opportunismus in Großbritannien erzielte. 1963 hatte sie die Führung der Jugendorganisation der Labour Party, der Young Socialists, gewonnen und diese, als sie aus der Labour Party ausgeschlossen wurden, zu ihrer eigenen Jugendorganisation gemacht. 1969 hatte sie nach einer fünfjährigen Kampagne die Tageszeitung *Workers Press* gegründet, die unter Arbeitern, Intellektuellen und Künstlern großen Anklang fand und ihr Hunderte neue Mitglieder zuführte. Dieser Zustrom neuer Kräfte hätte die Klärung der politischen Prinzipienfragen, die das Internationale Komitee vom kleinbürgerlichen Opportunismus trennten, umso dringender gemacht. Nur so hätten die neuen Mitglieder politisch erzogen und gegen den Druck feindlicher Klassenkräfte gewappnet werden können. Stattdessen passte sich die SLL an den spontanen Aufschwung der Arbeiterklasse in Großbritannien an. „In der SLL-Führung griff die Auffassung um sich, dass das materielle Wachstum der britischen Sektion, und nicht die Entwicklung und Festigung ihrer internationalen politischen Linie, die entscheidende Voraussetzung und wesentliche Grundlage für den Aufbau des Internationalen Komitees sei. Daraus folgte eine falsche und zunehmend nationalistische Auffassung über das Verhältnis zwischen der SLL und dem Internationalen Komitee der Vierten Internationale. Die SLL machte sich eine zunehmend auf organisatorische Fragen konzentrierte Auffassung zu eigen, wonach die praktischen Erfolge der Socialist Labour League in Großbritannien die Voraussetzung für die weitere Entwicklung der trotzkistischen Weltbewegung seien.“⁹⁴

167. Die mangelnde Klärung der Fragen, die zur Spaltung mit der OCI geführt hatten, bildete für die

junge deutsche Sektion eine schwere Hypothek. Ihr Kader war nur oberflächlich mit den Lehren vertraut, die das Internationale Komitee aus seinem langen politischen Kampf gegen den Opportunismus gezogen hatte. Von Seiten der SLL wurde der BSA nicht ermutigt, sich diesen programmatischen und historischen Fragen zuzuwenden. Das Internationale Komitee nahm ihn als Sektion auf, ohne dass er ein eigenes Perspektivdokument vorgelegt hätte. Statt auf die programmatische legte die SLL das Schwergewicht auf die praktische Seite des Parteaufbaus – auf Rekrutierungskampagnen, die Herausgabe einer Zeitung, die ab Februar 1972 unter dem Namen *Der Funke* vierzehntägig und ab Oktober 1976 als *Neue Arbeiterpresse* wöchentlich erschien, und den Aufbau einer Jugendorganisation.

168. Der BSA wuchs im ersten Jahr seines Bestehens rasch. Die Bundesrepublik wurde von heftigen sozialen und politischen Kämpfen erschüttert. Im April 1972 versuchte die CDU/CSU, die Brandt-Regierung durch ein Misstrauensvotum zu stürzen, und stieß damit auf heftigen Widerstand. In den Betrieben verfolgten die Arbeiter die Bundestagsdebatte und bereiteten einen Generalstreik zur Verteidigung der Brandt-Regierung vor. *Der Funke* und die Flugblätter des BSA fanden reißenden Absatz. Im nachfolgenden Bundestagswahlkampf, in dem die SPD das beste Ergebnis ihrer Geschichte erzielte, baute der BSA in mehr als zwanzig Städten und Stadtteilen neue Ortsgruppen und Zellen des Sozialistischen Jugendbunds auf.

169. Der BSA forderte eine „SPD-Alleinregierung, verpflichtet auf sozialistische Politik“. Er rief zur Stimmabgabe für die SPD auf, vertrat aber gleichzeitig sein eigenes sozialistisches Programm und verlangte, die SPD müsse mit der FDP brechen und ein Programm im Interesse der Arbeiterklasse verwirklichen. Diese Taktik berücksichtigte, dass große Teile der Arbeiter noch Illusionen in die SPD hatten. Sie verfolgte das Ziel, diese Arbeiter aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen von der wirklichen Rolle der SPD zu überzeugen. Sie stützte sich auf die Erfahrungen der SLL, die in den 1960er Jahren mit der Forderung „Labour to power on socialist policies“ wirkungsvoll in der Labour Party eingegriffen hatte, und auf das Übergangsprogramm, das „die systematisch an die alte Führung gerichtete Aufforderung: ‚Brecht mit der Bourgeoisie, ergreift die Macht!‘“ als „äußerst wichtige Waffe zur Entlarvung des verräterischen Wesens“ der reformistischen und zentristischen Organisationen bezeichnet.⁹⁵ Soweit diese Taktik aber nicht mit einer durchdachten revolutionären Strategie verbunden war, beinhaltete sie die Gefahr, dass die Partei lediglich auf der Welle gegen die Konservativen mitschwamm und nicht auf die politischen Herausforderungen vorbereitet war, die sich

⁹² Statement by the International Committee (Majority)), March 1 1972, in: Trotskyism versus Revisionism, Volume 6, London 1975, S. 72, 78, 83

⁹³ Leo Trotzki, Das Übergangsprogramm, S. 165

⁹⁴ David North, Gerry Healy und sein Platz in der Geschichte der Vierten Internationale, Essen 1992, S. 69

⁹⁵ Leo Trotzki, Das Übergangsprogramm, S. 110

mit einem Wahlsieg der Sozialdemokraten ergeben würden.

170. Eben dieser Gefahr erlag die britische SLL, als sie 1973 die Workers Revolutionary Party gründete. Die WRP stützte sich auf ein Programm, das „dem Inhalt und der zugrundeliegenden Konzeption nach absolut nichts mit dem Trotzismus zu tun“ hatte und nicht über die Grenzen des Zentrismus hinausging.⁹⁶ Die Hauptaufgabe der neuen Partei bestand nach eigener Aussage darin, „die Arbeiterklasse hinter einem sozialistischen Programm zu vereinen mit dem Ziel, die Tory-Regierung zu stürzen und sie durch eine Labour-Regierung zu ersetzen“. Die SLL setzte auf die weit verbreitete Stimmung gegen die Tory-Regierung von Edward Heath, in der Erwartung, die Rückkehr der Labour Party an die Macht werde diese schnell in Konflikt mit der Arbeiterklasse bringen und neue revolutionäre Möglichkeiten eröffnen. Doch die Lage gestaltete sich komplizierter. IWF-Kredite verschafften der Labour-Regierung Raum für Manöver. Die WRP geriet in eine tiefe Krise; viele neue Mitglieder, die auf dem Höhepunkt der Anti-Tory-Welle gewonnen worden waren, wandten sich von ihr ab. Nun rächte sich, dass sie die Klärung internationaler programmatischer Fragen vernachlässigt hatte.

171. Mit ähnlichen Problemen war die deutsche Sektion konfrontiert. Nach dem Triumph von 1972 war Brandt nicht in der Lage, die im Wahlkampf geweckten Erwartungen zu dämpfen. Im Winter 1973/74 traten zwölf Millionen Arbeiter in den Lohnkampf. Die Beschäftigten des öffentlichen Diensts erzwangen mitten in der so genannten Ölkrise eine Lohnerhöhung von elf Prozent. Darauf wurde in der Führung von SPD und FDP eine Intrige organisiert, um Brandt abzusetzen. Dabei wurde die Enttarnung eines DDR-Spions in Brandts nächster Umgebung benutzt, um seinen Rücktritt zu erzwingen und ihn durch Helmut Schmidt zu ersetzen. Schmidt ging in enger Zusammenarbeit mit der Gewerkschaftsbürokratie sofort gegen die Arbeiterklasse vor und setzte eine strikte Austeritätspolitik durch. Dieser Rechtsschwenk der Sozialdemokratie, der in ähnlicher Form auch in Großbritannien, Frankreich, Italien und anderen Ländern stattfand, war der Auftakt zu einer Gegenoffensive der Bourgeoisie, die bis heute anhält. 1979 wurde in Großbritannien Margaret Thatcher zur Regierungschefin, 1980 in den USA Ronald Reagan zum Präsidenten gewählt. Beide setzten auf eine offene Konfrontation mit der Arbeiterklasse und hatten dank des Verrats der Gewerkschaften Erfolg. Seither stagniert und sinkt der Lebensstandard der unteren und mitt-

leren Einkommensschichten, während die Spitzen-einkommen explodieren.

172. Im BSA löste der Kurswechsel der SPD eine Krise aus. Viele Mitglieder, die den BSA als eine Art Pressure Group betrachtet und auf eine stetige Linksentwicklung der SPD gehofft hatten, wandten ihm den Rücken zu. Die Krise verschlimmerte sich, als der IK-Sekretär Cliff Slaughter im Mai 1974 nach Deutschland kam und den BSA auf einen neuen Kurs einschwor. Slaughter erklärte, die Schmidt-Regierung werde sehr schnell in Konflikt mit der Arbeiterklasse kommen, daher müsse der BSA jetzt ihren Sturz und Neuwahlen fordern. Das war eine Abkehr von der bisherigen Linie, die Rücksicht auf die sozialdemokratischen Illusionen vieler Arbeiter genommen hatte. Anstatt den Konflikt zwischen diesen Arbeitern und der SPD-Führung zu verschärfen, bedeutete die neue Linie eine Anpassung an kleinbürgerliche Tendenzen, die den geduligen Kampf in der Arbeiterklasse ablehnten, die erst zwei Jahre vorher die SPD-Regierung gegen das Misstrauensvotum verteidigt hatte. Die Forderung nach Neuwahlen bedeutete, dass die Abrechnung mit der SPD nicht mehr als Angelegenheit der Arbeiterklasse, sondern der gesamten Wählerschaft betrachtet wurde – was mit großer Wahrscheinlichkeit zur Rückkehr der CDU/CSU an die Macht geführt hätte. Diese Linie schnitt den BSA von den Arbeitern ab und bereitete ihm große Schwierigkeiten.

173. In Großbritannien hatte wenige Monate nach der Gründung der WRP ein Bergarbeiterstreik die Tory-Regierung gestürzt und eine Labour-Regierung unter Harold Wilson an die Macht gebracht. Innerhalb der britischen Sektion entwickelte sich darauf ein heftiger Konflikt mit Alan Thornett, dem Führer des Gewerkschaftsflügels der Partei. Thornett sprach für jene Mitglieder, die die WRP in erster Linie als Instrument betrachtet hatten, die Labour Party zurück an die Macht zu bringen. Er lehnte eine härtere Gangart gegenüber der Labour-Party ab und arbeitete heimlich mit der französischen OCI zusammen. Nun rächte es sich, dass die politischen Lehren aus der Spaltung mit der OCI nicht gezogen worden waren. Anstatt diesen Konflikt geduldig auszutragen, schloss die WRP-Führung Thornett aus und verlor einen Großteil der Mitglieder in den Betrieben. Als die Wilson-Regierung dann im Sommer 1975 die Löhne einfro, schwenkte die WRP auf den Kurs ein, den sie zuvor dem BSA aufgezwungen hatte: Sie rief zum Sturz der Labour-Regierung auf. Das stellte, wie das Internationale Komitee später feststellte, „einen grundlegenden programmatischen Bruch mit der proletarischen Ausrichtung dar, für die die britischen Trotzisten jahrzehntelang gekämpft hatten. Unter Bedingungen, wo die revolutionäre Partei noch nicht die Unterstützung von bedeutenden Teilen der Arbeiterklasse besaß und die einzige Alternative zu Labour

⁹⁶ Internationales Komitee der Vierten Internationale, Wie der Workers Revolutionary Party den Trotzismus verraten hat. 1973–1985, S. 16–17

eine Tory-Regierung war – wie sie die Arbeiterklasse zudem vor noch kaum einem Jahr gestürzt hatte –, unter solchen Bedingungen zum Sturz der Labour-Regierung aufzurufen, das war der Gipfel des Abenteuerertums.“⁹⁷ Die neue Orientierung war ein „besorgniserregender Ausdruck der veränderten Klassenzusammensetzung, die sich in der Führung der WRP vollzogen hatte. ... Eine überwiegend kleinbürgerliche Führung, auf die Healy sich mittlerweile stützte, hatte schnell alle Illusionen in die Labour-Regierung verloren und war ungeduldig, weil sich ihr das politische Bewusstsein der Arbeiterklasse nicht schnell genug entwickelte.“⁹⁸ Die WRP wandte sich nun – wie zwei Jahrzehnte zuvor die Pablisten – zunehmend nicht-proletarischen Kräften zu: nationalen Befreiungsbewegungen, nationalen Regimes im Nahen Osten und Teilen der Gewerkschafts- und Labour-Bürokratie, bis sie schließlich zehn Jahre später ihre eigene Geschichte zurückwies und offen mit dem Trotzismus brach.

174. Auf die deutsche Sektion übte die WRP wachsenden Druck aus, in dieselbe Richtung zu gehen. Zwischen 1977 und 1983 organisierte sie mehrere Jugendmärsche quer durch Europa, die einen großen Teil der Ressourcen und Energien des BSA absorbierten. Gerry Healy stellte diese Märsche als Hinwendung zur Arbeiterklasse dar; eine „neue Praxis“ sollte die politische und organisatorische Krise der Sektion überwinden. Tatsächlich waren sie eine Hinwendung zu den bürokratischen Apparaten. Programmatisch gingen die Märsche nicht über die Forderung nach Arbeitsplätzen für arbeitslose Jugendliche hinaus. Selbst der Marx-Marsch, der zum hundertsten Todestag des Begründers des wissenschaftlichen Sozialismus von Trier nach London zog, wurde so gestaltet, dass er bei Stalinisten und linken Sozialdemokraten nicht aneckte. Vom Standpunkt der Kaderentwicklung waren die Märsche eine Schule des Opportunismus. Sie mussten enge Beziehungen zu den bürokratischen Apparaten anknüpfen, weil sie ohne deren materielle Unterstützung nicht auf der Straße bleiben konnten. Das schloss einen politischen Konflikt oder ein offenes Eintreten für den Trotzismus von vornherein aus. In Ländern wie Deutschland, wo Gewerkschaften und SPD trotzdem mit eisiger Feindschaft reagierten, waren die Märsche auf demütigende Almosen der Kirchen angewiesen. Später fand eine Untersuchungskommission des Internationalen Komitees heraus, dass Healy die Märsche auch benutzt hatte, um sein Ansehen bei nationalen Führern im Nahen Osten zu steigern.

175. Als sich um 1980 eine breite Friedensbewegung gegen die Stationierung der atomaren Mittelstreckenrakete Pershing II auf deutschem Boden

entwickelte, drängte die WRP die deutsche Sektion, sich dieser pazifistischen Bewegung anzuschließen. Der BSA beteiligte sich schließlich an den Friedensmärschen, aber nicht so, wie es sich die WRP vorgestellt hatte. Er druckte eine Broschüre mit Schriften Lenins und Trotzkis gegen Krieg und führte eine Kampagne gegen den Pazifismus der Stalinisten, die in der Friedensbewegung den Ton angaben.

176. 1979 erwarb die deutsche Sektion auf Drängen Healys eine teure Druckmaschine, um damit eine eigene Tageszeitung herauszugeben. Zu diesem Zeitpunkt verfügte der BSA nicht einmal ansatzweise über die politische Unterstützung und die materiellen Ressourcen, die zur Realisierung eines solchen Projekts nötig gewesen wären. Eine Tageszeitung hätte sich nur getragen, wenn sie zur Plattform einer Sammelbewegung von Gewerkschaftsbürokraten, Pazifisten, Grünen und kleinbürgerlichen Radikalen geworden wäre – was wohl auch Healys heimliche Absicht war. In jenem Jahr erblickte in Deutschland nämlich tatsächlich eine neue Tageszeitung das Licht der Welt, die *taz*, die sich bald zum inoffiziellen Zentralorgan der Grünen entwickelte und bis heute erscheint. Als deutlich wurde, dass der BSA eine solche Orientierung ablehnte und aus eigener Kraft die Kosten einer Tageszeitung nicht tragen konnte, nahmen die Angriffe der WRP offen zerstörerische Formen an. Parteiführer wurden unter Vorwänden ausgeschlossen, die Sektion wiederholt zu hohen finanziellen Spenden genötigt, die sie an den Rand des Ruins trieben. Nur das Festhalten des Kaders an seinen internationalistischen Grundsätzen verhinderte damals einen Zusammenbruch der Sektion. Zur selben Zeit begann die amerikanische Workers League mit der Erarbeitung einer gründlichen Kritik des Opportunismus der WRP, die schließlich die Grundlage für die Neuorientierung des Internationalen Komitees und seiner deutschen Sektion bilden sollte.

177. Die politischen Probleme, vor denen die Vierte Internationale in dieser Zeit stand, hatten ihre Ursache in der Stabilisierung und Ausdehnung des Kapitalismus nach dem Zweiten Weltkrieg, die die Klassenbeziehungen gründlich verändert hatten. Um den Klassenkampf zu regulieren, stützte sich der Imperialismus auf eine breite Schicht kleinbürgerlicher Elemente, die die soziale Basis für das Anwachsen des Opportunismus bildeten. Der pablistische Revisionismus widerspiegelte den gesellschaftlichen Druck, den diese Schichten auf die Vierte Internationale ausübten. Er entwickelte die theoretischen und politischen Formeln, die dazu dienten, die Unterordnung der Arbeiterklasse unter die kleinbürgerlichen Agenten des Imperialismus zu rechtfertigen. Nach der Kapitulation der amerikanischen SWP übernahmen die britische SLL und insbesondere Gerry Healy die Verantwortung, das Programm der Vierten Internationale gegen diesen re-

⁹⁷ ebd., S. 23

⁹⁸ ebd., S. 23

visionistischen Ansturm zu verteidigen. Während die Pablisten Fidel Castro, Che Guevara, Mao Tse-tung und linke Schwätzer in der Gewerkschaftsbürokratie verherrlichten, verteidigten sie die Perspektive der permanenten Revolution und kämpften für die politische Unabhängigkeit der Arbeiterklasse. In den 1970er Jahren erreichte der Einfluss der kleinbürgerlichen Elemente seinen Höhepunkt. Als die WRP 1985 zusammenbrach, hatte sich das Kräfteverhältnis zwischen revolutionärem Marxismus und Opportunismus bereits grundlegend verändert. Die enormen theoretischen, politischen und organisatorischen Fortschritte, die das Internationale Komitee seither gemacht hat, unterstreichen dies.

178. Das Verdienst des BSA in den 1970er Jahren bestand darin, dass er in Deutschland den historischen Faden wieder anknüpfte, den die Pablisten zerrissen hatten. Ungeachtet der Schwierigkeiten, Schwächen und Fehler, mit denen er zu kämpfen hatte, bekannte er sich vorbehaltlos zur Perspektive der sozialistischen Weltrevolution. Trotz der Schriften über den Nationalsozialismus und seine Einschätzung des konterrevolutionären Charakters des Stalinismus spielten bei der Sammlung und Erziehung der ersten Kader eine entscheidende Rolle. Der BSA stellte sich konsequent gegen die stalinistischen, maoistischen und anarchistischen Gruppen, die aus der Studentenbewegung hervorgegangen waren, und gegen die antimarxistischen Theorien, die an den Universitäten dominierten. Er verweigerte sich dem „langen Marsch durch die Institutionen“, der die Jusos (Gerhard Schröder), die „Spontis“ (Joschka Fischer), die Maoisten (Antje Vollmer, Ulla Schmidt, Jürgen Trittin) und die Pablisten (Harald Wolf) schließlich allesamt in höchste Staats- und Regierungsämter führte. Und er lehnte die reaktionären Methoden und Perspektiven der RAF-Terroristen entschieden ab.

XXIII. Von der Studentenbewegung zu den Grünen

179. Die kleinbürgerlichen Konzeptionen der Nachkriegszeit fanden ihren konzentrierten Ausdruck bei den Wortführern der 68er-Bewegung. Die Radikalisierung der Studenten hatte mehrere Motive: Rebellion gegen die konservativen Zustände in der Gesellschaft und an den Universitäten, Opposition gegen die Wiederbewaffnung und die Notstandsgesetze, Protest gegen den Vietnamkrieg und das Regime des persischen Schah und vor allem die Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Nazi-regimes, die in der Adenauer-Ära unterdrückt worden war. Die Revolte der Studenten war eng mit der Offensive der Arbeiterklasse verbunden, doch ihre politischen und theoretischen Konzeptionen schnitten sie von der Arbeiterklasse ab. Die deutsche Stu-

dentenbewegung zählte nicht nur zu den weltweit größten, sondern auch zu den ideologisch produktivsten Bewegungen. Maßgeblichen Einfluss übten die Kritische Theorie der Frankfurter Schule und mit ihr verwandte Strömungen der Neuen Linken aus. Die Schriften von Max Horkheimer, Theodor Adorno, Karl Korsch, Herbert Marcuse, Ernst Bloch, Erich Fromm und Wilhelm Reich fanden weite Verbreitung.

180. Anstelle der kapitalistischen Ausbeutung stellten die Wortführer der Neuen Linken den Begriff der Entfremdung in den Mittelpunkt ihrer Gesellschaftsanalyse, den sie psychologisch oder existenzialistisch interpretierten. Die Arbeiterklasse galt ihnen nicht als revolutionäre Klasse, sondern als rückständige, durch Konsum, Medien und repressive Erziehung ins bürgerliche System integrierte Masse. Herbert Marcuse, Heidegger-Schüler und Mitglied der Frankfurter Schule, entdeckte in der Arbeiterklasse sogar „das Vorhandensein eines profaschistischen Syndroms“.⁹⁹ Die „Revolution“ sollte nicht von der Arbeiterklasse, sondern von der jungen Intelligenz, von sozialen Randgruppen oder von Guerillabewegungen ausgehen; ihre treibende Kraft waren nicht die Klassengegensätze der kapitalistischen Gesellschaft, sondern das kritische Denken und Handeln einer aufgeklärten Elite. Ziel der Revolution war nicht – oder nicht vorrangig – die Umwälzung der Macht- und Eigentumsverhältnisse, sondern die Veränderung der sozialen und kulturellen, darunter auch der sexuellen Gewohnheiten. Eine solche kulturelle Veränderung galt den Vertretern der Neuen Linken als Voraussetzung für eine gesellschaftliche Revolution. Studentenführer wie Rudi Dutschke und Daniel Cohn-Bendit unterstrichen die Bedeutung der provokativen Aktion. Sie sollte die Masse der Bevölkerung aus ihrer Trägheit reißen.

181. Die Frankfurter Schule verwandelte den Marxismus aus einer theoretischen und politischen Waffe des proletarischen Klassenkampfes in eine über den Klassen stehende Form der Kulturkritik, die den politischen Pessimismus, die gesellschaftliche Entfremdung und die persönliche Frustration von Teilen der Mittelklassen zum Ausdruck brachte. Max Horkheimer und sein engster Mitarbeiter, Theodor Adorno, griffen auf philosophische Traditionen zurück, die der Marxismus bekämpft hatte – die kritische Theorie Kants, die „kritische Kritik“ der Junghegelianer und unterschiedliche Formen des philosophischen Subjektivismus von Schopenhauer bis Heidegger. Traumatisiert durch die Erfahrung des Nationalsozialismus bestritten sie das revolutionäre Potential der Arbeiterklasse. Im Gegensatz zu Marx, nach dessen Auffassung der Fortschritt der Produk-

⁹⁹ In: *Counter-Revolution and Revolt*, Boston, Beacon Press, 1972, S. 25

tivkräfte die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse sprengt und eine Epoche sozialer Revolution auslöst, stieß ihrer Meinung nach der Fortschritt der Produktivkräfte die Gesellschaft in die Barbarei zurück und verfestigte die kapitalistische Herrschaft: „Die Ohnmacht der Arbeiter ist nicht bloß eine Finte der Herrschenden, sondern die logische Konsequenz der Industriegesellschaft. ... Der Fluch des unaufhaltsamen Fortschritts ist die unaufhaltsame Regression.“ Den einzigen Ausweg aus dieser gesellschaftlichen Sackgasse sahen sie im kritischen Denken: „Es ist der Knecht, dem der Herr nicht nach Belieben Einhalt tun kann.“ Zum revolutionären Subjekt erhoben sie demnach das aufgeklärte Individuum, und nicht das Proletariat.¹⁰⁰

182. Im Sommer 1968 erreichte die Studentenrevolte in Deutschland ihren Höhepunkt. Danach brach der SDS in konkurrierende Fraktionen auseinander. Eine kleine Minderheit zog aus der Verherrlichung des Guerillakampfs die letzte Konsequenz und wandte sich dem individuellen Terror zu. Andere schlossen sich anarchistischen Organisationen und so genannten K-Gruppen an, die im Stalinismus maoistischer Prägung einen Ersatz für eine sozialistische Perspektive entdeckten. Die große Mehrheit machte sich auf den „Marsch durch die Institutionen“ (Dutschke) und wandte sich der SPD zu. Ende der 1970er Jahre sammelten sie sich alle wieder bei den Grünen, die innerhalb von zwanzig Jahren zu einer Hauptstütze des deutschen Imperialismus werden sollten.

183. Das Programm der Grünen machte zahlreiche Anleihen bei der Frankfurter Schule, wie die Ablehnung des Klassenkampfes, die Konzentration auf Fragen des Lebensstils und die Skepsis gegenüber dem technologischen Fortschritt. An die Stelle der antikapitalistischen Rhetorik des SDS traten Pazifismus, Umweltschutz und das Versprechen, der bürgerlichen Demokratie zu neuer Blüte zu verhelfen. Ausgeklügelte Formen der Basisdemokratie sollten verhindern, dass die Partei durch Macht korrumpiert wird. Tatsächlich befreiten sie die Führung von jeder Kontrolle durch die Mitgliedschaft, so dass die zynischsten und skrupellosesten Elemente schließlich in die höchsten Staatsämter gelangten. Im Grunde waren die Grünen rückwärts gewandt und konservativ. Am deutlichsten zeigte dies ihr Wirtschaftsprogramm, das für „eine Abkehr von der nationalen und internationalen Arbeitsteilung“ und „eine verbrauchernahe Produktion in lokalen und regionalen Wirtschaftsräumen“ eintrat.¹⁰¹

184. Ihrer sozialen Zusammensetzung nach waren die Grünen eine Partei des akademisch gebildeten

Mittelstandes. Ihre führende Schicht bestand – und besteht bis heute – vorwiegend aus Ex-Mitgliedern der Studentenbewegung und diverser anarchistischer und maoistischer Gruppen. Ihre Basis fanden sie in dem mehr als tausend Bürgerinitiativen umfassenden Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU). Ihre besten Stimmsergebnisse erzielten sie in den mittelständischen Wohngebieten der Groß- und Universitätsstädte. Mittlerweile weisen sie das höchste durchschnittliche Mitgliederinkommen und den höchsten durchschnittlichen Bildungsgrad aller Parteien auf.

185. Die Übernahme von Regierungsämtern durch die Grünen zerstörte endgültig den Mythos, sie stellten eine Alternative zum bürgerlichen Politikbetrieb dar. Sie bewiesen nachhaltig, dass man die bestehende Gesellschaft nicht positiv verändern kann, ohne das kapitalistische Privateigentum anzutasten. In Hessen fiel die größte Umweltverschmutzung durch den Hoechstkonzern in die Amtszeit des grünen Umweltministers Joschka Fischer. Die Grünen unterstützten den Abbau von Stellen im öffentlichen Dienst und die Kürzung von Sozialleistungen (Berlin), den Bau neuer Gefängnisse (Hessen), die Errichtung von Sammellagern für Asylbewerber (Niedersachsen) und die Stilllegung von Betrieben (Brandenburg). In Hamburg regieren sie mittlerweile auch als Koalitionspartner der CDU. 1998 traten die Grünen auch in die Bundesregierung ein. Die ehemaligen Pazifisten übernahmen die Aufgabe, den in der Bevölkerung tief verwurzelten Widerstand gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr zu überwinden. Zu diesem Zweck wurde dem früheren Straßenkämpfer Joschka Fischer das prestigeträchtige Außenministerium anvertraut. Mittlerweile sind die Grünen begeisterte Befürworter des deutschen Militarismus. Gemeinsam mit der SPD haben sie auch den umfassendsten Sozialabbau seit Bestehen der Bundesrepublik durchgesetzt und einen riesigen Niedriglohnsektor geschaffen.

XXIV. Die WRP bricht mit dem Internationalen Komitee

186. Während die britische WRP in den 1970er Jahren immer weiter von den Grundsätzen abrückte, die sie einst gegen den Pablismus verteidigt hatte, bewegte sich die amerikanische Workers League in die umgekehrte Richtung. Als Reaktion auf eine politische Krise, in deren Verlauf der bisherige Sekretär Tim Wohlforth die Partei 1974 verlassen hatte, orientierte sie sich gezielter auf die Arbeiterklasse und wandte sich der Aufarbeitung der Geschichte der Vierten Internationale zu. Die Betonung der historischen Erfahrung der trotzkistischen Bewegung, die sie im Zusammenhang mit der objektiven Entwicklung des Weltkapitalismus und des internationalen Klassenkampfes begriff, wurde zum politi-

¹⁰⁰ Max Horkheimer, Theodor W. Adorno, *Dialektik der Aufklärung*, Frankfurt 1988, S. 42–45

¹⁰¹ Emil-Peter Müller, *Die Grünen und das Parteiensystem*, Köln 1984, S. 100, 101

schen Kennzeichen der Workers League. 1978 betonte sie in einer Perspektivresolution: „Die Grundlage für eine revolutionäre Praxis, die unerlässliche Basis für jede wirkliche Orientierung auf die Arbeiterklasse vom Standpunkt des Kampfes um die Macht muss eine gründliche Aneignung aller historischen Erfahrungen des Internationalen Komitees seit 1953 sein. Die Ausbildung eines trotzkistischen Kadern ist nur möglich, wenn man darum ringt, jeden einzelnen Aspekt der politischen Arbeit der Partei auf die historischen Errungenschaften des Internationalen Komitees zu gründen, die im Kampf gegen den Revisionismus gewonnen wurden.“¹⁰²

187. Die Workers League spielte auch die führende Rolle in der Untersuchung „Sicherheit und die Vierte Internationale“, mit der das Internationale Komitee die Offensive gegen den Pablistismus fortsetzte, indem es aufdeckte, in welchem Ausmaß die Pablisten die Ermordung Leo Trotzki und andere Verbrechen des Stalinismus vertuscht und abgedeckt hatten. Die Untersuchung brachte schlüssige Beweise ans Licht, dass Joseph Hansen, der 1963 maßgeblich dazu beigetragen hatte, die SWP vom Internationalen Komitee zu brechen, als Agent innerhalb der trotzkistischen Bewegung gearbeitet hatte.

188. Die Orientierung auf die Geschichte des Internationalen Komitees brachte die Workers League in Konflikt mit der WRP. 1982 unterzog der Sekretär der Workers League, David North, den opportunistischen Kurs der WRP einer systematischen Kritik. Er setzte bei den philosophischen Konzeptionen an, die das theoretische Leben der WRP dominierten und die Auseinandersetzung mit historischen und politischen Fragen völlig verdrängt hatten. Dabei nutzte er den Umstand, dass Healy seine philosophischen Auffassungen unter dem Titel „Studien im dialektischen Materialismus“ erstmals schriftlich niedergelegt hatte, und wies nach, dass Healys Konzeption der Dialektik den Materialismus zurückwies und zu jener subjektiv idealistischen Philosophie zurückkehrte, die Marx in seiner Kritik der Linkshegelianer Anfang der 1840er Jahre überwunden hatte.

189. Seine Kritik am politischen Kurs der WRP fasste North mit den Worten zusammen: „Die Studien in der Dialektik haben eine Krise ans Tageslicht gebracht, die sich im Internationalen Komitee über eine beträchtliche Zeit hin entwickelt hat. Seit mehreren Jahren (meiner Ansicht nach begann dies 1976 und fing erst 1978 an zu dominieren) hat sich das Internationale Komitee im Namen des Kampfes für den dialektischen Materialismus und gegen Propagandismus immer mehr vom Kampf für den Trotzkismus abgewandt.“ North griff insbesondere

die opportunistischen Beziehungen an, welche die WRP zu bürgerlich-nationalistischen Regimes im Nahen Osten entwickelt hatte: „Eine Vulgarisierung des Marxismus, die als ‚Kampf für die Dialektik‘ ausgegeben wurde, ist von einer unmissverständlichen Abweichung zum Opportunismus innerhalb des Internationalen Komitees, besonders innerhalb der WRP begleitet worden. Die marxistische Verteidigung von nationalen Befreiungsbewegungen und der Kampf gegen den Imperialismus wurden auf opportunistische Weise ausgelegt, nämlich als unkritische Unterstützung verschiedener bürgerlicher nationalistischer Regime.“¹⁰³

190. Die WRP versuchte, die Workers League zu isolieren und ihre Kritik zu unterdrücken. Doch diese legte 1984 eine weitere Analyse der Linie der WRP vor. In einem Brief an Michael Banda, den Generalsekretär der WRP, schrieb North am 23. Januar 1984, das Internationale Komitee arbeite „seit einiger Zeit ohne eine klare, politisch geeinte Perspektive, die seine Praxis anleitet. Anstatt auf die Perspektive des Aufbaus von Sektionen des Internationalen Komitees in jedem Land konzentrierte sich die Arbeit des IKs seit einer Reihe von Jahren auf Bündnisse mit verschiedenen bürgerlich nationalistischen Regimes und Befreiungsbewegungen. Der Inhalt dieser Bündnisse hat immer weniger eine klare Orientierung auf die Entwicklung unserer Kräfte widerspiegelt, die entscheidend sind, um die Führungsrolle des Proletariats im antiimperialistischen Kampf in den halbkolonialen Ländern durchzusetzen. Die gleichen Auffassungen, die wir bei der SWP in Bezug auf Algerien und Kuba Anfang der sechziger Jahre so heftig angriffen, erscheinen immer häufiger in unserer eigenen Presse.“¹⁰⁴

191. Am 11. Februar 1984 wurde North in einem Bericht an das Internationale Komitee noch deutlicher: „Spätestens seit Mitte 1978 entwickelte sich eindeutig eine allgemeine Ausrichtung hin zu Beziehungen mit nationalistischen Regimes und Befreiungsbewegungen, ohne eine entsprechende Perspektive für den tatsächlichen Aufbau unserer eigenen Kräfte innerhalb der Arbeiterklasse. In unserer Presse begann sich immer offener eine völlig unkritische und unrichtige Einschätzung breitzumachen, die die Kader und die Arbeiterklasse dazu aufforderte, diese bürgerlichen Nationalisten als ‚antiimperialistische‘ Führer zu betrachten, denen politische Unterstützung gegeben werden müsse.“ Als Beispiele nannte North die Unterstützung der WRP für die Unterdrückungsmaßnahmen Saddam Husseins gegen die irakische Kommunistische Partei, ihre Lobhudelei auf das iranische Regime von Ayatollah Khomeini und ihre unkritische Unterstützung für

¹⁰² Zitiert in: Die historischen und internationalen Grundlagen der Socialist Equality Party, 2008, Punkt 159

¹⁰³ *Vierte Internationale*, Band 13, Nr. 2, Essen, Herbst 1986, S. 23–24

¹⁰⁴ ebd., S. 35

den libyschen Führer Muammar al-Gaddafi. Er führte auch die Beziehungen an, die die WRP mit Teilen der Labour Party geknüpft hatte, zum Beispiel mit Ken Livingstone, Ted Knight und dem Greater London Council.¹⁰⁵

192. Die Workers Revolutionary Party weigerte sich, über die Kritik der Workers League zu diskutieren, und drohte ihr mit dem Abbruch der Beziehungen, falls sie ihre Kritik aufrechterhalte. Diese prinzipienlose Haltung sollte vernichtende Auswirkungen auf die WRP haben. 1985, wenige Tage nach der Niederlage des einjährigen britischen Bergarbeiterstreiks, brach eine innerparteiliche Krise aus, die schließlich zu ihrem Bruch vom Internationalen Komitee und ihrer Zerstörung führte. Die Krise der WRP schuf die Voraussetzungen, unter denen die Kritik der Workers League im gesamten Internationalen Komitee diskutiert werden konnte. Vorher waren die Sektionen entweder nicht informiert worden oder hatten, wie die IK-Delegierten des BSA, in einem Klima organisatorischen Drucks und politischer Provokationen keine Möglichkeit gefunden, sich ernsthaft mit der Kritik auseinanderzusetzen. Im Herbst 1985 trafen Delegierte der australischen, der srilankischen und der deutschen Sektion in London mit David North zusammen und unterstützten die Kritik der Workers League. Auch die Mitgliedschaft des BSA stellte sich in den folgenden Wochen geschlossen hinter die Kritik der Workers League. Innerhalb der WRP bildete sich unter Führung von Dave Hyland eine internationalistische Minderheit, die ebenfalls das Internationale Komitee unterstützte.

193. Die Delegierten des Internationalen Komitees lehnten es ab, sich für die nationalistischen Zwecke der sich heftig bekämpfenden WRP-Fraktionen einspannen zu lassen. Sie beharrten darauf, dass die WRP die Krise nur politisch überwinden könne, wenn sie zu den Grundsätzen des Internationalen Komitees zurückfinde und die Disziplin der internationalen Bewegung anerkenne. Dazu war mit Ausnahme der internationalistischen Minderheit keine Fraktion bereit. Mike Banda und Cliff Slaughter, die sich mit Healy überworfen hatten, teilten dessen nationalistische und opportunistische Perspektive und versuchten, eine Untersuchung der politischen Ursachen der Krise der WRP zu unterbinden. Sie waren nicht bereit, eine Einschränkung der Bündnisse und Aktivitäten der WRP auf internationaler Ebene hinzunehmen und die politische Autorität des Internationalen Komitees anzuerkennen.

194. Als Slaughter erklärte, der Internationalismus bestehe darin, „Klassenlinien festzulegen und sie durchzukämpfen“, antwortete ihm das Politische Komitee der Workers League: „Aber wie werden

diese ‚Klassenlinien‘ bestimmt? Erfordert dieser Vorgang die Existenz der Vierten Internationale? ... Das Internationale Komitee ist die historische Verkörperung der ‚ganzen programmatischen Grundlage des Trotzismus und des Marxismus von Marx und Lenin‘. Die Unterordnung der nationalen Sektionen unter das IK ist der organisierte Ausdruck davon, dass sie mit diesem Programm übereinstimmen und es verteidigen. Wenn jemand bei seiner Definition des Internationalismus das Programm von seinem organisatorischen Ausdruck trennt, nimmt er den Standpunkt all der revisionistischen und zentristischen Feinde des Trotzismus ein, die die Kontinuität des Marxismus, wie er im Internationalen Komitee verkörpert ist, leugnen, um sich innerhalb ihrer nationalen Arena freie Hand zu verschaffen.“¹⁰⁶

195. Am 8. Februar 1986 hielt die WRP einen Rumpfkongress ab, von dem sie alle Anhänger des Internationalen Komitees ausschloss. Das Hauptdokument, das für diesen Kongress vorbereitet wurde, war eine von Banda verfasste, antitrotzkistische Tirade mit dem Titel „27 Gründe, warum das Internationale Komitee unverzüglich beerdigt und die Vierte Internationale aufgebaut werden sollte“. Nur wenige Monate später distanzierte sich Banda von seiner fast 40-jährigen Zugehörigkeit zur Vierten Internationale und verkündete seine Bewunderung für Stalin. Die verschiedenen Fraktionen der WRP lösten sich eine nach der anderen auf. Es dauerte nicht einmal ein Jahrzehnt, da unterstützten Slaughter und andere ehemalige WRP-Führer aktiv die US-NATO-Operation in Bosnien. Die einzige lebensfähige Tendenz, die aus dem Zusammenbruch der WRP hervorging, war die internationalistische Minderheit, die die Prinzipien des Internationalen Komitees verteidigte. Sie gründete im Februar 1986 die International Communist Party, die Vorläuferorganisation der heutigen Socialist Equality Party, der britischen Sektion des Internationalen Komitees.

196. Die Spaltung mit der WRP nahm grundlegende Veränderungen der Weltpolitik vorweg, die in den folgenden Jahren die Nachkriegsordnung erschüttern sollten. Das Internationale Komitee unterzog diese Veränderungen nach der Spaltung einer eingehenden Analyse. Die beispiellose Integration des Weltmarkts und die Internationalisierung der Produktion hatten den national-reformistischen Perspektiven die Grundlage entzogen, auf die sich sowohl die sozialdemokratischen wie die stalinistischen Parteien gestützt hatten. Die „absolute und aktive Vorherrschaft der Weltwirtschaft über alle nationalen Wirtschaften“ war „eine Grundtatsache des modernen Lebens“. Sie hatte „den grundlegenden Widerspruch zwischen der Weltwirtschaft und dem kapitalistischen Nationalstaatsystem, zwi-

¹⁰⁵ ebd., S. 43

¹⁰⁶ ebd., S. 74–75

schen der gesellschaftlichen Produktion und dem Privateigentum wie nie zuvor in der Geschichte verschärft“. Der Klassenkampf musste jetzt nicht nur dem Inhalt, sondern auch der Form nach einen internationalen Charakter annehmen. „Selbst die elementarsten Kämpfe der Arbeiterklasse verlangen die Koordinierung ihrer Aktionen in internationalem Maßstab. ... Durch die beispiellose internationale Mobilität des Kapitals sind so alle nationalen Programme für die Arbeiterbewegung der verschiedenen Länder hinfällig und durch und durch reaktionär geworden.“¹⁰⁷

197. Die Spaltung zwischen den revolutionären Internationalisten der IK-Mehrheit und den nationalen Opportunisten der WRP entsprach diesen objektiven Veränderungen, die 1985 bereits ein fortgeschrittenes Stadium erreicht hatten. Das erklärt, weshalb die Kritik der Workers League so schnell Unterstützung fand, als sie im gesamten Internationalen Komitee diskutiert werden konnte, und weshalb sich das Internationale Komitee rasch politisch neu orientierte. Große Teile des internationalen Kadres hatten sich dem Internationalen Komitee in den 1960er und 1970er Jahren aufgrund der internationalistischen Perspektive angeschlossen, die damals von der britischen Sektion verteidigt wurde, und hatten trotz aller Probleme daran festgehalten. In der Auseinandersetzung mit der WRP erneuerte das Internationale Komitee dann das gesamte historische und theoretische Erbe der Vierten Internationale. Die umfangreichen Dokumente, die dabei entstanden, bildeten die Grundlage für eine gründliche theoretische und politische Neuorientierung des Internationalen Komitees und seiner deutschen Sektion.¹⁰⁸ Sie bereitete das Internationale Komitee auf die kommenden internationalen Erschütterungen vor und versetzten es in die Lage, seine Perspektiven weiterzuentwickeln und zu vertiefen.

198. Eine wichtige Errungenschaft, die unmittelbar aus der Spaltung erfolgte, war die Aufnahme tamilischer Arbeiter in den BSA. Die Zurückweisung der permanenten Revolution durch die WRP hatte das Internationale Komitee von Flüchtlingen und Immigranten abgeschnitten, die in Konflikt mit den kleinbürgerlichen nationalen Organisationen gerieten. Nun war der BSA in der Lage, diese Schranke zu überwinden und in enger Zusammenarbeit mit der srilankischen RCL eine Schicht von Immigranten vom Einfluss des tamilischen Nationalismus zu bre-

chen. Sie haben seither eine maßgebliche Rolle beim Aufbau des Internationalen Komitees in Europa und der Herausgabe des tamilischsprachigen Teils der WSWs gespielt.

XXV. Das Ende der DDR und der Sowjetunion

199. Im selben Jahr, in dem die WRP zusammenbrach, berief die Kommunistische Partei der Sowjetunion Michael Gorbatschow zu ihrem Generalsekretär. Obwohl zwischen den beiden Ereignissen kein offensichtlicher Zusammenhang bestand, waren sie inhaltlich eng miteinander verbunden. Die Globalisierung der Produktion hatte dem stalinistischen Programm des „Sozialismus in einem Land“ den Boden entzogen und in der Sowjetunion eine tiefe gesellschaftliche Krise ausgelöst. Gorbatschow leitete Reformen ein, die innerhalb weniger Jahre zur Restauration des Kapitalismus in Osteuropa und der Sowjetunion führten. Er reagierte damit auf eine lange Phase der wirtschaftlichen Stagnation und wachsender sozialer Spannungen. Vor allem die Solidarnosc-Bewegung in Polen hatte den Machthabern in Moskau einen Schreck eingejagt und Befürchtungen über ähnliche Entwicklungen in der Sowjetunion geweckt. Durch eine begrenzte Ausweitung der Freiheiten im Inland (Glasnost) und Wirtschaftsreformen (Perestroika) versuchte Gorbatschow einer Offensive der Arbeiterklasse zuvorzukommen, indem er die Weichen in Richtung kapitalistische Restauration stellte. Er baute dabei auf die Desorientierung der Arbeiter durch Jahrzehnte stalinistischer Herrschaft und auf die Unterstützung kleinbürgerlicher Oppositioneller.

200. Die Restauration des Kapitalismus in Osteuropa und der Sowjetunion bestätigte Trotzki's Warnung, dass die größte Gefahr für die Errungenschaften der Oktoberrevolution von der stalinistischen Bürokratie ausging. 1938 hatte er geschrieben: „Entweder stößt die Bürokratie, die immer mehr zum Werkzeug der Weltbourgeoisie im Arbeiterstaat wird, die neuen Eigentumsformen um und wirft das Land in den Kapitalismus zurück, oder die Arbeiterklasse zerschlägt die Bürokratie und öffnet den Weg zum Sozialismus.“¹⁰⁹ Die stalinistische Bürokratie vollbrachte, was vorher weder weißen Truppen, noch deutschen Panzern, noch amerikanischen Raketen gelungen war: 74 Jahre nach der Oktoberrevolution liquidierte sie die Eigentumsverhältnisse, die durch eine der größten Volkserhebungen der Weltgeschichte entstanden waren. Die Folgen der kapitalistischen Restauration waren für die Masse der Bevölkerung katastrophal. Während sich eine kleine Schicht alter Bürokraten und neuer Kapi-

¹⁰⁷ Die kapitalistische Weltkrise und die Aufgaben der Vierten Internationale: Perspektiven des Internationalen Komitees der Vierten Internationale, Arbeiterpresse Verlag, Essen 1988, S. 23 und S.7

¹⁰⁸ Vor allem die systematische Aufarbeitung der Geschichte der Vierten Internationale und des Internationalen Komitees durch David North (Das Erbe, das wir verteidigen, Essen 1988) und die detaillierte Analyse des opportunistischen Niedergangs der WRP (Wie die WRP den Trotzkiismus verraten hat).

¹⁰⁹ Leo Trotzki, Das Übergangsprogramm, S. 121

talisten des staatlichen Eigentums bemächtigte und fabelhaft bereicherte, wurden Fabriken und ganze Industrien stillgelegt, gesamte Landstriche entvölkert und das einst gut ausgebaute Erziehungs-, Gesundheits-, Renten- und Sozialsystem zerschlagen.

201. Die Auseinandersetzung mit der WRP hatte das Internationale Komitee auf diese Entwicklung vorbereitet. Im März 1987, als westliche Politiker, bürgerliche Journalisten, pablistische Revisionisten und die Renegaten der WRP einhellig für Gorbatschow schwärmten, veröffentlichte es eine ausführliche Erklärung, die ohne Umschweife feststellte: „Die von Gorbatschow vorgeschlagenen Veränderungen befinden sich in völliger Übereinstimmung ... mit dem Charakter der stalinistischen Bürokratie als einer konterrevolutionären Agentur des Weltimperialismus. Der Kern dieser ‚Reformen‘ ist eine weitere Unterhöhlung der Errungenschaften der Oktoberrevolution – der verstaatlichten Eigentumsverhältnisse, des staatlichen Außenhandelsmonopols und der Existenz der Arbeiterstaaten selbst. Mit der wachsenden Opposition der Arbeiterklasse gegen die verknöcherte bürokratische Kaste konfrontiert, geht Gorbatschow gegen ihre schlimmsten Exzesse vom Standpunkt der Verteidigung der Bürokratie als ganzer gegen das sowjetische Proletariat vor. Im Gegensatz zu allen Stalinisten, kleinbürgerlichen Radikalen Pazifisten, Reformisten und Revisionisten aller Schattierungen, die heute den ‚demokratischen‘ Gorbatschow preisen – wie ihre Vorgänger das Loblied Stalins sangen – bleibt das Internationale Komitee der Vierten Internationale der unveröhnliche Gegner der Bürokratie.“¹¹⁰

202. 1989 mündeten die wachsenden sozialen Spannungen in eine Welle von Massenprotesten, die ganz Osteuropa erfassten und die stalinistischen Regime wie Dominosteine umkippen ließen. Das Jahr begann mit der Legalisierung von Solidarnosc in Warschau und endete mit der Erschießung Ceausescus in Bukarest. Dazwischen, am 9. November, fiel die Berliner Mauer. An den Protesten beteiligten sich breite Bevölkerungsschichten, darunter viele Arbeiter. Sie artikulierten die weit verbreitete Opposition gegen die herrschende Bürokratie. Alle Enttäuschungen und Demütigungen, die die Masse der Bevölkerung hatte schlucken müssen, die angestaute Wut und Unzufriedenheit machten sich Luft. Das Internationale Komitee griff massiv in diese Entwicklung ein. Es begrüßte die Massendemonstrationen, betonte aber, dass eine Lösung der Krise im Interesse der Arbeiterklasse nur auf der Grundlage einer internationalen sozialistischen Perspektive möglich sei.

203. Am 13. November 1989, vier Tage nach dem Mauerfall, erklärte David North in einer Rede vor dem Historischen Archivinstitut Moskau den Gegensatz zwischen der Perspektive von Gorbatschow und jener der Arbeiterklasse: „Was wir heute in der Sowjetunion sehen, ist der völlige Zusammenbruch der bankrotten Politik des Sozialismus in einem Land. Die Behauptung, der Sozialismus könne innerhalb der staatlichen Grenzen der UdSSR aufgebaut werden, ist völlig diskreditiert worden. ... Aber die Frage ist: Wie kann die Sowjetunion Zugang zum Weltmarkt finden, zu der internationalen Arbeitsteilung und entwickelter Technologie? Wir glauben, dass es nur zwei Wege gibt: einmal durch die Integration der Sowjetunion in die Struktur des Weltimperialismus ... Der andere Weg ist der vereinte internationale Kampf der Arbeiterklasse. ... Nach Meinung des Internationalen Komitees zielt die Politik der gegenwärtigen sowjetischen Regierung auf die Integration der Sowjetunion in die Struktur des Weltimperialismus ab. ... Ihr müsst verstehen, dass die Sowjetbürokratie die Arbeiterklasse weit mehr fürchtet als den Imperialismus. Aus diesem Grund strebt sie danach, immer engere wirtschaftliche und politische Verbindungen mit den Imperialisten gegen die Arbeiterklasse zu schaffen.“¹¹¹

204. Als das DDR-Regime zu wanken begann, griff der Bund Sozialistischer Arbeiter energisch ein. Vor 1989 hatte er in der DDR wegen der wütenden Verfolgung des Trotzismus keine Arbeit leisten können. Nun verbreitete er Flugblätter und Zeitungen in hoher Auflage und nahm im März 1990 mit eigenen Kandidaten an der letzten Volkskammerwahl teil. Er trat als einzige politische Tendenz für die bedingungslose Verteidigung aller Errungenschaften der Arbeiterklasse ein, ohne dabei vor dem Stalinismus zu kapitulieren. In dem Programm, das er während der Volkskammerwahl verbreitete, heißt es: „Die Arbeiterklasse steht am Scheideweg: Kapitalismus oder Sozialismus. Entweder die Imperialisten führen in Zusammenarbeit mit den Regimes von Gorbatschow, Mazowiecki, Modrow, Nemeth, Calfa und Iliescu in Osteuropa den Kapitalismus wieder ein – was, wie bereits in Polen, zu einer drastischen Verschlechterung der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse führt. Oder die Arbeiterklasse führt die politische Revolution zu Ende, stürzt die stalinistische Bürokratie, nimmt die Macht in die eigenen Hände und baut eine wirkliche sozialistische Gesellschaft auf.“¹¹²

205. Ungeachtet taktischer Differenzen mit Gorbatschow hatte sich auch die SED bereits lange vor

¹¹⁰ Was geht in der Sowjetunion vor sich? Gorbatschow und die Krise des Stalinismus, Erklärung des Internationalen Komitees der Vierten Internationale vom 23. März 1987, Essen 1987, S. 18–19

¹¹¹ Ein Vortrag im Historischen Archivinstitut, *Vierte Internationale*, Jg. 16–17, Essen 1991, S. 119–120

¹¹² Für die internationale Einheit der Arbeiterklasse im Kampf gegen Stalinismus und Kapitalismus! Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!, in: *Das Ende der DDR*, S. 186

den ersten oppositionellen Demonstrationen für die kapitalistische Restauration entschieden. Günter Mittag, der im Politbüro fast drei Jahrzehnte lang für die DDR-Wirtschaft verantwortlich war, gestand dem *Spiegel* später: „Ohne die Wiedervereinigung wäre die DDR einer ökonomischen Katastrophe mit unabsehbaren sozialen Folgen entgegengegangen, weil sie auf Dauer allein nicht überlebensfähig war.“ Er sei bereits Ende 1987 zur Erkenntnis gelangt: „Jede Chance ist verspielt.“¹¹³ Hans Modrow, der letzte stalinistische Regierungschef der DDR, schrieb in seinen Erinnerungen: „Nach meiner Einsicht war der Weg zur Einheit unumgänglich notwendig und musste mit Entschlossenheit besritten werden.“¹¹⁴

206. Die Arbeiterklasse ging dagegen politisch völlig unvorbereitet in das Jahr 1989 hinein. Die stalinistischen Geschichtsfälschungen, die Ermordung einer ganzen Generation kommunistischer Revolutionäre während des Großen Terrors der 1930er Jahre, die Unterdrückung jeder unabhängigen politischen Regung der Arbeiterklasse durch die SED und die Verfälschung des Trotzismus durch die Pablisten hatten sie von der historischen Kontinuität des Marxismus und dem Programm der Vierten Internationale abgeschnitten. Die so genannten Dissidenten, die ab den 1970er Jahren in Erscheinung traten, stammten vorwiegend aus Intellektuellen- und Künstlerkreisen und lehnten eine sozialistische Orientierung ab. Sie beschränkten sich auf die Forderung nach Bürgerrechten und entwickelten sich nicht selten scharf nach rechts.

207. Wie wenig die Demonstrationen, die im Herbst die gesamte DDR erfassten, ein politisches Ziel vor Augen hatten, zeigte schon die individualistische Form, in der sie angingen: eine Massenflucht in den Westen. An der Spitze der Demonstrationen standen Vertreter der kleinbürgerlichen Opposition, deren Programm nicht über vage Forderungen nach mehr Demokratie und einem „demokratischen Dialog“ hinausging. Umso lauter sprach daraus die Angst vor sozialen Erschütterungen. „Das Ziel unserer Vorschläge ist es, den inneren Frieden unseres Landes zu gewinnen“, hieß es zum Beispiel in den „Thesen für eine demokratische Umgestaltung der DDR“ von „Demokratie Jetzt“. Wie einst die deutschen Demokraten von 1848 hatten auch die DDR-Demokraten von 1989 „mehr Angst vor der geringsten Volksbewegung als vor sämtlichen reaktionären Komplotten sämtlicher deutscher Regierungen zusammengenommen“.¹¹⁵

208. Die kleinbürgerliche Opposition und die stalinistischen Machthaber fanden angesichts des Pro-

testes der Straße schnell zusammen. Die SED reagierte auf die Massendemonstrationen, indem sie ihren Generalsekretär Erich Honecker opferte und unter dem langjährigen ZK-Mitglied Hans Modrow Kurs auf die deutsche Einheit nahm. Während – nach Modrows eigenen Worten – „die fast täglich neuen Enthüllungen über Amtsmissbrauch und Korruption ehemaliger führender Funktionäre der SED und des Staates die Empörung im Land auf den Siedepunkt trieben“, sah er die Aufgabe seiner Regierung darin, „die Regierbarkeit des Landes zu bewahren, ein Chaos zu verhindern“ und die deutsche Vereinigung vorzubereiten.¹¹⁶ Zu diesem Zweck setzte er sich mit der kleinbürgerlichen Opposition erst an den Runden Tisch und nahm sie dann in seine Regierung auf.

209. Der BSA warnte vor den Folgen dieser Entwicklung: „Die Arbeiterklasse muss voller Verachtung alle politischen Tendenzen zurückweisen, die die stalinistische Diktatur durch die Diktatur der Deutschen Bank, d.h. durch die Diktatur des Imperialismus ersetzen wollen. Die wildgewordenen Kleinbürger vom ‚runden Tisch‘ schwärmen über die Vorzüge des Kapitalismus zu einem Zeitpunkt, wo sich die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse in allen kapitalistischen Ländern über zehn Jahre hinweg drastisch verschlechtert haben. ... Diese Kleinbürger haben den Stalinismus angegriffen, weil er für sie ein Hindernis war, auf Kosten der Arbeiterklasse ein ähnlich privilegiertes Leben zu führen wie das Kleinbürgertum im Westen. Ihr Kampf gegen den Stalinismus ist ein Kampf gegen die Arbeiterklasse. Ihr Ziel ist es, alle Errungenschaften der Arbeiterklasse zu zerschlagen.“¹¹⁷

210. Zu den „wildgewordenen Kleinbürgern vom runden Tisch“ gehörten auch die Anhänger Ernest Mandels. Die Vereinigte Linke, in der die Pablisten eine wichtige Rolle spielten, erklärte sich bereit, unter Modrow Regierungsverantwortung zu übernehmen. Ernest Mandel reiste persönlich nach Ostberlin, um Gorbatschow und die SED gegen trotzkistische Kritik in Schutz zu nehmen. In der stalinistischen Jugendzeitung *Junge Welt* verurteilte er das politische Eingreifen des BSA in der DDR als „Taktlosigkeit“. Es zeuge „von fehlendem politischen Verständnis, wenn Kräfte von außen sich in die riesige Massenbewegung in der DDR einmischen“. Auf die Kritik des BSA an Gorbatschow angesprochen antwortete Mandel: „Nicht zu sehen, dass man den Kern der Errungenschaften der ‚Glasnost‘ gegen alle ihre Feinde verteidigen muss als einen riesigen Schritt vorwärts, für die sowjetische Arbeiterklasse, das sowjetische Volk, die internationale Arbeiterklasse und alle demokratischen Kräfte der Welt, das

¹¹³ *Der Spiegel*, 9. September 1991

¹¹⁴ Hans Modrow, *Aufbruch und Ende*, Hamburg 1991, S. 145

¹¹⁵ Friedrich Engels, *Revolution und Konterrevolution in Deutschland*, Berlin 1974, S. 228

¹¹⁶ Hans Modrow, *Aufbruch und Ende*, S. 65, 145

¹¹⁷ „Für die internationale Einheit der Arbeiterklasse...“, in: *Das Ende der DDR*, S. 187–188

scheint mir eine gefährliche politische Verblendung zu sein.“¹¹⁸

211. Während sich der BSA den Stalinisten und kleinbürgerlichen Demokraten mutig entgegenstellte und vor den Gefahren der kapitalistischen Restauration warnte, lief er selbst Gefahr, die spontane Bewegung zu idealisieren und die Führungskrise der Arbeiterklasse – und damit die eigenen politischen Aufgaben – zu unterschätzen. Zentristische Standpunkte, die in den 1970er Jahren von der WRP systematisch gefördert worden waren, machten sich wieder bemerkbar. Das Internationale Komitee führte eine intensive Diskussion über diese Fragen. Schon Anfang 1990 erklärte David North, dass es „einseitig und falsch wäre, uns nur auf die ‚objektive‘ Seite der Ereignisse zu konzentrieren – als ob der Zusammenbruch der osteuropäischen Regime und der Nachkriegsordnung gewissermaßen völlig losgetrennt und unabhängig vom Klassenkampf und vom bewussten Zusammenstoß politischer Kräfte stattfände. Der subjektive, bewusste Faktor ist beileibe nicht ohne Bedeutung. Dass der Stalinismus die Entwicklung des politischen Bewusstseins in der Arbeiterklasse unterhöhlt hat, gehört nicht zu seinen geringeren Verbrechen, und dessen Folgen sind selbst ein wichtiger objektiver Faktor in der allgemeinen politischen Situation.“¹¹⁹

212. In weiteren politischen Diskussionen wurde betont, dass „die tiefe Krise des Kapitalismus sich nicht automatisch in marxistisches Bewusstsein der Arbeiterklasse übersetzt. Während die Globalisierung und weltweite Integration der kapitalistischen Produktion die Widersprüche des Imperialismus enorm verschärft, bricht sie auch die alten national verwurzelten Organisationen der Arbeiterklasse in Stücke. Die ideologische Krise der internationalen Arbeiterbewegung ist eine Widerspiegelung dieses Prozesses.“ Der Zusammenbruch der stalinistischen Regime an sich war noch keine politische Revolution: „Die politische Revolution ist nicht bloß ein objektives Ereignis – sie ist ein Programm. ... Jede Tendenz, die spontane Entwicklung der Ereignisse zu objektivieren und zu glorifizieren, ist außerordentlich gefährlich. Es ist für die Arbeiter eine Sache, den Stalinismus zurückzuweisen. Es ist für sie eine ganz andere, ein revolutionäres Programm anzunehmen.“¹²⁰

213. Auf seinem 12. Plenum im März 1992 fasste das Internationale Komitee die Lehren aus dem Zusammenbruch der DDR und der Sowjetunion mit den Worten zusammen: „Die Verschärfung des Klassenkampfes liefert die allgemeine Grundlage für

die revolutionäre Bewegung. Aber sie schafft an sich nicht direkt und automatisch die politischen, intellektuellen und, könnte man hinzufügen, kulturellen Voraussetzungen für ihre Entwicklung, die insgesamt die historische Bühne für eine wirklich revolutionäre Situation vorbereiten. Nur wenn man diesen Unterschied zwischen der allgemeinen objektiven Grundlage der revolutionären Bewegung und dem komplexen politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Prozess versteht, durch den sie zu einer bestimmenden historischen Kraft wird, kann man die Bedeutung unseres Kampfes gegen den Stalinismus und die Aufgaben, vor denen wir heute stehen, begreifen.“¹²¹

214. Das Internationale Komitee trat aber auch der Auffassung entgegen, mit der Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion, Osteuropa und China habe der Imperialismus seine Krise gelöst und seine inneren Gegensätze überwunden. Das Gegenteil war der Fall: „Im welthistorischen Rahmen gesehen bedeutet der Zusammenbruch der osteuropäischen Regime und der Nachkriegsordnung insgesamt, dass sich alle grundlegenden Widersprüche des Imperialismus auf einer weit höheren Ebene wieder geltend machen. Weit entfernt vom Eintritt in eine neue, triumphale Periode kapitalistischen Aufstiegs, steht der Imperialismus in Wirklichkeit am Rande einer neuen blutigen Epoche von Kriegen und Revolutionen. Das neue Gleichgewicht, das der Imperialismus schaffen muss, kann nur nach einer Periode tiefgehender Kämpfe und aller möglichen Umwälzungen hergestellt werden, einer Periode von Kriegen und Revolutionen. Mit anderen Worten, die Widersprüche, die in Bewegung geraten sind, können nicht auf friedlichem Wege gelöst werden. Das ist die Frage, vor der die Arbeiterklasse steht. Sie muss diese Krise auf einer progressiven Grundlage lösen, oder sie wird vom Kapitalismus in extrem reaktionärer Weise gelöst werden.“¹²²

215. Nur von diesem internationalen Standpunkt aus konnten die Ereignisse in der DDR und der Sowjetunion richtig verstanden und korrekte Schlussfolgerungen daraus gezogen werden: „Unsere Perspektive ist, dass wir eine lange Periode revolutionärer Erschütterungen vor uns haben. Es wird dabei natürlich ein Auf und Ab geben. Es kann auch Rückschläge geben, sogar schwere Rückschläge. Aber es ist absolut ausgeschlossen, dass die historischen Fragen, die mit dem Zusammenbruch der Nachkriegsgesellschaft gestellt sind, schnell beigelegt

¹¹⁸ Zitiert in: Das Ende der DDR, S. 119, 123

¹¹⁹ David North, Die Kette des Imperialismus bricht an ihrem schwächsten Glied, in: *Vierte Internationale*, Jg. 16, Nr. 1–4, Jg. 17, Nr. 1–2, S. 56

¹²⁰ Internes Bulletin der Workers League vom Februar 1990

¹²¹ David North, Der Kampf für den Marxismus und die Aufgaben der Vierten Internationale, in: *Vierte Internationale*, Jg. 19, Nr. 1, Herbst 1992, S. 78–79

¹²² David North, Die Kette des Imperialismus bricht an ihrem schwächsten Glied, in: *Vierte Internationale*, Jg. 16/17, S. 55

werden können. Sie können nur in der Arena des internationalen Klassenkampfes gelöst werden.“¹²³

216. Das Internationale Komitee befasste sich intensiv mit dem Problem der sozialistischen Kultur und des sozialistischen Bewusstseins der Arbeiterklasse. Es nahm einen systematischen Kampf gegen die postsowjetische Schule historischer Fälschungen auf, gegen Historiker wie Martin Malia, Richard Pipes und Dmitri Wolkogonow, die versuchten, die These vom endgültigen Scheitern des Sozialismus durch eine Verfälschung der Geschichte der Oktoberrevolution zu untermauern. Es arbeitete dabei eng mit dem sowjetischen Historiker Wadim Rogowin zusammen, der in seinem siebenbändigen Werk über die trotzkistische Linke Opposition im Detail nachwies, dass es eine Alternative zum Stalinismus gab. Parallel dazu weitete das Internationale Komitee seine Arbeit an kulturellen Fragen aus. Es bemühte sich, die intellektuellen Traditionen der Linken Opposition wiederzubeleben, die diesen Fragen eine enorme Bedeutung beigemessen hatte. Der Arbeiterpresse Verlag veröffentlichte in diesem Zusammenhang neue Ausgaben von Leo Trotzki's „Literatur und Revolution“ und „Probleme des Alltagslebens“ sowie – erstmals in deutscher Sprache – Alexander Woronski's „Die Kunst, die Welt zu sehen“.

XXVI. Der Bankrott der reformistischen und nationalen Organisationen

217. Die Liquidation der Sowjetunion durch die stalinistische Bürokratie war Ausdruck eines internationalen Phänomens. Zwei Wochen nach der formellen Auflösung der UdSSR am 25. Dezember 1991 erklärte David North: „Überall auf der Welt ist die Arbeiterklasse mit der Tatsache konfrontiert, dass die Gewerkschaften, Parteien und sogar Staaten, die sie in einer früheren Periode geschaffen hat, in direkte Instrumente des Imperialismus verwandelt worden sind. Vorbei sind die Tage, in denen die Bürokratien den Klassenkampf ‚vermitteln‘ und die Rolle eines Puffers zwischen den Klassen spielten. Obwohl die Bürokratien die historischen Interessen der Arbeiterklasse generell verrieten, dienten sie in beschränktem Sinne doch immer noch ihren praktischen Tagesbedürfnissen und ‚rechtfertigten‘ in diesem Maße ihre Existenz als Führer von Arbeiterorganisationen. Diese Periode gehört jetzt der Vergangenheit an. Die Bürokratie kann in der heutigen Periode keine solche unabhängige Rolle mehr spielen.“¹²⁴

¹²³ David North, Die Krise des Stalinismus und die Perspektive der sozialistischen Weltrevolution, in: *Vierte Internationale*, Jg. 16/17, S. 78

¹²⁴ David North, Das Ende der Sowjetunion und die Zukunft des Sozialismus, in: *Vierte Internationale*, Jg. 19, Nr. 1, S. 133

218. Das galt sowohl für die stalinistischen wie für die reformistischen Parteien und Gewerkschaften. Ihr Programm, die Dämpfung des Klassegegensatzes mittels sozialer Reformen, versagte angesichts der Globalisierung, und sie stellten sich offen gegen die elementaren Interessen der Arbeiterklasse. Die Gewerkschaften waren selbst im weitesten Sinne des Wortes keine „Arbeiterorganisationen“ mehr. Sie trotzten den Unternehmern und der Regierung keine Zugeständnisse mehr ab, sondern zwangen die Arbeiter zu Zugeständnissen an die Unternehmer, um deren Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und Kapital anzulocken. In Deutschland erstickten der DGB und seine Einzelgewerkschaften während der Wiedervereinigung jeden Widerstand gegen die Privatisierung und die Stilllegung von Betrieben und arbeiteten dabei aufs Engste mit der Treuhandanstalt zusammen. „Die Gewerkschaften sorgten zusammen mit den Kirchen dafür, dass sich der Protest nicht radikalisiert“, brüstete sich der Vorsitzende der IG Metall Franz Steinkühler später. Sein Stellvertreter Klaus Zwickel sprach von einem „gefährlichen Drahtseilakt“, den die Gewerkschaft übernommen habe. „Wenn wir's nicht tun, davon bin ich überzeugt, hätten längst Aggression oder politischer Extremismus überhandgenommen.“¹²⁵ Später halfen die Gewerkschaften, die Niedriglöhne aus dem Osten auf Westdeutschland zu übertragen. Mittlerweile gibt es keinen Plan über Rationalisierungen und Stellenabbau mehr, der nicht – wie beim Autobauer Opel – die Unterschriften der Gewerkschaften und ihrer Betriebsräte trägt.

219. Auch die SPD, allen voran ihr Vorsitzender Willy Brandt, unterstützte die Wiedervereinigung ohne Vorbehalt. In den Jahren danach wetteiferte sie in den Ländern und Kommunen mit Union und FDP, den Lebensstandard der Arbeiter zu senken. Und als sie 1998 erstmals seit 16 Jahren wieder den Bundeskanzler stellte, leitete sie mit der Agenda 2010 den umfassendsten Sozialabbau seit Bestehen der Bundesrepublik ein. Kanzler Schröder hatte die Unterstützung großer Teile der Bourgeoisie, die der Kohl-Regierung nicht mehr zutrauten, erfolgreich einen solchen Frontalangriff gegen die Arbeiterklasse zu führen. Auch in der Außenpolitik vollzog die rot-grüne Koalition einen radikalen Kurswechsel, indem sie erstmals seit der Kriegsniederlage wieder deutsche Truppen in internationale Kriegseinsätze schickte.

220. 1990 brach der Bund Sozialistischer Arbeiter endgültig mit der Taktik, bei den Wahlen zur Stimmabgabe für die SPD aufzurufen oder sozialistische Forderungen an diese zu stellen. In dem 1993 verabschiedeten Parteiprogramm erklärte er dazu:

¹²⁵ Sozialistische Perspektiven nach dem Zusammenbruch des Stalinismus. Programm des BSA, Arbeiterpresse Verlag Essen 1993, S. 88

„Der BSA hat es immer als seine erstrangige Aufgabe betrachtet, den Einfluss zu durchbrechen, den die SPD auf die Arbeiterklasse ausübt und der über lange Zeit der wichtigste Mechanismus zur Sicherung der bürgerlichen Herrschaft in der Bundesrepublik war. ... Bei der Ausarbeitung seiner Taktik musste der BSA aber berücksichtigen, dass die SPD nach wie vor in der Arbeiterklasse verankert war und mit sozialen Reformen identifiziert wurde. ... Heute wäre das Festhalten an einer solchen Taktik verfehlt. Die SPD hat sich aus einer bürgerlichen Reformpartei vollkommen in eine rechte bürgerliche Partei verwandelt. Ein Aufruf zur Stimmabgabe für die SPD oder Forderungen an die SPD, die Macht zu übernehmen, würden unter diesen Umständen lediglich dazu beitragen, die Agonie dieser bankrotten Partei zu verlängern und die Arbeiterklasse daran hindern, die notwendige politische Neuorientierung durchzuführen.“¹²⁶

221. Zu den Gewerkschaften heißt es im selben Programm: „Die Zerstörung der Gewerkschaften durch die Bürokratie ist weit fortgeschritten, und jede Vorstellung, der Weg der Arbeiterklasse müsse sich durch die alten reformistischen Organisationen hindurch entwickeln, führt dazu, die Arbeiter an die Dreivierteliche der Gewerkschaften zu ketten.“¹²⁷

In der jüngsten Wirtschaftskrise ist der reaktionäre Charakter der Gewerkschaften noch deutlicher in Erscheinung getreten. Während die Banken versuchen, die Folgen ihrer hemmungslosen Spekulationsgeschäfte auf die Arbeiterklasse abwälzen, stellen sich die Gewerkschaften offen auf ihre Seite und unterdrücken jede ernsthafte Mobilisierung der Arbeiterklasse. Sowohl die Rettungspakete für die Banken wie die Sparprogramme der Regierungen haben den Rückhalt der überwiegenden Mehrheit der Gewerkschaften gefunden. Die Offensive gegen diese Angriffe kann nur in einem systematischen Kampf gegen die gewerkschaftliche Bevormundung und Unterdrückung weiterentwickelt werden.

222. Nach der Auflösung der Sowjetunion unterzog das Internationale Komitee auch seine Haltung zu den nationalen Bewegungen und zum Selbstbestimmungsrecht der Nationen einer gründlichen Überprüfung. In dieser Zeit entwickelten sich zahlreiche nationalistische und separatistische Bewegungen, die einen eigenen Staat forderten. Multinationale Staaten, die unter den Bedingungen der Nachkriegsperiode relativ stabil gewesen waren, wurden von nationalen, ethnischen und religiösen Spannungen zerrissen, die die imperialistischen Mächte in der Regel im eigenen Interesse anheizten. So unterstützten Deutschland und die USA in den frühen 1990er Jahren die Auflösung Jugoslawiens, und die USA betrachteten die Aufteilung der

Sowjetunion als Chance, ihren Einfluss in den Kaukasus und nach Zentralasien auszudehnen. Das Aufkommen separatistischer Bewegungen hatte aber auch objektive Gründe. Die Globalisierung gab „den objektiven Anstoß für einen neuen Typ nationalistischer Bewegungen, die die Zerstückelung bestehender Staaten anstreben. Das global mobile Kapital hat kleineren Regionen die Möglichkeit verschafft, sich direkt an den Weltmarkt anzubinden. Hongkong, Singapur und Taiwan sind zu einem neuen Entwicklungsmodell geworden. Eine kleine Küstenenklave, die über die entsprechenden Transportverbindungen, die Infrastruktur und ein Angebot an billigen Arbeitskräften verfügt, kann sich als attraktiver für das multinationale Kapital erweisen als ein großes Land mit einem weniger attraktiven Hinterland.“¹²⁸

223. Das Internationale Komitee nahm gegenüber diesen separatistischen Bewegungen eine äußerst kritische und ablehnende Haltung ein und stellte ihnen die internationale Einheit der Arbeiterklasse entgegen. Das Ziel dieser Bewegungen war nicht die Vereinigung verschiedener Völker in einem gemeinsamen Kampf gegen den Imperialismus, wie dies einst bei fortschrittlichen nationalen Bewegungen in Indien und China der Fall gewesen war, sondern die Aufspaltung bestehender Staaten im Interesse lokaler Ausbeuter. Sie verkörperten nicht die demokratischen Bestrebungen der unterdrückten Massen, sondern dienten dazu, die Arbeiterklasse zu spalten. Die stereotype Wiederholung der Losung „Für das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“ konnte eine konkrete Analyse dieser Bewegungen nicht ersetzen. Das Internationale Komitee betonte: „In der Geschichte der marxistischen Bewegung ist es schon oft vorgekommen, dass Formulierungen und Losungen, die in einer Periode einen fortschrittlichen und revolutionären Inhalt hatten, in einer anderen Epoche eine völlig andere Bedeutung bekamen. Die nationale Selbstbestimmung ist so ein Fall. Das Recht auf Selbstbestimmung hat eine völlig neue Bedeutung bekommen im Vergleich zu der Definition, die Lenin ihm vor mehr als achtzig Jahren gab. Nicht nur die Marxisten fordern nun das Recht auf Selbstbestimmung, sondern auch die nationale Bourgeoisie in den rückständigen Ländern und die Imperialisten selbst.“¹²⁹

224. Die Klärung der Selbstbestimmungsforderung und der damit verbundene Kampf gegen den kleinbürgerlichen Nationalismus stärkten die internationalistischen Grundlagen der Vierten Internationale. Das Internationale Komitee grenzte sich da-

¹²⁶ Zitiert in: ebd., S. 83–84

¹²⁷ ebd., S. 91–92

¹²⁸ Globalisierung und internationale Arbeiterklasse. Eine marxistische Einschätzung. Erklärung des Internationalen Komitees der Vierten Internationale, 7. Nov. 1998,

<http://www.wsws.org/de/1998/nov1998/glob-n07.shtml>

¹²⁹ ebd.

mit deutlich von den zahlreichen ex-Linken und ex-Radikalen ab, die – wie auch die Grünen – im Namen des Selbstbestimmungsrechts das imperialistische Gemetzel auf dem Balkan und in anderen Weltregionen unterstützten. Die Analyse des Internationalen Komitees bestätigte, dass ein wirklich internationalistisches Programm für die Arbeiterklasse nur auf der Grundlage der Theorie der permanenten Revolution entwickelt werden kann.

XXVII. Die Partei für Soziale Gleichheit und die WSWS

225. Aus dem Bankrott der reformistischen Organisationen folgerte das Internationale Komitee, dass die bisherige Organisationsform seiner Sektionen als „Bund“ oder „League“ nicht mehr angemessen sei. Diese Form war zu einer Zeit gewählt worden, in der viele militante Arbeiter die sozialdemokratischen oder stalinistischen Massenparteien und Gewerkschaften aktiv unterstützten. Die politische Aktivität der Sektionen „ging daher trotz Unterschieden in der Taktik davon aus, dass eine große neue Umorientierung der Arbeiterklasse in der Form einer Radikalisierung der klassenbewusstesten und politisch aktivsten Elemente in den Reihen dieser Organisationen vor sich gehen werde. Aus dieser Bewegung, in der die Sektionen des Internationalen Komitees eine katalytische Rolle als die kompromisslosesten Gegner der Sozialdemokratie und des Stalinismus spielen würden, könnte sich dann die wirkliche Möglichkeit entwickeln, revolutionäre Massenparteien aufzubauen“, wie David North erklärte. Dies war nicht länger der Fall. „Wenn es in der Arbeiterklasse eine Führung geben soll, dann muss sie von unserer Partei kommen. Wenn ein neuer Weg für die arbeitenden Massen eröffnet werden soll, dann muss er von unserer Organisation eröffnet werden. Das Problem der Führung kann nicht auf der Grundlage einer cleveren Taktik gelöst werden. Wir können die Krise der Führung der Arbeiterklasse nicht dadurch lösen, dass wir ‚fordern‘, dass andere diese Führung geben sollen. Wenn es eine neue Partei geben muss, dann müssen wir sie aufbauen.“¹³⁰ Alle Sektionen des Internationalen Komitees bereiteten nun die Gründung von Parteien vor.

226. Am 30. März 1997 gründete eine nationale Konferenz des BSA bei Darmstadt die Partei für Soziale Gleichheit. Zur Begründung heißt es in der Konferenzresolution: „In der Nachkriegsperiode hatten SPD und Gewerkschaften eine bürgerliche – d.h. der Verteidigung des Privateigentums verpflichtete – Politik noch mit sozialen Reformen verbun-

den. Das ermöglichte Arbeitern, zumindest ihre Tagesinteressen mittels dieser Organisationen wahrzunehmen, auch wenn deren Politik ihren langfristigen Interessen zuwiderlief. ... Heute sind SPD und Gewerkschaften auch in Tagesfragen zu offenen Gegnern der Arbeiter geworden. Wähler und Mitglieder laufen ihnen in Scharen davon. Jede, selbst die geringste Forderung, stellt die Arbeiter vor Aufgaben, die sie nur mittels einer neuen Partei lösen können. Eine solche Partei kann nicht aus den Trümmern der alten, politisch bankrotten Organisationen hervorgehen. Sie kann nur durch die Sammlung der politisch fortgeschrittenen Arbeiter um das historisch entwickelte Programm der Vierten Internationale entstehen. Deshalb hat der BSA die Initiative ergriffen, diese Partei jetzt zu gründen. Sie versetzt die Arbeiterklasse in die Lage, ihre eigene Stimme zu erheben und als selbständige Kraft in die gesellschaftliche Entwicklung einzugreifen.“¹³¹

227. Der Name Partei für Soziale Gleichheit, bzw. Socialist Equality Party, wurde mit Bedacht gewählt. Er „bringt die grundlegende Zielsetzung der neuen Partei zum Ausdruck: Sie ist unversöhnliche Gegnerin der vorherrschenden gesellschaftlichen Entwicklung, die durch die zunehmende Verarmung breiter Bevölkerungsschichten auf der einen und die hemmungslose Bereicherung einer kleinen Minderheit auf der anderen Seite geprägt ist. Sie tritt für das eigentliche Ziel der sozialistischen Bewegung ein: eine Gesellschaft, in der es keine Klassenunterschiede gibt und die auf wirklicher Gleichheit zwischen den Menschen beruht. Und sie grenzt sich von den politischen Verbrechen ab, die die stalinistischen und sozialdemokratischen Bürokratien im Namen des Sozialismus begangen haben, den sie theoretisch verfälschten.“¹³²

228. Die Entwicklung des Internationalen Komitees zu einer politisch vereinigten Weltpartei nach der Spaltung von der WRP gipfelte im Januar 1998 in der Gründung der *World Socialist Web Site*. Epochemachende Fortschritte in der Kommunikation, die das Internationale Komitee sorgfältig verfolgt hatte, schufen die technologischen Voraussetzungen für die WSWS. Das Internet eignete sich hervorragend für die Verbreitung revolutionärer Ideen und für die Organisation der revolutionären Arbeit. Viele Jahrzehnte lang hatte die Produktion von Zeitungen eine zentrale und entscheidende Rolle beim Aufbau der revolutionären Bewegung gespielt. Lenin hat einen erheblichen Teil seines Bahn brechenden Werks *Was tun?* der Erläuterung der Rolle der allrussischen Zeitung gewidmet. Auch der BSA hatte seit seiner Gründung im Jahr 1971 eine Zeitung – erst *Der Funke* und dann die *Neue Arbeiterpresse* –

¹³⁰ David North, *The Workers League and the Founding of the Socialist Equality Party*, Detroit 1996, S. 18–19, 30

¹³¹ Partei für Soziale Gleichheit, Grundsätze und Ziele, Essen 1997, S. 11–12

¹³² ebd., S. 5

herausgegeben. Aber deren Verbreitung hing von der Zahl der Parteimitglieder ab, die in der Lage waren, sie zu verkaufen. Das Internet hatte neue Voraussetzungen geschaffen, um diese Beschränkung zu überwinden und den Leserkreis zu erweitern.

229. Die *WSWS* war aber nicht bloß ein Produkt der Internet-Technologie. Ihr lag dieselbe Konzeption zugrunde wie der Verwandlung der Bünde in Parteien: Bei der politischen Neuorientierung der Arbeiterklasse auf der Grundlage des Marxismus fiel dem Internationalen Komitee die entscheidende Rolle zu. Die *WSWS* stützte sich auf das gesamte theoretische Kapital der marxistischen Weltbewegung. Die Redaktion erklärte dazu: „Die World Socialist Web Site, die gemeinsam von Mitgliedern des IKVI in Asien, Australien, Europa und Nordamerika herausgegeben wird, geht vom internationalen Charakter des Klassenkampfes aus. Sie schätzt politische Entwicklungen in jedem Land vom Standpunkt der Weltkrise des Kapitalismus und der politischen Aufgaben ein, vor denen die internationale Arbeiterklasse steht. Von diesem Standpunkt aus kämpft sie gegen alle Formen von Chauvinismus und nationaler Beschränktheit. Wir sind zuversichtlich, dass die *WSWS* zu einem einmaligen Hilfsmittel für die politische Ausbildung und Vereinigung der Arbeiterklasse in internationalem Maßstab werden wird. Sie wird der arbeitenden Bevölkerung verschiedener Länder helfen, ihre Kämpfe gegen das Kapital zu koordinieren, genauso wie die transnationalen Konzerne ihren Krieg gegen die Arbeiter über nationale Grenzen hinweg führen. Sie wird die Diskussion zwischen Arbeitern aller Länder erleichtern und ihnen ermöglichen, ihre Erfahrungen zu vergleichen und eine gemeinsame Strategie auszuarbeiten. ... Das Internationale Komitee der Vierten Internationale beabsichtigt, dieses Werkzeug für die Befreiung der Arbeiterklasse und der Unterdrückten in aller Welt zu nutzen.“

XXVIII. Die Linkspartei und die kleinbürgerlichen Ex-Linken

230. Ende der 1990er Jahre gelangten in den meisten europäischen Ländern noch einmal sozialdemokratische Regierungen an die Macht. Doch deren rechter Kurs untergrub rasch das geringe Vertrauen, das sie in der Arbeiterklasse noch genossen hatten. In Deutschland verlor die SPD in den sieben Jahren der Regierung Schröder über 200.000 Mitglieder und erlitt bei sämtlichen Landtagswahlen massive Einbrüche. In Frankreich landete der sozialistische Kandidat Lionel Jospin bei der Präsidentschaftswahl 2002 nach fünf Regierungsjahren hinter dem faschistischen Kandidaten Jean-Marie Le Pen, während die Vertreter der radikalen Linken zehn Prozent der Stimmen auf sich vereinten. Zwischen der Arbeiterklasse und den reformistischen Organi-

sationen tat sich eine tiefe Kluft auf, die seither verschiedene kleinbürgerliche und poststalinistische Organisationen zu füllen versuchen. Diese Organisationen haben bei allen Unterschieden eines gemeinsam: Es handelt sich um bewusste Initiativen von Vertretern der herrschenden Klasse und nicht um zentristische Organisationen, die sich unter dem Druck der Massen Richtung Sozialismus bewegen. Ihre Aufgabe besteht darin, jede unabhängige politische Bewegung der Arbeiterklasse im Keim zu ersticken.

231. Lange Zeit galt die italienische Partei Rifondazione Comunista all diesen Organisationen in Europa als Vorbild. Rifondazione war 1991 aus einem Teil der Kommunistischen Partei hervorgegangen und hatte die ganze Palette italienischer Ex-Radikaler, einschließlich der italienischen Sektion des pablistischen Vereinigten Sekretariats, in ihre Reihen aufgenommen. Während sie mit einem Bein im Lager außerparlamentarischer Protestbewegungen stand, verhalf sie schon in den 1990er Jahren diversen bürgerlichen Mittellinks-Regierungen zu parlamentarischen Mehrheiten. 2006 trat Rifondazione dann selbst in die Mittellinks-Regierung Romano Prodis ein, die mit massiven Sparmaßnahmen gegen die Arbeiterklasse vorging. Das besiegelte ihren Bankrott. Die Regierung Prodi machte sich derart verhasst, dass sie in nur zwei Jahren der Rechtskoalition Silvio Berlusconi den Weg zurück an die Regierung bahnte. Rifondazione selbst verfehlte 2008 den Wiedereinzug ins Parlament und brach auseinander.

232. In Frankreich bereiteten die Pablisten ihre Integration in die Strukturen der bürgerlichen Politik vor, indem sie im Januar 2009 die 40 Jahre alte Ligue Communiste Révolutionnaire (LCR) auflösten und eine neue Partei gründeten, die sich ausdrücklich vom Trotzismus distanzierte und jede Verbindung zu einer revolutionären sozialistischen Perspektive zurückwies. Sie reagierten damit auf die Wahlerfolge ihres Präsidentschaftskandidaten Olivier Besancenot, der 2002 und 2007 jeweils über eine Million Wählerstimmen erhalten hatte. Das Programm der Neuen Antikapitalistischen Partei (NPA) geht nicht über Reformen am kapitalistischen System im Rahmen einer neokeynesianischen Wirtschaftspolitik hinaus. Die NPA bemüht sich um ein „Linksbündnis“ mit der Kommunistischen Partei und der Linkspartei (einer Abspaltung der Sozialistischen Partei), das den diskreditierten Sozialisten zu einer neuen Regierungsmehrheit verhelfen soll. Sie ist eine wichtige Stütze der Gewerkschaftsbürokratie, die ihrerseits tief in den kapitalistischen Staat integriert ist.

233. In Deutschland schlossen sich im Sommer 2007 die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) und die Wahlalternative Arbeit und soziale

Gerechtigkeit (WASG) zur Partei Die Linke zusammen. Die Linkspartei vereint zwei bürokratische Apparate unter einem Dach, die beide über jahrzehntelange Erfahrung in der Bevormundung und Unterdrückung der Arbeiterklasse verfügen. Die PDS ist die Erbin der stalinistischen Staatspartei der DDR. Sie organisierte 1990 unter Hans Modrow die deutsche Einheit und übernahm anschließend, als sich die soziale Lage zuspitzte, Ordnungsfunktionen in den neuen Bundesländern. Die WASG entstand in der Endphase der Regierung Schröder. Sie wurde von langjährigen SPD- und Gewerkschaftsfunktionären gegründet, die über den Mitgliederschwund der SPD alarmiert waren. Die Initiative zum Zusammenschluss ging von Oskar Lafontaine aus, einem der erfahrensten deutschen bürgerlichen Politiker, der vorher 40 Jahre lang führende Ämter in Regierung und SPD ausgeübt hatte.

234. Kleinbürgerliche Renegaten der trotzkistischen Bewegung – wie die Sozialistische Alternative (SAV) und Marx21 – haben sich der Linkspartei angeschlossen und behaupten, sie sei der Ausgangspunkt für den Aufbau „einer kämpferischen Massenpartei mit Zehntausenden Mitgliedern“. Das ist eine groteske Täuschung. Das Programm der Linkspartei geht nirgends über den Rahmen eines bürgerlichen Reformprogramms hinaus. Sie verteidigt das kapitalistische Privateigentum und den bürgerlichen Staat und hat sich ausdrücklich hinter das Bankenrettungspaket der Bundesregierung gestellt, das den Banken Milliarden an öffentlichen Geldern zur Verfügung stellte. Wo die Linkspartei Regierungsverantwortung übernimmt, beugt sie sich dem Diktat der Finanzwelt. Exemplarisch ist der Berliner Senat, wo sie seit 2001 in einer Koalition mit der SPD einen beispiellosen Kahlschlag im öffentlichen Dienst verantwortet. Die gelegentlichen linken Phrasen der Linkspartei dienen ausschließlich dazu, eine Mobilisierung gegen soziale Missstände oder Krieg aufzufangen und sie den Bedürfnissen des deutschen Imperialismus unterzuordnen.

XXIX. Die Aufgaben der PSG

235. Zwanzig Jahre nach dem Ende der Sowjetunion befindet sich der Weltkapitalismus in einer tiefen ökonomischen und politischen Krise. Der Finanzzusammenbruch, der im September 2008 mit der Pleite der US-Investmentbank Lehman Brothers begann, hat die tiefste Weltrezession seit den 1930er Jahren ausgelöst und zahlreiche Staaten an den Rand des Bankrotts getrieben. Diese Krise wurde lange vorbereitet. Ihre Ursache liegt in den Widersprüchen des kapitalistischen Systems: dem Widerspruch zwischen der gesellschaftlichen Produktion und dem Privateigentum an den Produktionsmitteln und dem Widerspruch zwischen der globalen Wirtschaft und dem Nationalstaatsystem. Sie

erinnert in vieler Hinsicht an die Lage vor hundert Jahren, am Vorabend des Ersten Weltkriegs. Damals mündete die Krise des Weltkapitalismus in eine dreißigjährige Periode heftiger Klassenkämpfe und Kriege, in deren Verlauf die Beziehungen zwischen den Klassen und den imperialistischen Mächten gewaltsam neu geordnet wurden. Auch die jetzige Krise ist der Auftakt zu einer umfassenden Neuordnung der ökonomischen und gesellschaftlichen Beziehungen, die nicht weniger heftig verlaufen wird als in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts. Bleibt die Initiative zur Lösung der Krise in den Händen der Kapitalisten, führt sie zu Massenarmut, Unterdrückung und Krieg. Die einzige Alternative ist die sozialistische Lösung: Machtübernahme durch die Arbeiterklasse, Vergesellschaftung und demokratische Kontrolle von Banken und Industrien sowie wirtschaftliche Planung, die sich an den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht an den Profitinteressen Einzelner orientiert.

236. Schon die Auflösung der Sowjetunion war eine Reaktion auf die wachsenden Widersprüche des Weltkapitalismus, und sie hat diese Widersprüche weiter verschärft. Solange die Sowjetunion existiert hatte, sahen sich die imperialistischen Mächte genötigt, die sozialen und internationalen Spannungen zu dämpfen. Aus Angst vor einer Ausweitung der Oktoberrevolution machten sie soziale Zugeständnisse an die Arbeiterklasse, und im Interesse einer gemeinsamen Front gegen die Sowjetunion zügelten sie ihre Interessenskonflikte und ihre militärischen Ambitionen. Seit dem Ende der Sowjetunion ist dies nicht mehr der Fall. Bereits im Januar 1991 griff ein militärisches Bündnis unter Führung der USA den Irak an. Das Internationale Komitee unterstrich damals, dass dieser Krieg keine isolierte Episode sei: „Die noch nicht abgeschlossene, de facto Aufteilung des Irak zeigt den Beginn einer Neuaufteilung der Welt durch die Imperialisten an. Die Kolonien von gestern sollen erneut unterworfen werden.“ Es bezeichnete „das Streben des amerikanischen Imperialismus, seine Vormachtstellung in der Welt zurückzuerlangen“, als „eines der explosivsten Elemente in der Weltpolitik“. Die zunehmende Kriegsbereitschaft des amerikanischen Imperialismus stelle „einen Versuch dar, seinen wirtschaftlichen Verfall aufzuhalten und umzukehren durch den Einsatz militärischer Macht – dem einzigen Bereich, in dem die Vereinigten Staaten nach wie vor die unbestrittene Vormachtstellung innehaben.“¹³³

237. Diese Einschätzung sollte sich in den folgenden Jahren bestätigen. Der US-Imperialismus trat immer aggressiver auf. 1999 bombardierte ein US-geführtes Militärbündnis die Bundesrepublik Jugos-

¹³³ Internationales Komitee der Vierten Internationale, Gegen imperialistischen Krieg und Kolonialismus!, in: Vierte Internationale, Jg. 18, Nr. 1, S. 8, 15–16

lawien und erzwang die Abtrennung des Kosovo. 2001 folgte die Besetzung Afghanistans und 2003 die Eroberung des Irak, die bis heute über eine Million Opfer und mehrere Millionen Flüchtlinge gefordert hat. Auch der Iran und Nordkorea gelten als potentielle Ziele amerikanischer Angriffe. Während die Vorwände für die Kriege wechseln, bleibt ihr Ziel stets dasselbe: Die Unterwerfung und Kontrolle von Regionen, die für die geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen der Großmächte – insbesondere deren Energieversorgung – von strategischer Bedeutung sind. Der amerikanische Imperialismus, dem in Europa, China, Asien und Südamerika starke Rivalen erwachsen sind, spielt dabei die Vorreiterrolle. Doch auch die anderen imperialistischen Mächte beteiligen sich in der einen oder anderen Form an diesen Kriegen, teils um das Feld nicht den USA zu überlassen, teils weil sie ihre eigenen imperialistischen Interessen verfolgen.

238. Die Bundesrepublik hatte sich nach der deutschen Niederlage im Zweiten Weltkrieg ins Nato-Bündnis eingereiht und in der Konfrontation mit der Sowjetunion eine Frontstellung eingenommen. Sie hatte eine gewaltige Wehrpflichtigenarmee von 500.000 Mann aufgestellt und amerikanische Atomwaffen auf ihrem Territorium stationiert. Bis zur Wiedervereinigung beschränkte sich die Bundeswehr allerdings auf defensive Aufgaben im Nato-Raum. Danach wandelte sie sich zu einem der wichtigsten militärischen Akteure auf der Weltbühne. 1999 beteiligte sie sich im Krieg gegen Jugoslawien erstmals an einem Kampfeinsatz. Elf Jahre später befinden sich rund 7.000 deutsche Soldaten im Auslandseinsatz, über die Hälfte davon in Afghanistan. Geschah dies anfangs noch unter dem Vorwand, es handle sich um eine Friedens- und Aufbaumission, bezeichnet die Bundesregierung den Afghanistan-einsatz inzwischen offen als Krieg. Auch innerhalb Europas brechen die alten nationalen Gegensätze wieder auf. Deutschlands Weigerung, der bankrottgefährdeten griechischen Regierung finanziell unter die Arme zu greifen, hat die anderen EU-Mitglieder gegen Berlin aufgebracht und die gemeinsame Währung in Frage gestellt. Die Hoffnung auf eine friedliche Einigung Europas von oben erweist sich erneut als Utopie. Europäische „Einheit“ auf kapitalistischer Grundlage bedeutet Vorherrschaft der mächtigsten Finanzinteressen, Abschottung nach außen, Anwachsen nationaler Spannungen und endlose Angriffe auf die Lebensgrundlagen der Arbeiterklasse.

239. Pazifistische Appelle an die Herrschenden oder die Forderung nach Abrüstung können dem Anwachsen von nationalen Spannungen, Krieg und Militarismus nicht Einhalt gebieten. Diese ergeben sich, wie Trotzki schon 1940 über den Zweiten Weltkrieg schrieb, „unerbittlich aus den Widersprüchen der internationalen kapitalistischen Interes-

sen“. „Hauptursache des Krieges, wie aller anderen sozialen Übel – Arbeitslosigkeit, hohe Lebenskosten, Faschismus, koloniale Unterdrückung – (sind) das Privateigentum an den Produktionsmitteln und der bürgerliche Staat, der darauf beruht.“¹³⁴ Der Kampf gegen Krieg und Militarismus ist untrennbar mit dem Aufbau einer internationalen sozialistischen Bewegung der Arbeiterklasse verbunden, die sich den Sturz des Kapitalismus zum Ziel setzt. Die dringend erforderliche Einigung Europas ist nur auf sozialistischer Grundlage denkbar, in Form Vereinigter Sozialistischer Staaten von Europa.

240. Die Ereignisse in Griechenland sind der Ausgangspunkt für eine neue Offensive gegen die europäische Arbeiterklasse. Die Regierungen haben Billionen zur Rettung der Banken ausgegeben und gehen nun dazu über, diese gewaltigen Kosten auf die Arbeiterklasse abzuwälzen. Unter dem Druck internationaler Spekulanten und dem Diktat der Brüsseler Kommission hat die sozialdemokratische griechische Regierung ein beispielloses Sparprogramm beschlossen. Auf deutsche Verhältnisse umgerechnet entsprechen allein die für das Jahr 2010 geplanten Haushaltskürzungen einem Volumen von 100 Milliarden Euro, mehr als die 80 Milliarden Euro, die die Bundesregierung aufgrund der Schuldenbremse in sechs Jahren einsparen will. Nie zuvor ist es einer Regierung gelungen, derartige Einschnitte mit demokratischen Mitteln durchzusetzen. Irland, Lettland und Ungarn haben ähnliche Programme beschlossen, im hoch verschuldeten Portugal, Spanien, Italien, Ungarn und Großbritannien stehen sie unmittelbar bevor. Aber auch Deutschland und Frankreich planen drakonische Einschnitte in die öffentlichen Haushalte.

241. Dabei hat die soziale Ungleichheit schon jetzt ein Ausmaß erreicht, wie seit den 1930er Jahren nicht mehr. 2008 lebte jeder siebte Einwohner Deutschlands, einem der reichsten Länder der Welt, in Armut oder war von Armut bedroht – ein Drittel mehr als zehn Jahre zuvor. Jeder vierte junge Erwachsene im Alter von 19 bis 25 Jahren und jeder zweite Alleinerziehende mit Kleinkindern lebte unterhalb der Armutsschwelle. Anfang 2009 waren 3,5 Millionen arbeitslos. Immer mehr Beschäftigte arbeiten in prekären Arbeitsverhältnissen. Mittlerweile sind nur noch etwas mehr als die Hälfte aller angebotenen Stellen normale, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze. Der Versuch, den Lebensstandard noch weiter zurückzuschrauben, muss in Deutschland, Europa und weltweit zu einer heftigen Zuspitzung des Klassenkampfes führen.

¹³⁴ Manifest der Vierten Internationale zum imperialistischen Krieg und zur proletarischen Weltrevolution, in: Leo Trotzki, Das Übergangsprogramm, S. 213

242. Die Krisenanfälligkeit der Weltwirtschaft, die Verschärfung geo-politischer Spannungen, das Anwachsen des Militarismus, die Unterhöhlung demokratischer Rechte, die Zunahme von Sozialabbau und Arbeitslosigkeit sowie die Entfremdung breiter Schichten der Bevölkerung von den etablierten politischen Organisationen sind untrügliche Anzeichen einer herannahenden revolutionären Krise. Das derzeit noch relativ niedrige Niveau des Klassenkampfes sollte darüber nicht hinwegtäuschen. Die Arbeiterklasse hat derzeit keine Stimme, um ihre Interessen zu artikulieren. Ihre traditionellen politischen Parteien haben sie völlig im Stich gelassen. Soweit sie noch alte politische Etiketten wie „sozialdemokratisch“, „sozialistisch“ oder „kommunistisch“ tragen, haben diese keine inhaltliche Bedeutung mehr. Politisch unterscheiden sie sich kaum noch von den traditionell rechten bürgerlichen Parteien, wie die Verwandlung der britischen Labour-Party, die Agenda 2010 der deutschen SPD und das Sparprogramm der griechischen PASOK beweisen. Unter der Oberfläche wächst der Unmut der Bevölkerung, die nach einem Ausweg sucht. Sie wird aus dem bestehenden Rahmen der offiziellen Politik ausbrechen und dabei in offenen Konflikt mit der SPD, der Linkspartei und den Gewerkschaften geraten.

243. Den Anforderungen der kommenden revolutionären Epoche kann nur eine Partei gerecht werden, die sich auf die Arbeiterklasse stützt, sich von den höchst entwickelten politischen Theorien leiten lässt, die Lehren aus den vergangenen Kämpfen der internationalen Arbeiterklasse gezogen hat und ihr

Programm auf ein wissenschaftliches Verständnis der objektiven Tendenzen der gesellschaftlichen Entwicklung basiert. Das Internationale Komitee der Vierten Internationale ist die einzige politische Tendenz, die ihre politische Arbeit auf historische Grundsätze stützt und ihre Geschichte der Arbeiterklasse lückenlos präsentieren kann. Die Sozialdemokraten, Stalinisten, pablistischen Strömungen und Gewerkschaften vermeiden es tunlichst, an ihre Vergangenheit zu rühren, die voller Fehlleistungen und Verbrechen ist, oder ihre opportunistischen Manöver durch historische Grundsätze stören zu lassen. Das Internationale Komitee wird die entschlossensten, mutigsten und ehrlichsten Elemente der Arbeiter und der Jugend unter sein Banner gewinnen.

244. Die Partei für Soziale Gleichheit wird sich energisch dafür einsetzen, die Herausbildung neuer und unabhängiger Organisationen der Bevölkerung zu fördern und sie bei der Entwicklung ihres Programms und ihrer Taktik zu unterstützen. Die wachsende soziale Krise wird zahlreiche Kämpfe und Formen des Widerstands in der Bevölkerung hervorbringen. Doch die entscheidende Frage bleibt der Aufbau einer neuen revolutionären Führung. Die Aufgabe, eine internationale sozialistische Bewegung der Arbeiterklasse zu organisieren, einer neuen Generation von Arbeitern und Jugendlichen die Perspektive und Geschichte des Marxismus zu vermitteln, fällt der Partei für Soziale Gleichheit und ihren Schwesterparteien im Internationalen Komitee der Vierten Internationale zu.